

DOSSIER

Nr. 11/12, November 2021

DER DEMOKRATISCHE RECHTS- UND SOZIALSTAAT UND SEIN NEUES POLITISCHES FUNDAMENT

Die „Tiefe Transformation“ verändert die Kulturen von Arbeit und Leben. Seit zwanzig Jahren suchen Wählerinnen und Wähler nach Möglichkeiten den Prozess zu gestalten.

Hilmar Höhn

AUF DER SUCHE NACH GEWANDERTEN WÄHLERSCHAFTEN

Seit der Bundestagswahl 2005 gleicht kein Bundestag mehr dem anderen. Zwar kamen drei von vier Koalitionen durch ein Bündnis aus SPD, CDU und CSU zusammen, aber das waren aus der Not, nicht aus Überzeugung oder aufgrund großer inhaltlicher Schnittmengen, geborene Allianzen. Mal verschwand die FDP aus dem Parlament, mal waren 15 Prozent der Stimmen im Bundestag nicht repräsentiert, mal kam der Linken die Oppositionsführerschaft zu, dann erschien die AfD auf der Bildfläche.

Dieses Dossier zeichnet im ersten Teil die Entwicklung aus der Perspektive der Wählerinnen und Wähler nach. Was hat sie bewogen, „ihre“ Partei zu wechseln, ins wahlabstinente Lager abzugleiten oder von dort zurückzukommen? Es ist eine Geschichte von bitteren Enttäuschungen, von Entfremdungen, von Vertrauensvorschüssen und großer Skepsis.

Parteibindungen lockerten sich, die soziale Lage von Wählerinnen und Wählern verlor an Be-

deutung, kulturelle Identitäten, verbindende und trennende Werte gewannen an Bedeutung.

Im Interview formuliert der Wahlforscher Robert Vehrkamp die Hoffnung, das Parteiensystem könne sich mit der Wahl 2021 stabilisiert haben. Thomas Höhn, 1. Bevollmächtigter der IG Metall in Schweinfurt, spricht über „wachsende Unzufriedenheit“ in der Bevölkerung. Er sagt im Gespräch: „Mein Eindruck ist, dass deren Unzufriedenheit auf ein subjektiv wachsendes Gefühl der Ohnmacht, der Machtlosigkeit beruht.“ Und ein Gewerkschafter aus Volkach begründet, warum er sich bei den Freien Wählern engagiert.

Im zweiten Kapitel geht das Dossier den Motiven der Wählerinnen und Wähler nach, die der AfD ihre Stimme geben. Sozioökonomische Ansätze erklären den Erfolg nur unzureichend. Es geht auch um das Überleben rechtsextremer Einstellungen über Generationen hinweg. Wie das funktioniert, beschreibt im Gespräch für dieses Dossier die Sozialpsychologin Angela Moré. Und eine Gruppe von Wirtschaftshistorikern um Davide Cantoni hat eine Entdeckung gemacht, welche die Kontinuität rechter Einstellungen geradezu sichtbar werden lässt.

Auf der Suche nach gewanderten Wählerschaften

Kapitel 1

Die zerbrechlich gewordene Demokratie

Wählerinnen und Wähler in Zeiten

„Tiefer Transformation“

Das Elektorat ist in Umbruchstimmung

Die neue Kraft der Wechselwählerinnen und Wechselwähler

→ Die Jugend: grün oder liberal

Der Exodus der Wählerinnen und Wähler aus der Union

→ Aussterbende Wählerschaften –

eine Herausforderung für die Parteien

Die Milieus der Parteien sind in Auflösung

🔗 Robert Vehrkamp: „CDU, CSU und SPD sind keine Volksparteien mehr“

Die Vorstellung eines demokratischen und sozialen Rechtsstaates ist lebendig

Realismus oder Resignation?

„Die neue Zerbrechlichkeit der Demokratie“

Die Demokratisierung der Demokratie

gerät ins Stocken

Die Bedeutung von Kindheit und Jugend

für Wahlentscheidungen

→ Die Mitte hat ein stabiles

ökonomisches Fundament

Bedeutung der Elternhäuser in der

politischen Sozialisation nimmt ab

Die zerrissene Wählerschaft

Zusammenhalt in einem gespaltenen Land

→ Was ist das Elektorat? –

eine Begriffsklärung

📄 Dokumentation „Die Menschen wollen einfach, dass sie merken, dass sie spüren, die tun was für mich“

📄 Dokumentation „Die Leute machen das zähneknirschend mit“

Die Deutschen sind sich einig: In Deutschland geht es nicht gerecht zu

Die Parteien richten sich auf ein

verändertes Elektorat ein

Kapitel 2

Der Erfolg der AfD oder:

Vom Weiterleben rechtsextremistischer Einstellungen in einem demokratischen Land

Das latent vorhandene Potenzial der

Rechtsextremismus

Die Hälfte der Deutschen stimmt der

These zu, dass Deutschland wieder die Macht und Geltung haben soll die ihm zusteht

Corona-Proteste legen verbreitete

Verschwörungsmentalität offen

Für ihre Wählerinnen und Wähler ist die

AfD keine Protestpartei

🔗 Markus Schlimbach: Die AfD in

Ostdeutschland: „Es gibt hier

keine Brandmauer“

📄 Dokumentation

„Die feiern hier den 20. April!“

Die Deutschen arbeiteten intensiv an

der „Negation der konkreten Schuld“

1933-2017-2021: Politische Landkarten

der Kontinuität

AfD: Korrelationen zwischen

Wahlergebnissen 1933 und 2021

teilweise noch stärker als noch 2017

🔗 Angela Moré: „Schuldverstrickungen

wirken bis in die dritte oder vierte

Generation nach“

Kapitel 3

Fazit: Auf die Mehrheit kommt es an:

In den Parlamenten und in der Gesellschaft

Die Deutschen in Wechselstimmung

Die Mehrheit will eine demokratisch und

sozial geordnete Republik

Was wird aus dem rechten Rand der

Gesellschaft?

Auf die politische Bildung kommt es an

Bibliographie

Autor

39

39

39

42

42

43

44

47

54

55

56

57

63

63

64

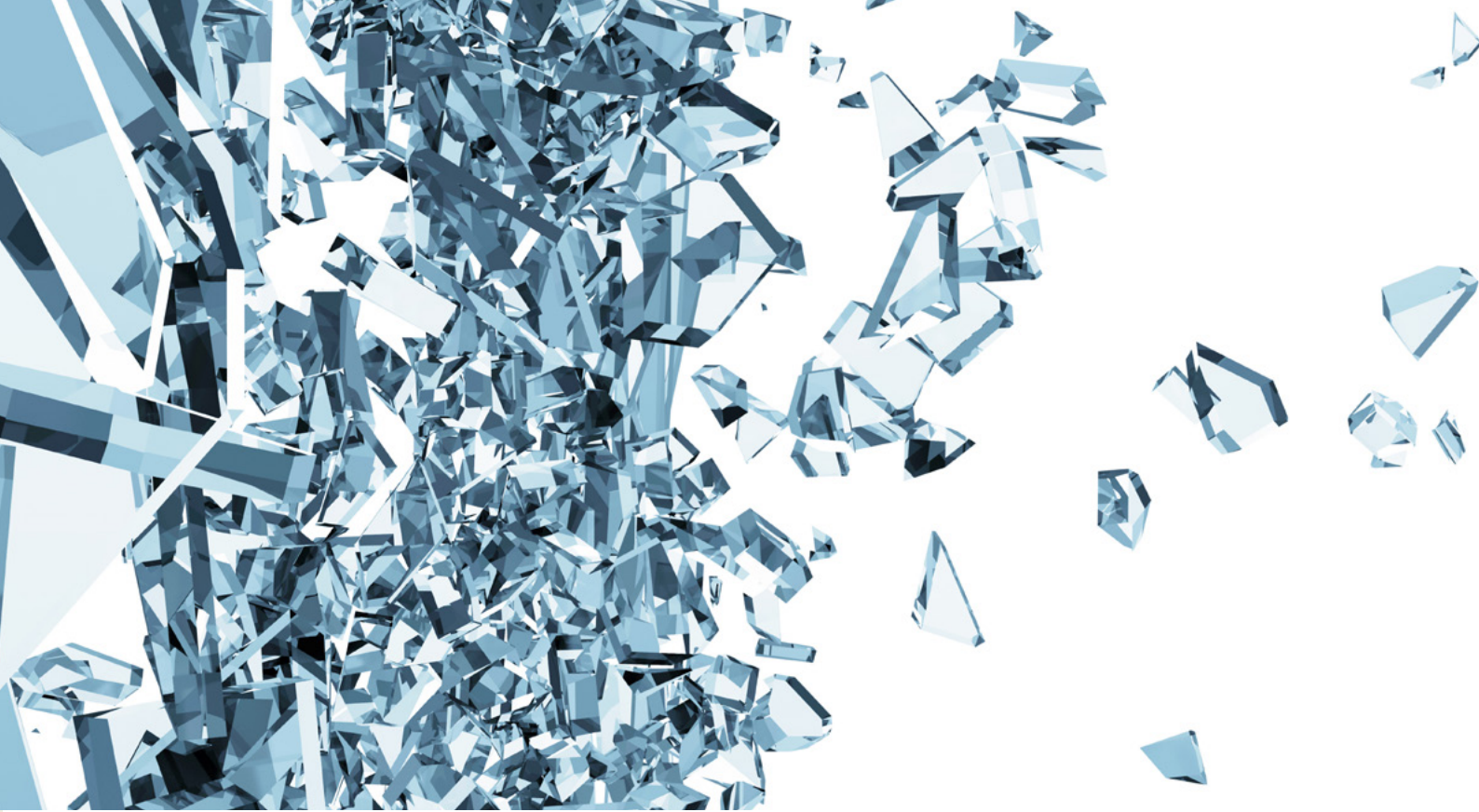
64

65

65

67

70



Kapitel 1

UNSERE ZERBRECHLICH GEWORDENE DEMOKRATIE

Innerhalb von zwei Jahrzehnten haben sich die Wählerinnen und Wähler in Deutschland neu orientiert. Noch zu Beginn des 21. Jahrhunderts bevorzugten sie starke Volksparteien, die mit großem Übergewicht gegenüber ihren Koalitionspartnern die Richtung von Politik vorgaben. Danach verschoben sie die Gewichte im politischen System. Wählerinnen und Wähler wanderten enttäuscht ins Milieu derer, die gar nicht mehr zur Wahl gingen, sie ließen Parteien wie die FDP implodieren und statteten aus dem Nichts gestartete Projekte wie die Piraten oder die AfD mit einem Vertrauensvorschuss aus. Sie erzwangen so „Große Koalitionen“. Doch gemessen an ihrem Anteil an der gesamten Wählerschaft vertraten SPD und Union zeitweise nur noch eine Minderheit. Bei der Bundestagswahl 2021 nun sorgte der aktive Teil der Wahlbevölkerung, indem er seine Stimmen fast gleichmäßig über sechs Parteien verteilte, dafür, dass kein politisches Lager mehr eine Mehrheit hat. Warum hat sich das so entwickelt? Ist das der Ausdruck eines neuen Selbstbewusstseins von Wechselwählerinnen und Wechselwählern? Oder haben diejenigen recht, die von einer zerbrechlich gewordenen Demokratie sprechen? Eine Spurensuche.

Wählerinnen und Wähler in Zeiten „Tiefer Transformation“

Die Auswirkungen technologischer Umbrüche sind nie allein auf die Sphäre der Ökonomie beschränkt. Im Laufe der Geschichte der Menschheit zeigt sich, dass insbesondere der Wechsel der Energiebasis gesellschaftliche Erneuerungsprozesse auslöst. Mit der Nutzung des Feuers als Energiequelle, der Gewinnung von Saatgut und der Domestizierung von Wildtieren konnte unsere Spezies sesshaft werden und Dörfer und Städte gründen. Sie konnten nun Erze aufschließen, damit leistungsfähigere

Gerätschaften für den Ackerbau herstellen, aber auch neue Waffentechniken entwickeln, um ihre Auseinandersetzungen zu führen.

Anders zu wirtschaften, Kriege auf eine neue Art und Weise zu führen, erforderte auch jeweils neue Formen der Organisation von Gesellschaft, etwa die Bildung von Stadtgesellschaften, aus diesen entwickelten sich Städtebündnisse, später Staaten. Einer dieser aus Städten hervorgegangenen Staaten, Rom, wurde zum ersten Imperium auf europäischem Boden.

Der Historiker Yuval Harari hat die Entwicklung vom „unauffälligen Tier“ zum modernen Men-

schen eindrucksvoll beschrieben. In „Eine kurze Geschichte der Menschheit“ schreibt er: „Die Wissenschaften und die industrielle Revolution haben uns übermenschliche Kräfte und nahezu grenzenlose Energie verliehen. Die Gesellschaftsordnung wurde von innen nach außen gekehrt, genau wie die Politik, der Alltag und die menschliche Psyche.“

Harari ist davon überzeugt, dass der Mensch sich mit der nächsten Welle wissenschaftlicher und technologischer Erkenntnisse aus den Bereichen der Gentechnik, des Quanten-Computing und der künstlichen Intelligenz selbst überwinden werde. Es sei denn, die Menschheit bestimme die Richtung der Entwicklung. Die entscheidende Frage, so der Historiker, „sei nicht: ‚Was dürfen wir nicht?‘, sondern: Was wollen wir werden?“ (Harari, 2013).

Auch wenn dies auf den ersten Blick hochgegriffen erscheint: Dieses Dossier beschäftigt sich mit genau dieser Frage am Beginn einer neuen technischen Revolution. Es ist der Versuch, die erheblichen Veränderungen in der politischen Kultur der vergangenen zwei Jahrzehnte – von der noch politisch sortierten Gesellschaft des späteren Industriezeitalters hin zu einer Ordnung in der Ära der Digitalisierung – zu deuten. Und zu beschreiben, wie diese tiefgreifenden Veränderungen bei den Wählerinnen und Wählern einen Suchprozess ausgelöst haben. Sie stellen sich die Frage, wer oder mit wem sie diesen auf vielen Ebenen stattfindenden Wandel gestalten können.

Schließlich haben sich in den zurückliegenden beiden Jahrzehnten nicht nur Umbrüche in der Produktion von industriellen Gütern, Dienstleistungen und Handwerk angebahnt, die zuletzt im Zuge des Versuchs, die Corona-Pandemie abzuwehren, beschleunigt wurden. Auch das Zusammenleben der Menschen, das Entstehen, Bestehen und Vergehen von Freundschaften, Familienbeziehungen und der Alltag von Millionen hat sich grundlegend verändert. Er wird sich weiter verändern. Um es an einem Beispiel zu erklären: Bekanntschaften werden mithilfe von Algorithmen wie „Tinder“ oder „Parship“ geschlossen, bisweilen entstehen daraus Freundschaften, Partnerschaften und diese werden häufig auch digital – per Mail, WhatsApp oder Telegramm wieder gelöst.

Vor nur 20 Jahren war die Welt noch eine komplett andere. Am Beginn des 21. Jahrhunderts hatte man keine Vorstellung, wie Beziehungen nur zwei Jahrzehnte später entstehen und wieder zerfallen können. Heute ist die Situation nicht anders: Weil so viele Entwicklungen disruptiv und nicht linear verlaufen, liegt schon die nächste Zukunft im Ungewissen. Oder ahnte jemand, wie störanfällig der Welthandel für eine beherrschbare Krankheit wie die Corona-Pandemie ist? Und wer hätte noch vor zwei Jahren gedacht, dass sich Millionen Arbeitsplätze ins Homeoffice verlagern lassen?

Hinter allen Entscheidungen, die Menschen unserer Zeit treffen, steht letzten Endes die Frage, worin dieser vielschichtige Prozess der „Tiefen Transformation“ mündet.

Inmitten eines solchen Umbruchs von dieser Qualität sind Muster oder rational auf Antrieb erklärbare Zusammenhänge schwer zu erkennen, weil so vieles gleichzeitig in Bewegung ist – die Maßstäbe eingeschlossen, die wir am Geschehen anlegen, um es als gut oder schlecht, nützlich oder verwerflich einzuschätzen.

Das Elektorat ist in Umbruchstimmung

Vor diesem Hintergrund sind die Veränderungen in den Entscheidungen der Wählerinnen und Wähler bei Landtags- oder Bundestagswahlen zu betrachten. Am Beispiel der SPD wird dies gut deutlich:

Vor zwei Jahrzehnten ist die SPD noch eine klar führende Regierungspartei. Die Wählerinnen und Wähler hoben sie 1998 mit fast 41 Prozent der abgegebenen Stimmen in Regierungsverantwortung, die Parteien der Union schafften es nur noch – vom heutigen Standpunkt müsste man sagen noch – auf 35,1 Prozent.

Die Grünen folgten mit einem Stimmenanteil von 6,7 Prozent in den Bundestag. Die Voten von SPD und Grünen reichten für eine Mehrheit im Deutschen Bundestag.

Vier Jahre nach dem großen Wahlsieg von 1998 beginnt der langsame Niedergang der SPD. Nur noch 38,5 Prozent derjenigen, die zur Wahl gegangen sind, wählten die Volkspartei SPD. Die Parteien der Union liegen mit der SPD gleich auf, können also noch einmal Anteile hinzugewinnen. Weil aber die Grünen einen Prozentpunkt mehr erreichen als der damals noch scheinbar natürliche Koalitionspartner der Union, FDP, kann die rot-grüne Koalition noch einmal fortgesetzt werden. Es ist die vorletzte Wahl, welche nach dem Muster linkes Lager gegen rechtes Lager entschieden wird.

2005 folgen vorgezogene Neuwahlen. Die SPD holt nach einem Absturz bei vielen Landtagswahlen in den letzten Wochen vor dem Wahltag kräftig auf. Zusammen liegen CDU und CSU vorne und erreichen 35,2 Prozent der Stimmen – einen Prozentpunkt vor der SPD. Für eine Koalition mit der FDP oder den Grünen reicht es für die Parteien der Union jedoch nicht. So kommt es zur Bildung der ersten von drei Großen Koalitionen seit Beginn des Jahrhunderts.

Bei der Bundestagswahl 2009 dann der Absturz der SPD: Mit 23 Prozent der Zweitstimmen rutscht sie deutlich unter das Niveau, das die SPD 40 Jahre zuvor dank einer programmatischen Erneuerung hinter sich gelassen hat. Die Union verliert weiter, landet bei 33,8 Prozent und kann diesmal aber eine Regierung rechts der Mitte mit der FDP bilden, denen 14,6 Prozent der Wählerinnen und Wähler ihre



Zweitstimmen anvertrauen. Allerdings reicht es nur deshalb für diese Koalition, weil sechs Prozent der Stimmen an „sonstige Parteien“ vergeben wurden – was für Mehrheitsbildungen im Bundestag irrelevant ist. Linke und Grüne profitieren von dem Einbruch der SPD. Sie erreichen jeweils etwa elf Prozent der Stimmen. Die Koalition aus Union und FDP folgt zwar noch einmal dem Links-rechts-Muster. Doch im Kontext der Bundestagswahlen davor und danach muss sie bereits als Ausnahmefall gesehen werden.

2013 ist das Jahr der Überraschungen. Die FDP scheitert knapp an der Fünfprozenthürde, Grüne und Linke sind wieder einstellig, für CDU und CSU entscheiden sich 41 Prozent der Wählerinnen und Wähler. Trotz des guten Abschneidens ist die Union auf die SPD angewiesen, um mit politischer Mehrheit im Parlament regieren zu können.

Vier Jahre später entscheiden die Wählerinnen und Wähler wieder ganz anders: CDU und CSU brechen 2017 auf 33 Prozent ein, die FDP kann mehr als zehn Prozent der Wählerinnen und Wähler von sich überzeugen, die Grünen bleiben einstellig, mit der AfD zieht eine rechtsextreme Partei in den Bundestag ein, die SPD verliert in der Wählergunst, nur noch etwas mehr als 20 Prozent der Wählerinnen und Wähler vertrauen der Volkspartei, die gerade noch 150-jähriges Bestehen gefeiert hatte, ihre Zukunft an. Weil AfD und Linke als Koalitionspartner ausfallen, und die Verhandlungen zu einem Bündnis neuer Art aus den beiden Parteien der Union, FDP und Grünen scheitern, kommt es zur Bildung der dritten Großen Koalition in nur zwölf Jahren. Eine Große Koalition ist das allerdings nicht mehr, denn zusammen vereinen sie nur

etwas mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen. Würden die Anteile von „Sonstigen“ und Nichtwählerinnen und -wählern mitgerechnet, würde deutlich, dass hinter dem Koalitionsvertrag nur eine Minderheit des Elektorats steht.

2021 schließlich landen CSU und CDU bei nur noch 24,1 Prozent, die Wählerinnen und Wähler bringen mit 25,7 Prozent ihrer Stimmen die SPD auf Platz eins. Die Grünen sind plötzlich eine Partei, denen 15 Prozent derjenigen, die zur Wahl gehen, ihre Stimme geben, 11,5 Prozent der Stimmen geht an die FDP und die inzwischen eindeutig rechtsextreme AfD kann zehn Prozent der Wählerinnen und Wähler von sich überzeugen.

Während dieses Dossier geschrieben wird, verhandeln SPD, Grüne und FDP darüber, ob sie eine gemeinsame Grundlage für Koalitionsverhandlungen finden. Ein Bündnis von Grünen, FDP und Union ist im Ansatz gescheitert. Mitgliedschaft und Parteifunktionäre der Union verarbeiten in einem schmerzhaften Prozess die Abreibung, welche ihr die Wählerinnen und Wähler verpasst haben.

Die neue Kraft der Wechselwählerinnen und Wechselwähler

In absoluten Zahlen sind die Schwankungen noch beeindruckender. 1998 machten noch 18,5 Millionen Frauen und Männer die SPD zur Regierungspartei. 20 Jahre später statten knapp zwölf Millionen Wählerinnen und Wähler die SPD mit einem Regierungsauftrag aus.

1998 wurden CDU und CSU mit 18,4 Millionen Stimmen eine starke Oppositionspartei, 2021 man-



DIE JUGEND: GRÜN ODER LIBERAL

Als 2019 die 18. Shell-Jugendstudie vorgestellt wurde, hatte die junge Generation die Erfahrung von monatelangem Homeschooling und Stillstand der Jugendkultur noch vor sich. Vor zwei Jahren attestierte das Team um den Jugendforscher Hurrelmann der Jugend, dass sie „trotz der klar erkennbaren Unterschiede, die sich aus der Herkunft der Jugendlichen ergeben und die durch den weiterhin ungleichen Bildungserfolg bestehen bleiben, keine unüberbrückbaren Polarisierungen oder Spaltungen in den Einstellungen zu beobachten sind. Sie teilten die Sorge um die „ökologische Zukunft“, es gebe einen Trend „zu gegenseitigem Respekt und einer Achtsamkeit in der eigenen Lebensführung, ein starker Sinn für soziale Gerechtigkeit“ sowie einen „wachsenden Drang, sich für diese Belange aktiv einzusetzen“. Lediglich zwischen denjenigen, die die Studie als Kosmopoliten und als Nationalpopulisten einordneten, lasse sich „eine klar erkennbare Polarisierung feststellen“. Doch machten beide Gruppen „nur“ ein Fünftel der Jugendlichen aus (Albert et al., 2019).

Über die Kennzeichnung kann man geteilter Meinung sein. Denn zwei Fünftel der Jugendlichen sind immerhin fast die Hälfte dieser Generation. An zwei Teilauswertungen wird denn auch deutlich, wie gespalten die junge Generation als Teil der Wahlbevölkerung auf Politik blickt. Für die Studie wurden die ausgewählten Jugendlichen zwischen 15 und 25 Jahren gefragt, wo sie sich selbst auf einer von null (links) bis zehn (rechts) einstufen. Das Ergebnis bestätigt einen seit Beginn des Jahrhunderts anhaltenden Trend: Immer mehr junge Frauen und Männer betrachten sich als links oder eher links. Taten dies 2002 noch 32 Prozent der Befragten, waren es in der 18. Shellstudie 41 Prozent. Der Block derer, die sich in der Mitte des politischen Spektrums sahen, änderte sich wenig, er liegt stabil bei knapp 30 Prozent. Rückläufig waren die Zustimmungswerte im rechten Spektrum. 2002 sahen sich noch 17 Prozent der Befragten hier vertreten, 2021 waren davon noch 13 Prozent übrig. Auch der Anteil derjenigen, die eher keine Bindung zu einem politischen Lager entwickelt hatten, war nur leicht rückläufig, die 2019 gemessenen 19 Prozent sind nur drei Punkte unter dem 2002 gemessenen Wert. Auffällig ist: Während der Anteil der Jugendlichen, die sich als sehr links stehend beschrieben in dem Zeitraum von acht auf 14 Prozent angewachsen ist, verharrte dieser am äußersten rechten Rand stabil bei vier Prozentpunkten.

Dieser Trend ist noch zu allgemein, um zu verstehen, was junge Menschen umtreibt. Denn 2019 stuften sich 16 Prozent der jungen Männer als „rechts“ oder „eher rechts“ stehend ein. Von den jungen Frauen hingegen konnten nur zehn Prozent nationalkonservativen Parteien und Positionen etwas abgewinnen.

Die linke Seite auf der politischen Skala hingegen wird stärker von jungen Frauen geprägt. 44 Prozent der jungen Frauen sehen sich in diesem Bereich, aber nur 38 Prozent ihrer männlichen Altersgenossen.

Die junge Generation im Osten der Bundesrepublik ist deutlich polarisierter als im Westen. Zwischen Rügen und dem Erzgebirge liegt der Anteil der sich als sehr rechts verstehenden Jugendlichen mit zehn Prozent deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Das gilt auch für die politische Linke, zu der sich 45 Prozent der jungen Frauen und Männer zählen.

Der Grad der Polarisierung unterscheidet sich nicht nur nach Geschlechtern und Regionen, sondern auch nach Stand im Beruf oder der Bildung. Gut die Hälfte der jungen Studierenden, Gymnasiastinnen und Gymnasiasten versteht sich als links, das rechte Spektrum ist in dem Bereich unterrepräsentiert.

Wer dagegen früh in den Beruf geht, blickt anders auf die Welt: Jugendliche in Ausbildung und Beruf bezeichnen sich überdurchschnittlich hoch als Rechte (15 bzw. 17 Prozent), nur ein Drittel sieht sich auf der linken Seite des Spektrums.

Trotz – vielleicht aber auch wegen – der Politisierung fühlen sich viele Jugendliche laut Shell-Studie von Politikerinnen und Politikern ignoriert. Tendenz steigend: 2002 stimmten noch 66 Prozent der Befragten der These „Ich glaube nicht, dass sich Politiker darum kümmern, was Leute wie ich denken“, zu. 2019 war der gemessene Wert auf 71 Prozent angestiegen, die Politikverdrossenheit, schreiben Ulrich Schneekloth und Matthias Albert in einer Teilauswertung der Jugendstudie 2019, verharrte „auch weiterhin auf hohem Niveau“. Wobei das Maß an Politikverdrossenheit zwischen West und Ost nicht auffällig ist (50 Prozent West/53 Prozent Ost). Die Trennungslinie des jugendlichen Elektorates verlief entlang des Bildungsstandes: Nur 63 Prozent der Schülerinnen und Schüler auf Gymnasien folgten dieser Sichtweise, dagegen war 71 Prozent der Jugendlichen auf anderen Schulen dieser Überzeugung. Jugendliche in Ausbildung zählte die Studie zu fast 80 Prozent zu den Politikverdrossenen, 75 Prozent der jungen Er-

werbstätigen sah sich 2019 ohne Beistand im parteipolitischen System der Bundesrepublik Deutschland (Schneekloth/Albert, 2019).

Es gibt keine vergleichbar tief reichende Studie über die Lage der Jugend und damit der Erst- und Jungwähler aus dem Jahr zwei der Pandemie. Einige Hinweise enthält die europäisch angelegte TUI-Jugendstudie. Unter den befragten Jugendlichen aus Deutschland gaben 46 Prozent an, ihre „Lebenssituation“ habe „sich durch die Pandemie verschlechtert“. Aber es sind auch 41 Prozent der Jugendlichen der Meinung, ihre Lage sei gleichgeblieben, für acht Prozent der jungen Deutschen hat sich ihre Lebenssituation sogar gebessert. Entsprechend gespalten blicken die jungen Deutschen auf die Frage, wie sehr sie sich durch die Politik gegen die Pandemie in ihren Grundrechten eingeschränkt fühlten. 50 Prozent sind dieser Ansicht, 45 Prozent dagegen nicht.

Die TUI-Studie schließt die Ergebnisse von zwei Befragungswellen ein. Im September 2020 waren nur fünf Prozent der jungen Deutschen der Meinung, die von der Politik getroffenen Entscheidungen gegen die Pandemie seien unzureichend, im April 2021 waren dies 27 Prozent. Entsprechend schrumpfte die Zahl derer, welche den Katalog von Einschränkungen und Auflagen als angemessen bezeichneten, von 52 auf 30 Prozent. Waren im Herbst 2020 19 Prozent der Meinung, die Politik handele übertrieben, war dieser Wert im Frühjahr des Bundestagswahljahres auf nur 23 Prozent angestiegen. Die Enttäuschung eines Teils der jungen Generation resultiert also nicht aus der Einschätzung, die Auflagen und Einschränkungen von Grundrechten seien zu stark, sondern zu milde ausgefallen.

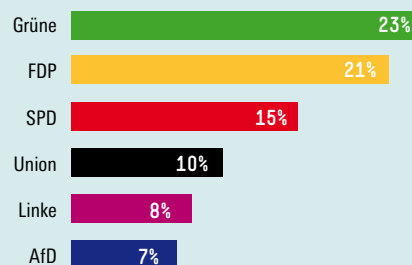
Im Vorfeld der Bundestagswahlen zeichnete sich ein Wahlerfolg der Parteien ab, die den Klimaschutz voranstellen. Der These, Politik gegen den Klimawandel habe Vorrang vor Wirtschaftswachstum, stimmten laut TUI-Jugendstudie 47 Prozent zu, 32 Prozent zeigten sich unentschieden, nur 13 Prozent lehnten die These ab. Anders als in der Shell-Studie sortierten sich nur 32 Prozent der jungen Menschen als links ein, 46 Prozent sahen sich in der Mitte und nur acht Prozent definierten sich als rechts im politischen Spektrum. Für mehr Umverteilung, eine klassische linke Position, hingegen sprachen sich fast die Hälfte der Befragten aus, 29 sahen das dafür und dawider und waren unentschieden, nur zwölf Prozent teilten diese Ansicht nicht (TUI-Stiftung, 2021).

Und so wählten die Erstwählerinnen und Erst-

wähler bei der Bundestagswahl: Die FDP hat zwar bei den Jungwählerinnen und -wählern mit 21 Prozent und bei Erstwählerinnen und Erstwähler sogar mit einem Anteil von 23 Prozent überraschend stark abgeschnitten, doch als stärkste „Partei“ ging aus dieser Gruppe am Wahltag die der Nichtwählerinnen und Nichtwähler hervor. 960.000 von ihnen gingen gar nicht wählen, 460.000 gaben ihre Stimme den Grünen, 400.000 der FDP, 310.000 Wählerinnen und Wähler, die zum ersten Mal ihre Stimme abgaben, votierten für die SPD. Klare Wahlverlierer bei den Jungen: Union (210.000 Stimmen), Linke (150.000 Stimmen) und AfD (110.000 Stimmen) (Tagesschau, 2021).

Die Abbildung 1 zeigt die Stimmanteile der 18- bis 24-Jährigen:

Abb. 1 So wählten die 18- bis 24-Jährigen:



Quelle: tagesschau, 2021

Hans Böckler
Stiftung

Warum entschieden sich so viele junge Wählerinnen und Wähler für die FDP? Bei der Bundestagswahl 2017 war der Anteil der Jungen, die der FDP zum Wiedereinzug in den Bundestag helfen wollten, weitaus geringer. Damals stimmten zwölf Prozent für die FDP und platzierten sie damit auf Rang vier hinter den Unionsparteien (24 Prozent), SPD (19 Prozent) und Grünen (13 Prozent) (Tagesschau, 2017). Jugendforscher Hurrelmann erklärt das starke Abschneiden der FDP bei jungen Wählerinnen und Wählern so: „Die FDP hat die Themen Grundrechte, Freiheit und die Rückgewinnung der Kontrolle nach Corona besetzt, verbunden mit ihrem wirtschaftsfreundlichen Kurs.“ Das, so der überraschte Forscher weiter, sei zwar keine Spaltung im Elektorat. Aber doch zumindest eine „Polarisierung“ (Hurrelmann, 2021).



datierten nur rund elf Millionen Menschen die beiden Parteien.

Für die Grünen stimmten 1998 5,6 Millionen Frauen und Männer, 23 Jahre später fast sieben Millionen. Die FDP steigerte die Zahl ihrer Wählerinnen und Wähler in der gleichen Zeitspanne von 5,6 auf sieben Millionen. Die Linke wurde 1998 von 2,5 Millionen Menschen vor allem aus Ostdeutschland gewählt, 2021 erreichte sie nur noch das Vertrauen von knapp 2,3 Millionen West- und Ostdeutschen. Die AfD, 2013 überhaupt das erste Mal zu einer Bundestagswahl angetreten, versammelt 2021 4,8 Millionen Wählerinnen und Wähler hinter sich, davon überdurchschnittlich viele aus dem Osten Deutschlands. (Bundeswahlleiter, 2021).

Schon diese Saldenbetrachtung macht deutlich, wie sehr das Elektorat der Bundesrepublik Deutschland in nur zwei Jahrzehnten heftig in Bewegung geraten ist. Das wird nicht nur an den Wahlergebnissen der Parteien deutlich. Auch die Wahlbeteiligung schwankt erheblich zwischen 82 Prozent im Jahre 1998, 70,8 Prozent 2009 und wieder 76,6 Prozent bei der Bundestagswahl 2021 (Statista, 2021).

Die Parteienlandschaft selbst ist in heftiger Bewegung. 2005 hörte die ostdeutsche Regionalpar-

tei PDS auf zu existieren und verschmolz mit der vornehmlich westdeutsch geprägten Wahlalternative Deutschland (WASG) zur Partei Die Linke, die von West- und Ostdeutschen getragen wird. 2013 wird die Alternative für Deutschland (AfD) als europakritische, konservativ-liberale Partei gegründet und verpasst nur knapp den Einzug in den 18. Deutschen Bundestag. Fast vergessen ist, dass die 2006 gegründete Piratenpartei, in den Jahren 2011 und 2012 den Einzug in das Abgeordnetenhaus von Berlin sowie die Landtage des Saarlandes, von Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen schaffte, ehe sie implodierte und bald schon wieder in der politischen Bedeutungslosigkeit verschwand.

Eine andere Implosion ereignete sich im Lager rechts der Mitte, als Millionen Wählerinnen und Wähler 2013 der FDP das Vertrauen entzogen, sie aus dem Bundestag fernhielten und sie dazu zwangen, sich neu zu erfinden. Ihre Wiederauferstehung bei den Wahlen zum 19. und 20. Deutschen Bundestag mit – für die FDP – starken Resultaten deutet darauf hin, dass Wählerinnen und Wähler Missmanagement hart abstrafen und Stärke, selbst wenn sie nur an einer einzelnen Person wie Christian Lindner sichtbar wird, honorieren.

Für den Niedergang der SPD und ihren Wiederaufstieg gibt es hinreichend diskutierte Gründe. Der Abstieg der Partei aus der Liga der Volksparteien ist eine Folge der von Gerhard Schröder durchgesetzten Agenda 2010, welche die Leistungsfähigkeit der Sozialsysteme nachhaltig schwächte und der Anhebung des Rentenalters, das von dem Sozialdemokraten Franz Müntefering in den Jahren nach 2005 als Sozialminister maßgeblich vorangetrieben wurde. Auch Missmanagement der Partei und die Auswahl der Spitzenkandidaten sind unbestrittene Ursachen des Absturzes. Gutes Management der Partei und die Wahl eines von einer Mehrheit der Wählerinnen und Wähler geachteten Kanzlerkandidaten brachte die SPD 2021 in die erste Position.

Der Exodus der Wählerinnen und Wähler aus der Union

Die Union scheiterte 2021 wie vor ihr 2005 und 2009 die SPD an einer Politik der paradoxen Intervention. Den Unionsparteien, traditionell skeptisch gegenüber dem Thema Einwanderung, wurde die Öffnung der Grenzen für Hunderttausende Flüchtlinge von einem großen Teil ihrer Kernwählerinnen und -wähler übel genommen. Der vom Parteiestablishment 2021 als Nachfolger von Angela Merkel auf den Schild gehobene Armin Laschet hingegen gab keine überzeugende Figur ab, das Programm, mit dem die Union zu den Wahlen zum 20. Deutschen Bundestag angetreten war, war inhaltsleer und entfaltete keine Kraft nach links oder



AUSSTERBENDE WÄHLERSCHAFTEN - EINE HERAUSFORDERUNG FÜR DIE PARTEIEN



Mit dem Tod befasst sich der moderne Mensch ungern, wir haben ihn mit einem Tabu belegt. Auch in der Wahlforschung taucht er kaum auf, schließlich wählen ja nur die Lebenden.

Das stimmt nicht ganz. Wer per Briefwahl oft Wochen vor dem eigentlichen Wahltag seine Stimme abgibt, kann am Tag der Entscheidung selbst schon nicht mehr am Leben sein. Bei rund 40 Prozent der Stimmabgaben auf diesem Weg könnten einige Fälle zusammenkommen. Erhoben werden sie aber nicht. Der Bundeswahlleiter teilt mit, dass die Stimmen dennoch gezählt würden – bei einer geheimen Wahl könnten die entsprechenden Unterlagen auch gar nicht identifiziert werden.

Die Sache mit dem Tod ist allerdings für Parteien interessant. Denn: Von Wahl zu Wahl sterben ihnen Wählerinnen und Wähler weg. In einer alternden Gesellschaft ein Phänomen, mit dem man sich beschäftigen muss.

Die Parteien der Union etwa verloren bei der Bundestagswahl 2021 gegenüber 2017 zwar knapp zwei Millionen Stimmen an die SPD, aber 1,1 Millionen ihrer Wählerinnen und Wähler von 2017 sind inzwischen verstorben. Auch die SPD traf diese Entwicklung. Ihr gingen 2021 gegenüber 2017 690.000 Frauen und Männer verloren, weil sie inzwischen gestorben waren. Unterm

Strich schmolz dies nach Rechnung von Infratest dimap das Elektorat 2021 gegenüber 2017 um rund 3,7 Millionen Menschen zusammen.

Bereits 2017 haben die Unionsparteien gegenüber 2013 rund 1,3 Millionen ihrer Wählerinnen und Wähler verloren, weil sie inzwischen gestorben waren. Die SPD verlor im gleichen Zeitraum 760.000 Stimmen, weil diese Frauen und Männer nicht mehr am Leben waren. Insgesamt schrumpfte das Elektorat wegen Todesfällen 2017 im Vergleich zu 2013 um gut 3,5 Millionen.

Die Verluste wurden durch die Neuwählerinnen und -wähler nicht ausgeglichen. Dem Schwund von 3,5 Millionen Wählerinnen und Wählern zwischen 2013 und 2017 durch Tod standen nur knapp drei Millionen Neuwählerinnen und Neuwähler gegenüber. Während zwischen 2017 und 2021 3,7 Millionen Erwachsene als Sterbefälle aus den Wählerregistern gestrichen wurden, kamen knapp 2,9 Millionen neue Wähler und Wählerinnen hinzu.

Besonders SPD, CDU und CSU muss das Ergebnis interessieren. Denn die starken Ergebnisse erzielten die drei Parteien bei den Wählerinnen und Wählern über 60 Jahre. Ohne die Stimmen der vor 1960 Geborenen wäre weder die SPD als Siegerin aus den Wahlen hervorgegangen, noch die Unionsparteien in die Nähe ihres schwächsten Ergebnisses in ihrer Geschichte gekommen.

nach rechts und auch nicht in der Mitte des politischen Spektrums. Im Gegenteil: Schon zu Beginn des Wahlkampfes herrschte in Deutschland Wechselstimmung, wie der Demokratieforscher Robert Vehrkamp im Interview für dieses Dossier zeigt. Und er wurde immer stärker, je näher der Wahltag rückte.

Am 26. September 2021 wanderten die Wählerinnen und Wähler weg von der Union wie bei einem Exodus. Knapp zwei Millionen Menschen, die noch 2017 eine der Parteien der Union gewählt hatten, wandten sich der SPD zu, mehr als 400.000 gaben ihre Stimme der AfD, 1,3 Millionen setzten auf die FDP, über eine Million liehen den Grünen ihre Stimme, mehr als eine Million flüchtete sich in die Rolle als Nichtwähler und -wählerinnen, mehr als eine halbe Million zog die Wahl von Kleinparteien vor, selbst 90.000 ehemalige Unionswählerinnen und -wähler stimmten 2021 für die Linke. Und mehr als eine Million derjenigen, die 2017 noch für die Union gestimmt hatte, waren inzwischen verstorben (Tagesschau, 2021).

Die Milieus der Parteien sind in Auflösung

Allein Entscheidungen am Wertekompass der eigenen Wählerschaft vorbei und schlechtes politisches Management erklären nur unzureichend, warum sich das politische System der Bundesrepublik Deutschland nach 50 Jahren ihres Bestehens so gravierend veränderte. Beginnend mit der Bundestagswahl 2013 etwa positionierte sich die SPD wieder mehr und mehr mit traditionellen Programminhalten, für welche ihre Spitzenkandidaten mit mehr oder weniger Verve auch eintraten. Die Einführung eines Systems gesetzlich garantierter Mindestlöhne mit einer klaren Lohnuntergrenze war eine Abkehr von der Politik der unbeliebten Agenda 2010, genauso wie die vorübergehende Rückkehr zu einem Renteneintrittsalter von 63 Jahren. Die Wählerinnen und Wähler honorierten die Offerten jedoch nicht und schickten die Sozialdemokratie immer tiefer in den Keller.

Um Trends und Ursachen der Veränderungen in der Wahlbevölkerung systematisch zu untersuchen, wurde von der Deutschen Gesellschaft für Wahlforschung mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft die German Longitudinal Election Study, kurz GLES, ins Leben gerufen. Die langfristig angelegte Forschungsreihe verfolgt das Ziel, die Veränderungen im Wahlverhalten der Bevölkerung zu untersuchen. Die Forscherinnen und Forscher untersuchen, das „Verhalten von Wählern, dessen Instabilität ein bislang unbekanntes Ausmaß erreicht hat“ (GLES, o. J.).

Dieses Dossier hebt im folgenden Abschnitt auf drei Faktoren der facettenreichen Studie ab: Die Bedeutung sozialer Gruppen, die emotionale Bindung von Wählerinnen und Wählern an Parteien

und die Motive sowie die Bedeutung derjenigen, die von Wahl zu Wahl bereit sind, sich für eine andere Partei zu entscheiden.

Rückblickend schreibt der Berliner Politikwissenschaftler Bernhard Weißels in dem Auswertungsband zu den Bundestagswahlen 2009: „Bis in die 1960er Jahre waren Parteien in der Lage, dauerhaft Allianzen zu bestimmten sozialen Gruppen im Elektorat aufzubauen“. Er bezeichnet die enge Bindung als „freezing“. Am Beispiel der SPD zeigt Weißels, einer der Mitherausgeber der Langfristuntersuchung, wie bei den Wahlen 2009 Gewerkschaftsmitglieder der SPD den Rücken kehrten: „Der für die SPD typische Befund, dass gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer in stark überproportionalem Maß dieser Partei die Stimme geben, ist 2009 ausgefallen“ (Weißels, 2011).

Aber nicht nur die Abkehr von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern war für den Einbruch der SPD verantwortlich. Nicht einmal die Hälfte derer, die noch 2005 den Sozialdemokraten ihre Stimme gaben, taten dies auch 2009, dokumentieren die Politikwissenschaftlerin Tatjana Rudi und ihr Fachkollege Markus Steinbrecher in dem gleichen Studienband. Die übrigen, immerhin 54 Prozent der Wählerinnen und Wähler von 2005 „sind in alle Richtungen abgewandert“ (Rudi/Steinbrecher, 2011).

CDU und CSU hingegen konnten 2009 noch darauf bauen, dass ihre Bindung in jene Teile der Bevölkerung stark war, die sich mit einer der christlichen Kirchen, besonders der katholischen Kirche eng verbunden fühlten. „Als immer noch stabile und starke Determinanten der Wahl der Unionsparteien lassen sich konfessionell-religiöse Faktoren ausmachen.“ Aber auch hier diagnostiziert Politikwissenschaftler Weißels einen Bedeutungsverlust. „Sozialer Wandel, Individualisierungs- und Säkularisierungsprozesse“ setzten sich fort. „Soziale Gruppen mit relativ stabilen Bindungen an politische Parteien, wie z. B. katholische Kirchgänger oder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, werden weiter schrumpfen.“ Was die Abkehr der Kirchgänger angeht, sind mutmaßlich die Skandale von sexuellem Missbrauch von Priestern vornehmlich an Jugendlichen verantwortlich.

Weil die institutionellen Bindungen zwischen Wählerinnen und Wählern abgenommen haben, hat ein anderer, ursprünglich schwächerer Faktor an Bedeutung für Wahlentscheidungen gewonnen: die emotionale und kulturelle Bindung an eine der Parteien. „Die Identifikation einer Person mit einer politischen Partei bedeutet nicht, dass sie diese auch stets wählt“, schreibt Wahlforscher Rüdiger Schmitt-Beck über das Phänomen 2009. Es gehe, so Schmitt-Beck, um eine „Art psychologische Parteimitgliedschaft“. Diese Form einer durchaus „tief in der Persönlichkeit verankerten, gefühlsmäßigen Bindung“ nehme in Deutschland zwar ab, „ihre Prägestärke [...] für Wahlentscheidungen“ sei aber

immer noch erheblich, insbesondere bei CDU und CSU. Wie brüchig die Bindung selbst bei den Anhängerinnen und Anhängern der Union allerdings schon 2009 war, zeigte sich in den Entscheidungen der Wählerinnen und Wähler kurz vor der Wahl: „Unter den Unionsanhängern gab es schon frühzeitig eine erhebliche, sich gegen Ende des Wahlkampfes noch steigende Bereitschaft, für die – von der Parteiführung als Koalitionspartner favorisierte – FDP zu votieren. Etliche SPD-Anhänger entschieden sich hingegen im letzten Moment trotz des Fehlens klarer Koalitionsaussagen für die Grünen“ (Schmitt-Beck, 2011).

Die Bundestagswahl 2013 unterschied sich im Ergebnis vollkommen von der vorangegangenen Wahl. In ihrer Einleitung zu dem entsprechenden GLES-Berichtsband formulieren dessen Herausgeber Rüdiger Schmitt-Beck, Hans Rattinger, Sigrd Roßteutscher, Bernhard Weißels und Christof Wolf, dass sich die „Zersplitterung des deutschen Parteiensystems teilweise fortgesetzt hat“ (Weißels et al. (1), 2014). Mit Folgen für die Zusammensetzung des 18. Deutschen Bundestages. Ihm gehörten nur noch vier Fraktionen an: Union, SPD, Grüne und Linke. 2013 hätte zwar eine Koalition von Sozialdemokraten, Linken und Grünen eine hauchdünne Mehrheit gehabt. Am Ende entschied sich die SPD jedoch für eine Wiederauflage der Großen Koalition. Allerdings entsprach die Stärke der Fraktionen nicht dem Ergebnis der Bundestagswahl: Denn ein „nie zuvor erreichter Anteil von Wählerstimmen“, nämlich 15,8 Prozent der abgegebenen Stimmen, spielten bei der Verteilung der Mandate im Parlament keine Rolle. FDP und AfD scheiterten knapp an der Fünfprozenthürde, auch die Stimmen für die Piratenpartei und anderen Kleinparteien wurden nicht gerechnet (Schmitt-Beck/Schäfer, 2014).

Der Wissenschaftler Jan Eric Blumenstiel und seine Fachkollegin Elena Wiegand untersuchten das Verhalten der Wechselwählerinnen und -wähler 2013 genauer. Sie stellten bei der Auswertung der GLES-Daten fest: „Noch nie war die Summe der Gewinne und Verluste aller Parteien bei einer Bundestagswahl so groß wie 2013.“ Tatsächlich wechselten in den drei Wahlen von 2005, 2009 und 2013 rund 53 Prozent der Befragten „mindestens einmal ihre Wahlentscheidung“. Bei der Wahl 2013 taten dies sogar 30 Prozent der Wählerinnen und Wähler in den drei Monaten vor dem Wahltag (Blumenstiel/Wiegand, 2014).

Bei der Wahlentscheidung spielten 2009 die Stellung im Erwerbsleben und die konfessionelle Bindung noch einmal eine stärkere Rolle. Nicht nur kehrten etliche Gewerkschaftsmitglieder von der Linken zur SPD zurück. Die Wählerinnen und Wähler belebten noch einmal die Konfliktlinien der Vergangenheit: „Zwar fielen einige der sozialstrukturellen Effekte auf das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2013 nicht so stark aus wie noch in den 1970er und 1980er Jahren, aber doch etwas



stärker als 2009“, schreibt Bernhard Weißels in seiner Auswertung der erhobenen Daten aus dem Umfeld der Bundestagswahl von 2013. Doch der Wissenschaftler warnte vor einer Rückkehr zur Fokussierung auf die Kernklientel. Der Anteil katholischer Kirchgängerinnen und Kirchgänger sowie gewerkschaftlich Organisierter schrumpfte weiter. „Der sozialstrukturell und demographisch induzierte politische Wandel nötigt den Parteien große Anpassungsleistungen ab“ (Weißels, 2014).

Auch die Parteibindungen, also die „psychologische Parteimitgliedschaft“ erodierte weiter, notierten der Wahlforscher Rüdiger Schmitt-Beck und die Wahlforscherin Anne Schäfer in ihrem Teil des GLES-Bandes zur Bundestagswahl 2013. Sie sei nicht nur zurückgegangen, sondern in der „Stärke der verbliebenen Bindungen [...] im Schnitt schwächer als früher“. Im Übergang der Generationen nehme die Bindung auch ab. „Wähler jüngerer Generationen“ und besser ausgebildete Menschen wiesen seltener eine Parteibindung auf, ebenso Menschen mit niedrigem Bildungsabschluss.

Trotz der Bindungserosion: nur 29 Prozent der für die Langzeitstudie Befragten antworteten 2013, sie hätten keinerlei Parteibindung, 30 Prozent hingegen fühlten sich CDU und CSU verbunden, 22 Prozent identifizierten sich mit der SPD, 7,7 Prozent mit der Linken und 7,8 Prozent mit den Grünen – gegenüber der Wahl 2009 hatte sich an diesen Werten wenig geändert. Heftig geschrumpft war allerdings die Identifikation mit der FDP. Die Zahl ihrer anteilig ohnehin wenigen Getreuen „verringerte sich um mehr als die Hälfte auf nur noch 1,7 Prozent“. Von den fast fünf Prozent der Wählerinnen und Wähler, die 2013 der AfD ihre Stimme gaben, identifizierten sich lediglich ein verschwindend geringer Teil mit der gerade erst gegründeten „Anti-Euro-Partei“.

Die Verbundenheit mit den Parteien spiegelte sich im Wahlergebnis wider. Das starke Abschneiden der Unionsparteien führt das Wissenschafts-



„CDU, CSU UND SPD SIND KEINE VOLKSPARTEIEN MEHR“

Eigentlich ist Robert Vehrkamp Wirtschaftswissenschaftler und promovierte über die Theorie flexibler Wechselkurse. Beruflich befasst er sich mit einem ganz anderen flexiblen System: der wechselhaft gewordenen Wählerschaft. Im Interview für dieses Dossier sagt der Wahlforscher er „gehe davon aus, dass mit dieser Wahl die Veränderungen im Parteiensystem der Bundesrepublik zu einem ersten gewissen Abschluss gekommen sind“. Die Wählerinnen und Wähler hätten dies bewusst herbeigeführt. Denn eine so starke Wechselstimmung wie 2021 habe es noch nie in der Bundesrepublik gegeben.

Hilmar Höhn: Herr Vehrkamp, sie haben im Rahmen ihrer Beobachtung der Bundestagswahlen im August 2021 in der Bevölkerung eine außergewöhnlich ausgeprägte Wechselstimmung beobachtet. Wie hat sich diese in Richtung des Wahltages verändert?

Robert Vehrkamp: Sie ist weiter angestiegen bis auf den neuen historischen Rekordwert von 66 Prozent. Das ist seit 1990, als der Wert zum ersten Mal erhoben wurde, der höchste jemals gemessene Wert für die politische Wechselstimmung, sogar höher als 1998! Schon zu Beginn des Wahlkampfes lag sie mit 56 Prozent sehr hoch, flachte dann ein bisschen ab und hat dann zum Wahltag hin wieder deutlich zugelegt.

Dossier: Sie lag damit höher als 1998. Aber sie setzte sich im August 2021 anders zusammen. Die einen wollten einen Wechsel, weil sie wollten, dass mehr für den Klima-

schutz getan wird, weil sie endlich wollten, dass die soziale Schieflage im Land korrigiert wird. Anderen ging es um Zuwanderung und Flüchtlingspolitik. Wie haben sich diese Komponenten zum Wahltag hin entwickelt?

Vehrkamp: Das Bild ist in sich gleich geblieben. Zwei Drittel der Bevölkerung wollten nicht, dass es einfach so weiter geht – aus den von Ihnen genannten Gründen. In der Hauptsache ging es dabei um Klima, Bildung, Digitalisierung, Wohnungsbau, aber auch um Flüchtlings- und Integrationspolitik. Die Pandemie hat, glaube ich, sehr viele Defizite in unserer Gesellschaft ganz brutal offengelegt. Die Signatur dieses Wahlkampfes ist deshalb auch weniger eine ideologisch motivierte Wechselstimmung gewesen. Die Bürgerinnen und Bürger haben ihre Wahlentscheidung aufgrund ganz konkreter Defizite in sehr vielen unterschiedlichen Politikbereichen getroffen. Das hat sich dann zu der beschriebenen Wechselstimmung verdichtet.

Dossier: Das Ergebnis ist uneindeutig. Die Grünen erreichten nicht ihren weitesten Wählerkreis von 25 Prozent, die SPD, die ebenfalls für viele dieser Themen angetreten ist, hat zwar zugelegt, aber zusammen fanden SPD und Grüne keine Mehrheit – nicht einmal mit der Linken, die das Thema Wohnungsbau getrieben hat. Bei der Volksabstimmung über die Enteignung großer privater Wohnungsgesellschaften stimmten 56 Prozent der Berlinerinnen und Berliner für dieses Ziel. Aber die Linke, die als einzige Partei versprach, dies umzusetzen, hat bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus Prozentpunkte abgeben müssen.

Vehrkamp: Es ist ein hochkomplexes Wahlergebnis, und wir stehen erst am Anfang der Interpretation. Mit vorschnellen Schlussfolgerungen bin ich noch sehr zurückhaltend. Aber man wird die Ergebnisse nicht alleine durch die Brille der alten Lagerkonstellation analysieren können. Wer das Wahlergebnis vom 26. September verstehen will, muss einen neuen Ansatz wählen. Die FDP beispielsweise hat zwar inhaltlich einen eher schwarz-gelben Wahlkampf geführt, wie früher, hat aber dennoch ein sehr eigenständiges, jedenfalls nicht nur von der Union geliehenes Wahlergebnis, erzielt. CDU/CSU und SPD waren zwar sehr unterschiedlich erfolgreich, haben aber nun beide ihren Status als Volksparteien eingebüßt, weil die Zugewinne der SPD nicht als „Rückweg zur alten Volkspartei SPD“ fehlinterpretiert werden sollten.

Dossier: Am deutlichsten hat sich die Wechselstimmung in dem tiefen Einbruch von CDU und CSU niedergeschlagen.

Vehrkamp: Ja, und wir sehen schon jetzt sehr deutlich, dass die Parteien der Union die Wechselstimmung am wenigsten bedient haben, weder die Kampagne noch das Programm zielten darauf ab, Wählerinnen und Wähler über die konservative Kernklientel hinaus zu erreichen. Die politische Mitte ging der Union weiter von der Stange, und den Kontakt in die sozial benachteiligten Milieus hat sie inzwischen sehr weitgehend verloren, genauso wie zu den besonders modernisierungsfreundlichen Milieus. Eigentlich wollten viele der Merkel-Wählerinnen und -wähler, die noch 2017 die Unionsparteien gewählt haben, zu den Grünen. Aber vor allem die Patzer und die jenseits der klassischen Grünen-Milieus eher geringe Akzeptanz der grünen Spitzenkandidatin, gepaart mit der sehr starken Kampagne von Olaf Scholz, haben viele von denen dann doch Olaf Scholz und die SPD wählen lassen. Der stand zwar deutlich weniger für den Wechsel, aber seine Erfahrung und Unaufgeregtheit kam gut an. Er wirkte eher

wie der Notar des gewünschten Wechsels, und hat sich dafür als erfahrener Politikmanager und Garant für Solidität und Professionalität angeboten. Das fanden viele attraktiv. Als Versicherung dafür, dass der Wechsel zwar nicht blockiert, aber professionell und sozial ausgewogen gemanagt wird. So in etwa.

Dossier: Dass junge Menschen stark auf die Grünen setzen, hat hierzulande ja schon fast Tradition. Aber die FDP? Wie hat Christian Lindner es geschafft, die Partei so attraktiv zu machen?

Vehrkamp: Für das moderne, hippe Image steht in der FDP nicht nur Christian Lindner. Inzwischen hat sich auch in der zweiten Reihe der Partei eine neue Generation versammelt, die das Lebensgefühl eines großen Teils der Jugend widerspiegelt. Und sie haben einen extrem modernen Wahlkampf gemacht. Die Besonderheit bei den jungen FDP-Wählerinnen und -wählern ist, dass sie der FDP beide Stimmen gaben. Für die ist die FDP nicht Teil eines politischen Lagers, sondern steht für sich. Das macht das Ergebnis für die FDP so wertvoll, vielleicht sogar noch wertvoller als die von der Union geliehenen knapp 15 Prozent im Jahr 2009.

Dossier: Wenn wir, wie Sie sagen, das Zeitalter der Lagerwahlkämpfe verlassen haben, welche politische Kultur entwickelt sich gerade? Für welche Zäsur steht die Bundestagswahl 2021?

**„ICH GEHE DAVON AUS, DASS
MIT DIESER WAHL DIE
VERÄNDERUNGEN IM
PARTEIENSYSTEM ZU EINEM
GEWISSEN ABSCHLUSS
GEKOMMEN SIND.“**



Vehrkamp: Ich gehe davon aus, dass mit dieser Wahl die Veränderungen im Parteiensystem der Bundesrepublik zu einem ersten gewissen Abschluss gekommen sind. Die Wählerinnen und Wähler haben sich für ein multipolares Parteiensystem entschieden, und das alte von zwei Volksparteien dominierte System bis auf Weiteres abgewählt. Und die Parteien sollten und werden – wenn sie das (an-)erkennen – das auch zur Grundlage ihrer künftigen Strategien machen. CDU, CSU und SPD sind keine Volksparteien mehr, schon weil es das durch gesellschaftliche Großgruppen und -organisationen und die Kirchen geordnete Feld dafür



„ORGANISATION DEFINIEREN KEINE POLITISCHEN MEHRHEITEN MEHR.“

nicht mehr gibt, in dem es starke institutionelle Bindungen vieler Menschen an eine der beiden Volksparteien gab. Dahin gibt es derzeit keinen Weg zurück mehr, diese Zeit ist einfach vorbei. Das bedeutet nicht, dass es auch in Zukunft Parteien geben könnte, die bei einer Wahl mehr als 30 Prozent der Wählerinnen und Wähler an sich binden könnten. In Mecklenburg-Vorpommern ist das der SPD ja auch gerade gelungen, aber nicht als Volkspartei, sondern durch die Fokussierung der Kampagne auf eine erfolgreiche und beliebte Ministerpräsidentin. Frau Schwesig hatte auf vielen ihrer Plakate noch nicht einmal das Emblem ihrer Partei mit abgedruckt. Und der Fehler der Union war aus meiner Sicht, dass sie zu sehr am überkommenen Selbstbild als Volkspartei festgehalten hat, dass die Gesellschaft noch beschreibbar ist durch eine christlich-soziale Arbeitnehmerschaft, durch Unternehmer, die Kirchen, die Junge und die Frauen Union. Es gibt diese Organisationen noch. Aber sie definieren keine politisch relevanten Milieus mehr, stellen keine ausreichenden Wählerbindungen mehr her, bilden ganz einfach die neue Vielfalt der Gesellschaft nicht mehr ab.

Dossier: Lassen Sie uns über die Wahlergebnisse der AfD sprechen. Ein Blick auf die Wahlkarte zeigt ein blaues Band von Sachsen bis nach Thüringen, in dem die Rechtsextremen als Sieger aus der Wahl hervorgegangen sind. Bundesweit haben etwa mehr als zehn Prozent der Wählerinnen und Wähler dieser Partei ihre Stimme gegeben. Ist es der AfD gelungen, sich im parlamentarischen System der Bundesrepublik mit dem Wiedereinzug in den Bundestag festzusetzen?

Vehrkamp: Vorläufig ja. Aber das Wahlergebnis ist gespalten. In Westdeutschland ist die AfD mit Blick auf ihre Wählerinnen und Wählern eine sehr klar rechtspopulistische, latent sogar rechtsextrem positionierte Partei. Zwei Drittel ihrer Stimmen, eher sogar mehr, rekrutiert sich dort aus dem manifest oder latent rechtsextremen Milieu, das es immer gab, das aber zum ersten Mal nun auch über längere Zeit eine Partei an sich binden kann.

Dossier: Und wie erklären Sie die wesentlich höheren Stimmenanteile in Ostdeutschland?

Vehrkamp: Zum einen ist das beschriebene rechtspopulistische und zumindest latent rechtsextreme Potenzial in Ostdeutschland größer, aber es erklärt nicht die 20 bis 25 Prozent der Wählerinnen und Wähler, die der AfD dort ihre Stimme geben.

Dossier: Was macht Sie da so sicher?

Vehrkamp: Ich will das Ergebnis der AfD in Ostdeutschland nicht schönreden. Es setzt sich aber eben doch erkennbar anders zusammen als ihr Ergebnis im Westen. Da sind natürlich auch die Rechtsextremisten, die die Partei wählen. Wir haben aber in Ostdeutschland noch immer eine etwas anders geprägte politische Kultur. Die negativen Parteidentitäten gegenüber der AfD sind dort schwächer ausgeprägt. In Westdeutschland würden 70 bis 80 Prozent der Wählerinnen und Wähler auf gar keinen Fall die AfD wählen, unter gar keinen Umständen. Das ist ein Ergebnis des demokratischen Antifaschismus, der sich in den Jahrzehnten nach dem Krieg in Westdeutschland verbreitet und tiefe Wurzeln geschlagen hat. In der DDR war der Antifaschismus ein Teil der bei vielen verhassten Staatsideologie. Die Hemmschwelle, die AfD schon aus prinzipieller Ablehnung gegen rechts und Rechtsextremismus nicht zu wählen, ist im Osten deshalb zwar auch vorhanden, aber weniger stark ausgeprägt. Deswegen kann die AfD das stärkere Protestpotenzial gegen etablierte Parteien auch über längere Zeit an sich binden. Das kommt nämlich hinzu: In Ostdeutschland ist es den Parteien der alten Bonner Republik nicht gelungen, ähnlich enge Parteibindungen oder -identifikationen aufzubauen, wie es ihnen in den Nachkriegsjahren in Westdeutschland gelungen ist.

Dossier: Das heißt, in Westdeutschland ist die AfD an eine gläserne Decke gestoßen, durch die sie nicht durchkommen wird. Und im Osten?

Vehrkamp: Da gibt es die gläserne Decke für die AfD auch, aber sie hängt deutlich höher. So lassen sich aus meiner Sicht die um zehn oder 15 Prozentpunkte höheren Wahlergebnisse der AfD in Ostdeutschland ganz gut erklären. Dennoch scheint mir die Partei auch hier ihren Höhepunkt erreicht zu haben

Dossier: Der AfD reichen 25 Prozent oder etwa mehr, um Wahlkreise gewinnen zu können. Der Blick auf die Wahlkarte suggeriert, dass die AfD in Sachsen und Thüringen Gewinner der Wahl ist. Wie passen multipolares Parteiensystem und ein in Erst- und Zweitstimme aufgesplittertes Wahlrecht zusammen?

Vehrkamp: Die Erststimme in ihrer heutigen Form ist definitiv nicht mehr zeitgemäß. Sie führt nicht nur zu einem immer größeren Bundestag, sondern produziert auch demokratisch schwierige Ergebnisse, kürt mit immer dünneren relativen Mehrheiten sehr häufig die falschen Sieger. Denn wenn jemand mit 30 Prozent einen Wahlkreis gewinnt, bedeutet das im Umkehrschluss: 70 Prozent der Wählerinnen und Wähler fühlen sich durch sie oder ihn nicht repräsentiert.

Dossier: Wir hatten Glück, der Bundestag hätte auch 800 oder 900 Abgeordnete groß werden können.

Vehrkamp: Hätten die FDP-Wählerinnen und -Wähler mit der Erststimme wie früher vor allem die Kandidatinnen und Kandidaten der CDU und der CSU gewählt, dann wäre genau das passiert. Für die deshalb notwendige Reform des Wahlrechts bieten sich deshalb eine Reihe alternativer Mehrheitsregeln für die Ermittlung unserer Wahlkreissie-

ger an. Um nur beispielhaft zwei zu nennen: In den Wahlkreisen könnten Rangfolgen von Parteien beziehungsweise Kandidatinnen und Kandidaten gewählt werden, oder es könnte mehr als nur eine Erststimme geben, also die sogenannte Zustimmungswahl. So wäre viel besser sichergestellt, dass immer eine Wahlsiegerin oder ein Wahlsieger von der Mehrheit auch akzeptiert und gewollt ist.

Dossier: Das würde die Legitimation der Parlamente wieder stärken, die ein bisschen in Zweifel steht?

Vehrkamp: Ja. Und jetzt gibt es die Chance, das zu ändern, weil vor allem die CDU und CSU vom bisherigen System profitiert und deshalb eine Reform des Wahlrechts verhindert hat.

Dossier: Und mit ihrer einfachen Mehrheit könnte eine sozial-liberal-ökologische Koalition das Wahlrecht ändern?

Vehrkamp: Ja, und sie könnte es damit auf die Höhe der Zeit bringen. Um das Bundeswahlgesetz zu reformieren, reicht eine einfache Mehrheit im Bundestag, auch wenn ein Konsens aller Parteien natürlich zu wünschen wäre.

Dossier: Vielen Dank für das Gespräch.



„DIE ERSTSTIMME IN IHRER HEUTIGEN FORM IST DEFINITIV NICHT MEHR ZEITGEMÄSS. SIE FÜHRT NICHT NUR ZU EINEM IMMER GRÖßEREN BUNDESTAG, SONDERN KÜRT MIT IMMER DÜNNEREN RELATIVEN MEHRHEITEN SEHR HÄUFIG DIE FALSCHEN SIEGER. “

doppel auf zwei Faktoren zurück: Zum einen habe es keine Leihstimmen von Wählerinnen und Wählern der CDU zugunsten der FDP gegeben, zum anderen fand sie wachsenden Zuspruch im Kreis der 29 Prozent, „die sich keiner Partei verbunden fühlen“ und konnte so die „anfänglichen Kräfteverhältnisse“ im Wahlkampf „zu ihren Gunsten wenden“ (Schmitt-Beck/Schäfer, 2014).

In ihrer Schlussbemerkung fragten sich die GLES-Herausgeber vorausblickend auf die Wahlen 2017: Wie sollten die Parteien der Union ohne FDP in den Bundestagswahlkampf gehen. Und wo wird die AfD 2017 politisch stehen, nachdem sie sich im Wahlkampf 2013 CDU und CSU als Koalitionspartner angeboten hatten? Sie rückten schwarz-grüne Kooperationen als Alternative zu wiederholten Großen Koalitionen in den Fokus (Weßels et al. (2), 2014).

Denn die Fortsetzung Großer Koalitionen sei „ein anderes, freilich eher unwahrscheinliches und aus demokratietheoretischer Sicht auch nicht wünschenswertes Langfristszenario“. Andererseits: Was sollten die Parteien unternehmen? Schließlich war die zweite Große Koalition innerhalb von zehn Jahren das Ergebnis des zunehmend fluide gewordenen Wählerwillens. Ihr Votum führte „zum zweiten Mal innerhalb weniger Jahre“ zu „schwierigen Mehrheitsverhältnissen“, weil sie „keine Regierungsbildung im Sinne des hergebrachten Modells ideologisch einseitiger Zweiparteienkoalitionen zuließen“ (Schmitt-Beck/Schäfer, 2014).

In seinem Beitrag über das „Wahlverhalten sozialer Gruppen“ in der Bundestagswahl 2017 schreibt Bernhard Weßels den Bedeutungsverlust des „Zusammenhangs zwischen Sozialstruktur und Wahlverhalten“ fort. Der „vormals so zuverlässige Faktor“ verliere weiter an Bedeutung für das Wahlverhalten. In seinem Fazit hält er fest: Selbst, wenn etwa gewerkschaftlich organisierte Arbeiterinnen und Arbeiter weiterhin überdurchschnittlich der SPD ihre Stimme geben, und praktizierende Katholikinnen und Katholiken vermehrt CDU und CSU wählten, könne „keine der Parteien und insbesondere keine der beiden großen – CSU, CDU und SPD – alleine auf tradierte Kernwählerschaften setzen, um Wahlen zu gewinnen“. Und weiter schreibt er: „Die sogenannten etablierten Parteien, insbesondere Union und SPD, sind zwar schon länger weit von den Margen der Jahre zwischen 1965 und 1980 entfernt, als sie phasenweise 90 Prozent und mehr der Wählerstimmen auf sich vereinen konnten. Aber sie haben 2017 noch einmal deutlich verloren und sind von einem gemeinsamen Anteil von 67,2 Prozent 2013 auf 53,5 Prozent gefallen.“ Dies entspreche fast dem Anteil derjenigen, die 2017 die AfD gewählt hätten. Es gebe jedoch keine „sozialdemographisch verankerte Unzufriedenheit, die der AfD in die Hände gespielt hat“ (Weßels, 2019).

Die Parteibindungen, schreiben die Wahlforscherin Anne Schäfer und ihr Kollege Alexander

Staudt, haben in den Jahren 2013 bis 2017 weiter nachgelassen, übersetzten sich jedoch durchgehend „auch in ein entsprechendes Wahlverhalten. Bei der SPD, den Grünen und auch bei der Linkspartei war dieser Einfluss geringer als bei CDU/CSU und FDP“. Was sich gegenüber 2013 geändert hatte: War die Bindung der Wählerinnen und Wähler an die AfD 2013 noch nahezu unbedeutend, hatte sich dies vier Jahre – und eine deutliche Kehrtwendung der Partei hin zum rechten Rand – später geändert. „Die AfD konnte die Zahl ihrer Anhänger ausweiten“, sie folgten ihrer Partei am stärksten auch bei der Stimmabgabe an der Urne“ (Schäfer/Staudt, 2019).

Der Politikwissenschaftler Harald Schoen fasste sich in der GLES-Studie zur Bundestagswahl 2017 mit der Rolle der Wechselwählerinnen und -wähler. Neben anderen Faktoren wie „Kanzlerpräferenz, Kompetenzzuschreibung oder Parteiidentifikation“ könne die gewachsene „parteilpolitische Ungebundenheit als ein Faktor gelten, der wechselndes Wahlverhalten förderte“.

So stellte Schoen fest: Auf Grundlage der GLES-Erhebungen in mehreren Wellen über den Zeitraum von 2013 bis 2017 hinweg „konnte gezeigt werden, dass von den Personen, die an beiden Wahlen teilnahmen, knapp die Hälfte die Partei wechselten“. Überdurchschnittlich profitierten von der gewachsenen Bereitschaft, die Partei zu wechseln, AfD und FDP, die beide noch 2013 an der Fünfprozenthürde gescheitert waren und dem 2017 gewählten 19. Deutschen Bundestag dank zweistelliger Wahlergebnisse (wieder) angehörten (Schoen, 2019).

Das Fazit der Herausgeberinnen und Herausgeber des GLES-Studienbandes zur Bundestagswahl 2017: „Das Wahlergebnis kann als Zäsur im deutschen Parteiensystem betrachtet werden. Die ehemals stolzen Volksparteien sind so klein wie nie zuvor. Zudem gelang erstmalig einer rechtspopulistischen Partei der Einzug in den Bundestag – und dies mit einem deutlich zweistelligen Ergebnis“.

Mit Blick auf die von CDU, CSU und SPD geschlossene dritte Große Koalition im 21. Jahrhundert fragten sich die Wahlforscherinnen und Wahlforscher, wie die erklärten Ziele der Koalitionäre, „die öffentliche Debatte“ stärken zu wollen und „Unterschiede sichtbar werden zu lassen“ von den Wahlberechtigten aufgenommen werden? Außerdem sei die „spannende Frage“, ob die AfD die ihnen zugeneigten vornehmlich männlichen Protestwähler an sich binden könne, obwohl sie deutlich nach rechts gerückt sei (Roßteutscher et al., 2019).

Wie und warum sich die Wählerinnen und Wähler für die eine oder andere Partei entschieden haben, welche Rolle soziale Bindungen, psychologische Parteimitgliedschaften und die Wechselwählerinnen und -wähler bei der Bundestagswahl 2021 spielten, wird erst in dem im kommenden Jahr erscheinenden Band mit der nötigen Forschungstie-

fe beantwortet werden können. Die Fragen des Herausgeberkreises der GLES-Studie 2017 haben die Wählerinnen und Wähler am 26. September 2021 beantwortet: Die Wählerinnen und Wähler haben in Scharen der an Profil geschwächten und inhaltlich ausgedünnten Union den Rücken gekehrt, sie haben die SPD gestärkt, die ihre Unterscheidbarkeit zu ihren Koalitionspartnern offenbar deutlich machen konnte. Und die Anhängerinnen und Anhänger der AfD sind zu einem großen Teil keine Protestwählerinnen und -wähler, sondern der rechtsextreme Kern der Gesellschaft, der 70 Jahren lang ohne parteipolitische Heimat war und diese nun gefunden hat.

Die Vorstellung eines demokratischen und sozialen Rechtsstaates ist lebendig

Die Gründe, die Wählerinnen und Wähler letzten Endes zur Wahl dieser oder jener Partei motivieren, schwanken. Und zwar mittelfristig von Jahr zu Jahr. Ein Teil der Wählerschaft schwankt sogar innerhalb von Monaten, wem sie oder er seine oder ihre Stimme geben würde. Das zeigen die Auswertungen der GLES.

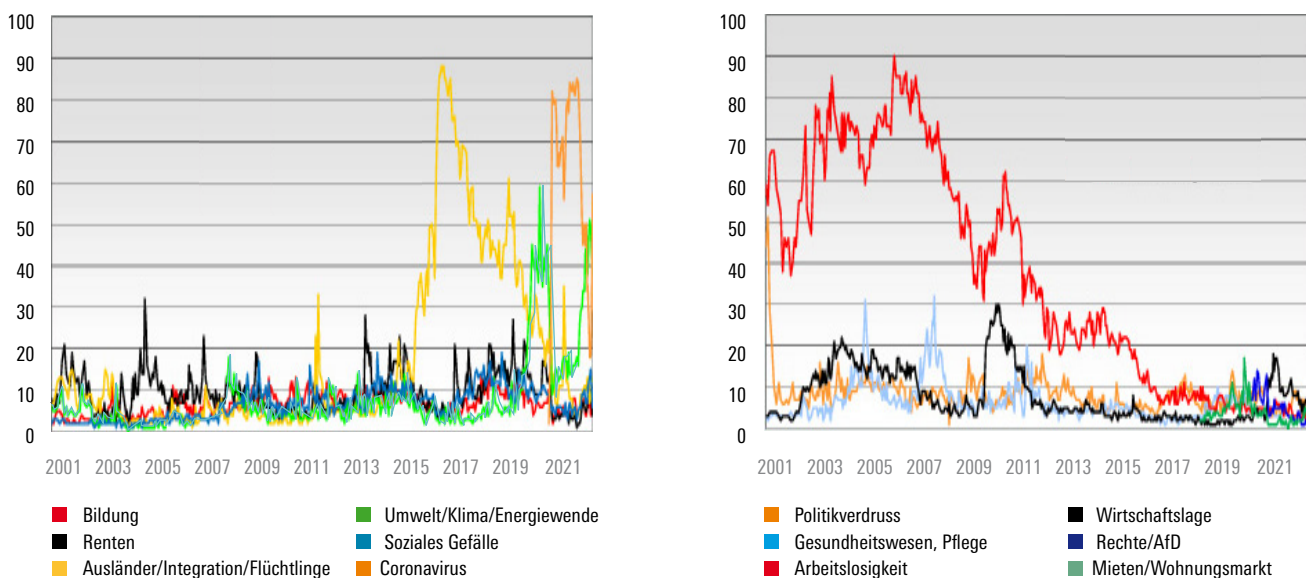
Das schlägt sich auch in den monatlich erhobenen Angaben über die „wichtigsten Probleme“ nieder, welche in Deutschland zu lösen seien. Diese lange Reihe erhebt die Forschungsgruppe Wahlen in ihren regelmäßigen Befragungen eines repräsentativen Ausschnitts der Wahlbevölkerung, dem

sogenannten Politbarometer.

Anfang des Jahrhunderts beherrschten noch diese beiden Themen die politische Agenda der Deutschen: Politikverdruss und Arbeitslosigkeit. Während der Verdruss über die Politik ganz schnell an Konjunktur verlor, lebte ein Großteil der Deutschen dauerhaft in Sorge um die Sicherheit von Arbeitsplätzen, das ökonomische Fundament von vielen. Immer wenn das Land in eine wirtschaftliche schwierige Phase glitt, etwa während der Finanzkrise ab 2008, trat zur Sorge um den Arbeitsplatz noch die Sorge über die wirtschaftliche Lage des Landes. Die Wohnungsnot in den Städten erreichte dagegen die politische Agenda erst ab 2019. Dagegen bekam der Komplex „Ausländer/Integration/Flüchtlinge“ enormen Auftrieb, als Deutschland Hunderttausende Geflüchtete aus Syrien und dem Nahen Osten aufnahm. Mit der Corona-Pandemie rückte die Sorge um die Ausbreitung des Virus einerseits, aber auch der Umgang der Regierung zur Eindämmung der Pandemie andererseits, in den Fokus der Bevölkerung. Und die Themen Klimawandel, Umweltschutz und Energie- wende? Es mag erstaunen, aber so richtig treibt dieser Akkord die Wählerinnen und Wähler erst seit 2019 in großer Zahl um und beeinflusste ihre Wahlentscheidungen am 26. September 2021. (FG Wahlen, 2021). (Abb. 2)

Die lange Reihe über die wichtigsten Probleme aus Sicht der Wahlbevölkerung könnte zu dem Schluss führen, dass die Wahlberechtigten wechselhaft sind und sich von gerade aktuellen Themen

Abb. 2: Wichtige Probleme in Deutschland im Zeitverlauf



treiben lassen. Wie die Sozialpsychologin Angela Moré im Interview für dieses Dossier zeigt, liegen politischen Entscheidungen mehr oder weniger tief verankerten Überzeugungen zugrunde, Werte und Einstellungen, die während der Kindheit und Jugend entwickelt wurden. Diese früh erworbenen Einstellungen und Werte bilden das Grundmuster, von dem aus auf- und absteigenden Themen gesehen und bewertet werden. Darauf bauen dann Wahlentscheidungen auf.

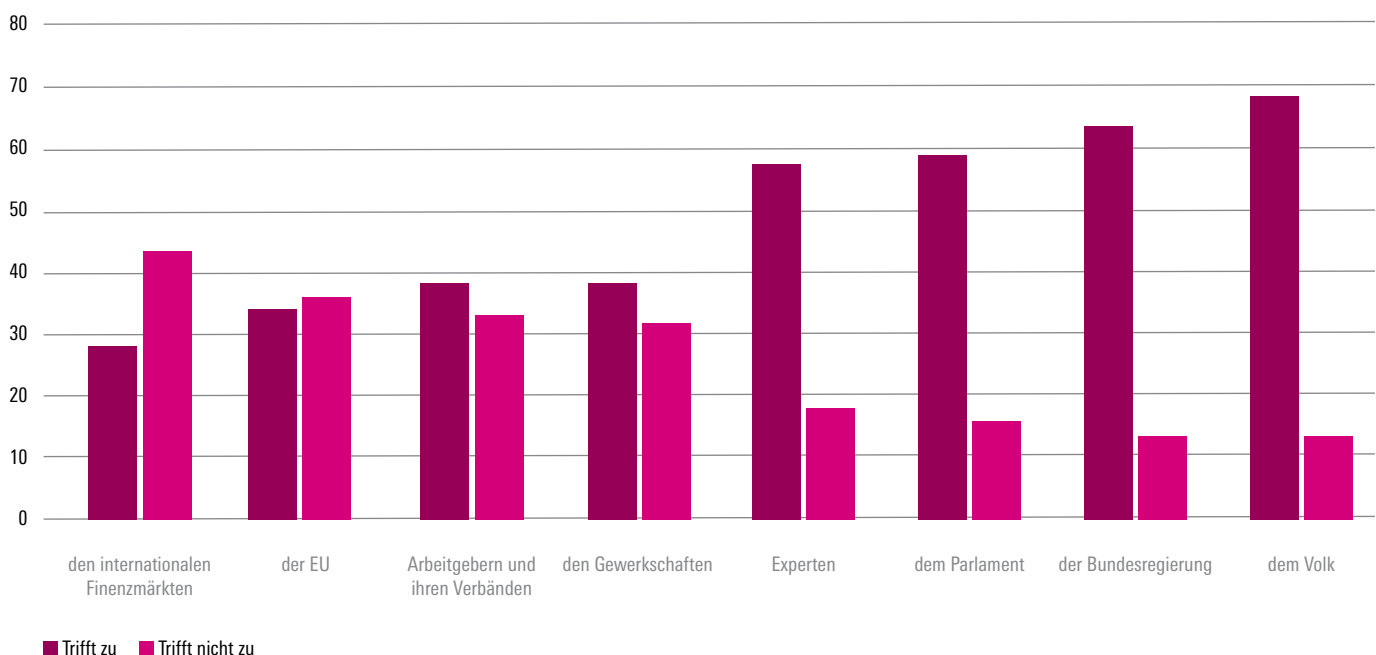
Frederik Beck und Sascha Kneip, Wissenschaftler am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB), werten für den „Demokratiemonitor“ Befragungen von mehr als zehntausend Menschen in drei Wellen aus. Sie gingen der Frage nach, wie weit die in der Bevölkerung vorherrschenden Vorstellungen von Wirtschafts- und Finanzpolitik mit der von ihnen wahrgenommenen Wirklichkeit übereinstimmen.

Das Ergebnis zeigt zum einen, wie sehr Überzeugungen und Wirklichkeit bei den Themen Wirtschafts- und Finanzpolitik auseinanderklaffen. Zum anderen wird deutlich, wie fest der Sozialstaat im Bewusstsein vieler auch noch am Ende einer jahrzehntelangen Ära des politischen Marktradikalismus verankert ist. Um es an einer Reihe von Beispielen deutlich zu machen: Rund 60 Prozent der Befragten stimmten der These zu, über die Wirtschafts- und Finanzpolitik sollten in erster Linie das „Volk“, die indirekt gewählte Bundesregierung und das von ihm direkt gewählte Parlament entscheiden. Ähnlich hohe Zustimmungswerte gibt es für den Ratschlag von Expertinnen und Experten.

Auch Gewerkschaften und Arbeitgeber, meinen fast 40 Prozent der Studienteilnehmerinnen und -teilnehmer, sollten maßgebliche Gestalter der wirtschaftlichen Ordnung sein. Schlusslicht in der Reihe sind die internationalen Finanzmärkte: Nur etwas weniger als 30 Prozent des Panels für das Demokratiebarometer wünschten sich eine gestaltende Rolle für Investorinnen und Investoren sowie den mit ihnen verbundenen Agenturen. (Abb. 3)

Die Realität ist in der Wahrnehmung der Befragten hingegen eine vollkommen andere: Dem „Volk“ sagen nicht einmal 20 Prozent der Befragten eine maßgebende Rolle auf dem Feld der Wirtschafts- und Finanzpolitik nach. Dagegen sind mehr als 70 Prozent von ihnen überzeugt, dass die internationalen Finanzmärkte einen bestimmenden Einfluss auf das wirtschaftliche Geschehen haben, auch der Bundesregierung trauen dies noch mehr als 60 Prozent zu. Dann folgt allerdings die EU, von der noch fast 60 Prozent überzeugt sind, sie drehe am Rad von Wirtschaft und Staatsfinanzen (während nur etwa 35 Prozent dies wünschen). Auch sind mehr als die Hälfte der Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Demokratiemonitor davon überzeugt, dass Arbeitgeber und ihre Verbände maßgeblichen Einfluss auf das wirtschaftliche Geschehen haben, Gewerkschaften hingegen wird von nur etwas mehr als 30 Prozent der Befragten eine maßgebliche Rolle zugeschrieben – sie bleiben also in der Wahrnehmung der Deutschen weit hinter dem verbreiteten Wunsch nach gewerkschaftlicher Macht und Stärke zurück.

Abb. 3 Die Wirtschafts- und Finanzpolitik sollte maßgeblich bestimmt werden von ...



Quelle: Demokratiebarometer (2019), Daten gewichtet

Hans Böckler
Stiftung

Realismus oder Resignation?

Die Ergebnisse, so Beck und Kneip, entsprächen zum Teil „dem vorherrschenden Narrativ, dass Wirtschaftsakteure großen Einfluss in diesem Politikfeld ausüben“. Überrascht sind sie, dass der Bundesregierung und der Europäischen Union großer Einfluss zugeschrieben wird. „Die Bürgerinnen sind also keineswegs der Meinung, dass ‚die Politik‘ jegliche Handlungsmacht eingebüßt hat – sie verortet sie aber weniger bei den gewählten Parlamenten als bei der (nationalen und supranationalen) Exekutive“.

Dieser Befund, schreiben Beck und Kneip, lasse sich positiv und negativ interpretieren. Positiv, weil „die Bürgerinnen nach gut dreißig Jahren neoliberalen Paradigma“ realistisch gegenüber den Handlungsmöglichkeiten der Politik geworden seien. Und negativ, weil sie schlicht resigniert hätten über die „angeblich objektiv fehlenden Handlungsmöglichkeiten der Politik“.

Im Rahmen des Demokratiebarometers fragten die beiden WZB-Forscher auch nach deren ordnungspolitischen Vorstellungen über das Verhältnis von Staat und Markt. Die dazu gemessenen Werte sind ein weiterer Hinweis für die tiefe Verankerung sozialstaatlicher Vorstellungen im kollektiven Gedächtnis. Offenkundig sieht eine übergroße Mehrheit die „Ausdehnung“ der staatlichen Tätigkeit „auf die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“, wie Wolfgang Abendroth es formuliert hat, als wünschenswerten Grundsatz

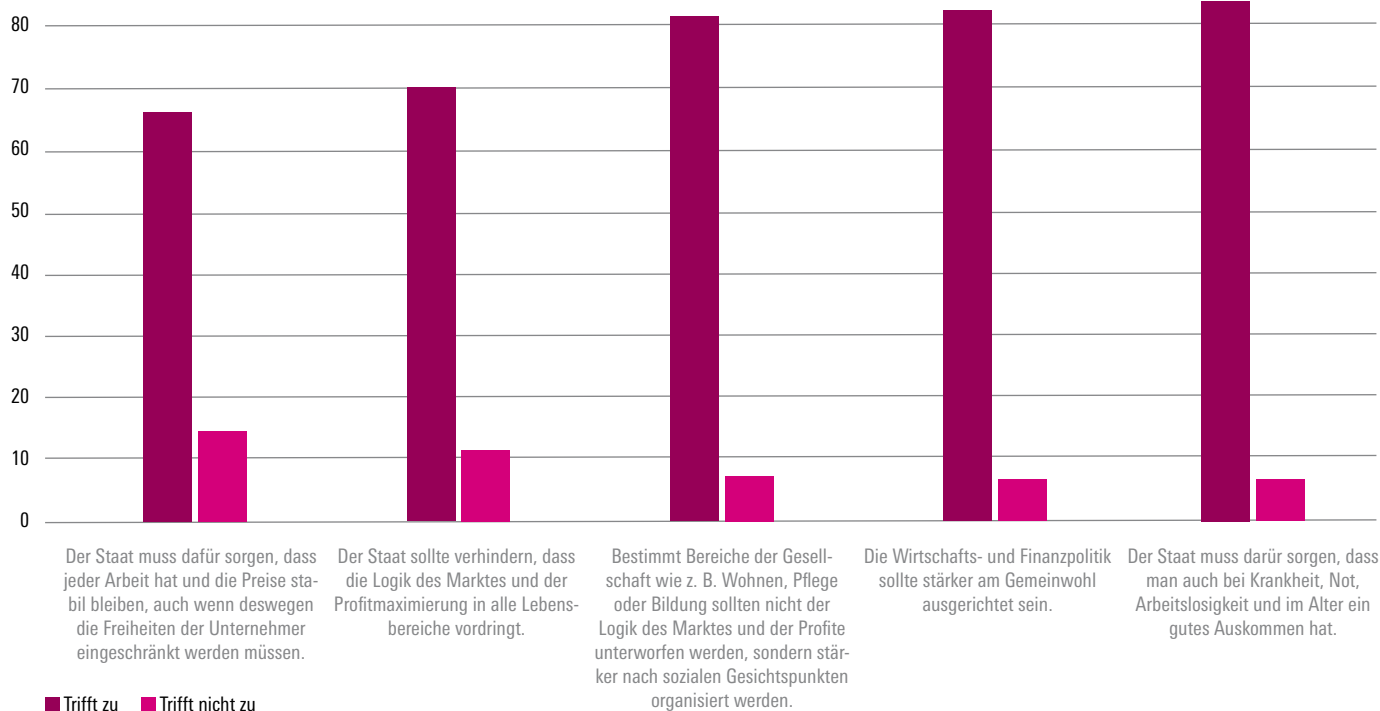
politischen Handelns an (Abendroth, 2008).

So sind 82 Prozent der Befragten der Ansicht, dass „die Wirtschafts- und Finanzpolitik stärker am Gemeinwohl ausgerichtet sein“ solle, fast vier von fünf Interviewten stimmten zu, dass Bereiche wie Wohnen, Pflege oder Bildung „nicht der Logik des Marktes und der Profite“ unterworfen werden sollten, 70 Prozent bejahten, es sei Aufgabe des Staates, dass der Markt nicht in alle Lebensbereiche vordringen dürfe und immer noch mehr als zwei Drittel unterstützten die Vorstellung von einem Recht auf Arbeit. Sie stimmten in der Umfrage weiter der Forderung zu, der Staat müsse dafür sorgen, „dass jeder Arbeit hat und die Preise stabil bleiben“ und zwar auch dann, „wenn deswegen die Freiheiten der Unternehmer eingeschränkt werden müssen“.

Marktradikale Thesen dagegen fanden in der Bevölkerung keine Mehrheiten – und sind höchst umstritten. So bejahten zwar 39 Prozent der Befragten, sie seien davon überzeugt, dass „jeder für sich“ schauen müsse, „dass er auf einen grünen Zweig kommt“. 40 Prozent jedoch widersprachen der These. Ein Viertel der Befragten stimmte der Behauptung zu, dass die Wirtschaft nur funktioniere, wenn die Unternehmen gute Gewinne machten – 52 Prozent hingegen lehnten diese Aussage ab. (Abb. 4)

Die beiden Forscher erklären sich die manifesten Umfrageergebnisse so: „Auch wenn die meisten der befragten Personen ad hoc vermutlich nicht definieren könnten, was genau unter Gemein-

Abb. 4 Sozialstaatplädoyer – Die Bürgerinnen und Bürger wünschen sich mehr Staat als Markt ...



wohl zu verstehen sei, zeigten die Ergebnisse umgekehrt ein erhebliches Misstrauen der Bürgerinnen in die Gestaltung der Wirtschafts- und Finanzbeziehungen unter den Bedingungen wirtschaftlicher Globalisierung.“

Diese Ergebnisse der Befragung seien allerdings nicht nur eine Chance zur Durchsetzung progressiver sozialstaatlicher Politik. „Nutzen rechtspopulistische Akteure das Unbehagen an den Märkten“ mit Erfolg „als Ressource, um in der Konsequenz die demokratischen Institutionen und ihre Kultur anzugreifen, kann das demokratische System nachhaltig Schaden annehmen“. Zur Chance würde die Haltung dann, wenn politische Entscheider besser begründen würden, warum ihre Beschlüsse „im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung liegen“ (Beck/Kneip, 2020).

„Die neue Zerbrechlichkeit der Demokratie“

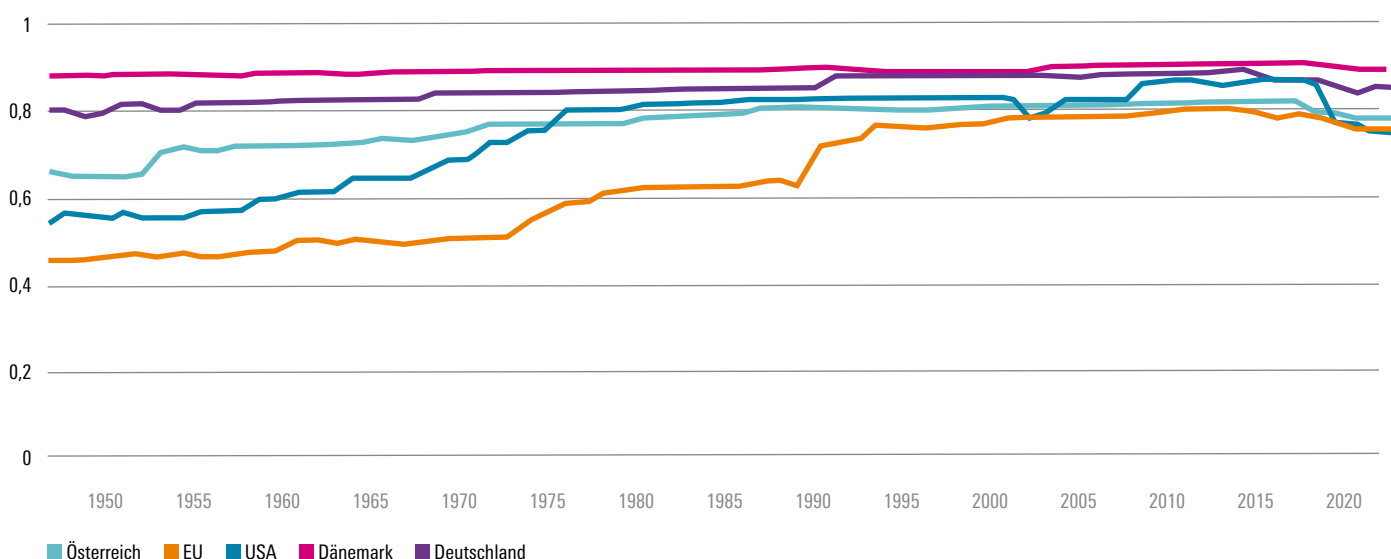
Auf vielen anderen Feldern zeigt der Demokratie-monitor, wie zwischen Einstellungen und Erwartungen einer erheblichen Zahl von Bürgerinnen und Bürgern einerseits und der von ihnen wahrgenommenen Wirklichkeit eine große Lücke klafft. Die Demokratie in Deutschland befinde sich zwar nicht in einer Legitimitätskrise, schreiben die Herausgeber der Gesamtstudie zusammenfassend. „Allerdings reflektieren skeptische Perzeptionen von beachtlichen Teilen der Bevölkerung ein negatives Zukunftsszenario für die Demokratie und ihre Institutionen.“

Die Demokratisierung der Demokratie ist ins Stocken geraten

Nicht nur das festgestellte „Unbehagen an der Macht der Märkte“ führe sie zu diesem Ausblick voller Skepsis. Eine Mehrheit der Bevölkerung spreche „den zentralen Repräsentationsorganen der Demokratie – Parteien, Parlament und Regierung – die Orientierung am Allgemeinwohl“ ab. Wenn aber in der Wählerschaft die Ansicht vorherrsche, dass die Institutionen sowie Vertreterinnen und Vertreter des Staates vorwiegend „privilegierte oder eigene Interessen vertreten“, verliere die „Demokratie einen zentralen Aspekt ihrer Legitimation“. Der Prozess der Demokratisierung der Demokratie, so die Herausgeber „ist zunächst gestoppt“. Gerät aber in Zeiten einer tiefen Transformation eine so maßgebliche Entwicklung ins Stocken, droht ihr Gefahr. Die Herausgeber drücken es so aus: „Die neue Zerbrechlichkeit der Demokratie wird auch in Deutschland zusehends sichtbarer“ (Kneip et al., 2020).

In seiner Abschiedsvorlesung sagte der Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel mit Blick auf die Entwicklung der Demokratie: „Seit einem Jahrzehnt ist der Aufwärtstrend gebrochen“, es gebe „selbst in den besten Demokratien der Welt“ sogar einen „signifikanten Trend nach unten im Laufe von elf Jahren“. Der Liberal Democracy Index, zusammengebaut aus mehreren hundert Einzelwerten, zeige das. (Abbildung VV). Der Demokratieforscher Merkel warnt: „Demokratien sind nicht für die Ewigkeit gebaut“ (Merkel, 2021). (Abb. 5)

Abb. 5 Index für liberale Demokratie: Seit Jahren kein Fortschritt mehr ...





Wahlentscheidungen

Die neue „Fluidität“ des Elektorates und die abnehmende Bereitschaft der Wahlbevölkerung, sich an Organisation und Parteien zu binden, sind Ergebnis eines langfristigen und vielschichtigen Prozesses. In der Bevölkerung verbreitete Werte und Grundwerte von Institutionen können nahe beieinander sein. Wenn aber beispielsweise unter einem teils realen, teils behaupteten Druck der Verhältnisse Parteien Entscheidungen gegen tradierte eigene Werte treffen müssen (oder glauben, treffen zu müssen), kann dies ein Moment sein, an dem Wählerinnen und Wähler das Vertrauen verlieren. Diese Erfahrung mit der Politik der „paradoxen Intervention“ machte die SPD bei den Bundestagswahlen 2005 und noch einmal 2009, nachdem sie die „Agenda 2010“ durchgesetzt und dann eine Anhebung des Rentenalters betrieben hatte. CDU und CSU wiederholten diese Erfahrung bei der Bundestagswahl 2017, nachdem sie für Bürgerkriegsgeflüchtete in großer Zahl die Grenzen offengehalten hatten.

Doch allein der Frust von Kern- oder Stammwählerinnen und -wählern über eine aus ihrer Sicht falsche Politik der bevorzugten Partei allein, erklärt nicht das Ausmaß, warum in dem traditionell mit einer Partei verbundene Gruppen ihrer Führung die Unterstützung verweigern. Bei der Bundestagswahl 1980 hielten das Gros der SPD-Wählerinnen und -Wähler die Treue, obwohl sich deren Spit-

zenkandidat Helmut Schmidt hinter den in der Sozialdemokratie heftig umstrittenen NATO-Doppelbeschluss zur atomaren Aufrüstung in Europa gestellt hatte.

In den beiden folgenden Jahrzehnten muss also ein anderer, ein tiefer reichender Prozess dafür gesorgt haben, dass die Parteibindungen lockerer wurden.

„Kindheit und Jugend sind zentrale Lebensphasen, in denen der Mensch seine politische Identität entwickelt“, schreiben die Soziologin Susanne Rippel, die Psychologin Angela Kindervater und der Soziologe Christian Seipel in einem Aufsatz über das Thema „politische Sozialisation“. Sie beginne schon bei Kleinkindern. Ihre Fähigkeit zur Reflexion sei gering, ihre enge Bindung an ihre Bezugspersonen, in der Regel die Eltern, führe in einem ersten Schritt zu „einer unkritischen Identifikation mit diesen“. Was Eltern in dieser frühen Lebensphase an Einstellungen und Werten vermittelten, bestimme „moralische Dispositionen und Werte“, die den Menschen sein Leben lang begleiten und die später auch „politisch relevant werden“ (siehe auch Interview mit der Sozialpsychologin Angela Moré in diesem Dossier).

Mit diesem Grundgerüst an Einstellungen ausgestattet treffen die zu Jugendlichen herangewachsenen Kinder auf anders oder ähnlich geprägte Freundinnen und Freunde, in der Schule auch auf Lehrerinnen und Lehrer, mit deren Sichtweisen und Werten sie sich auseinandersetzen. Die dort



DIE MITTE HAT EIN STABILES ÖKONOMISCHES FUNDAMENT



In der Diskussion über die soziale und ökonomische Begründung von Wahlverhalten wird immer wieder auf die gesellschaftlichen Ränder geblickt. Dazu gibt die Spaltung der Gesellschaft in wenige besonders Reiche und die Ausbildung eines abhängigen Prekariats auch Anlass genug. Wie aber geht es der Arbeitnehmermitte? Dazu sind im vergangenen Jahrzehnt zwei Untersuchungen veröffentlicht worden, die einen Einblick in die Lebenslagen einer erstaunlich wenig untersuchten Bevölkerungsschicht zeigen.

Die Studie „nichtnormale Normalität“ der Sozialwissenschaftlerin Stefanie Hürtgen und des Sozialwissenschaftlers Stephan Voswinkel im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung suchte eine Antwort auf die Frage, „wie diejenigen mit Ansprüchen an Arbeit und Beruf umgehen, die nicht von unmittelbaren Ängsten vor dem Verlust des Arbeitsplatzes und der sozialen Existenz bedroht sind“. Sie befragten Beschäftigte mittleren Alters mit mittlerer Qualifikation, aber ohne Führungsaufgaben. Die Ergebnisse ihrer Studie gliedern Hürtgen und Voswinkel in „vier Schichten“: Zunächst stellen die beide fest, dass die Interviewten aus der „respektablen Arbeitnehmermitte“ klare Vorstellungen von den Normen und Werten haben, die sich nicht nur, aber auch in der Arbeit verwirklicht sehen wollen. Im Kern formulieren sie den Grundgedanken guter Arbeit, abgesichert durch die Institutionen des Sozialstaats, getragen durch Leistungsbereitschaft und verbunden mit der Erwartung, im Gegenzug ein „abgesichertes Leben“ führen zu können. In der zweiten Schicht legt die Studie die Kraft dieser normativen Orientierung frei. Sie fanden keinen

Anhaltspunkt dafür, dass Krisen und fast zwei Jahrzehnte von Unsicherheitsdebatten „flexible Sozialcharaktere“ im Sinne eines neoliberalen Arbeitsbildes hervorgebracht hätten. „Die von uns untersuchte respektable Arbeitnehmermitte [...] hält in einem [...] erstaunlichen Maße an ihren Arbeitsansprüchen fest“.

In der dritten Schicht finden die am Institut für Sozialforschung in Frankfurt arbeitende Wissenschaftlerin und ihr Kollege, dass sie nicht nur individuell von den Einstellungen überzeugt sind, die sie für ihre Arbeit entwickelt haben. Sie gehen weiter: „Alle InterviewpartnerInnen“ machten deutlich, „dass die angelegten Standards an Arbeit und Leben eben ganz normale seien, deren Erfüllung nicht als Privileg oder Luxus verstanden werden können“. Tatsächlich aber nehmen sie ihre Normalität als gesellschaftlich nicht mehr normal wahr. Das ist das Ergebnis der vierten Abschlachtung im Zuge der Auswertung der Befragungen. Die Interviewten entwickelten dazu das Bild einer Arbeitswelt, in der sie, häufig bei Großunternehmen beschäftigt, zu einer „geschützte Zone“ angehörten. Verwandte und Freunde aber auch jüngere Beschäftigte, die neu in Großbetriebe kommen, machen ganz andere Erfahrungen. „Draußen“ hingegen, außerhalb ihrer Sondersituation“ als Beschäftigte in Großunternehmen, „erscheint die Arbeitswelt als unsicher und die ‚normalen‘ Standards als außer Kraft gesetzt“. Hürtgen und Voswinkel schreiben deswegen von einer „nichtnormalen Normalität“.

Halte dieser Zustand länger an, befürchten sie, dass auf Dauer die noch „selbstverständliche Geltung dieser Normen“ erodiere (Hürtgen/Voswinkel, 2014).

Die soziale und ökonomische Grundlage dieser Arbeitnehmermitte ist – gemessen am allgemeinen Unsicherheitsdiskurs – tatsächlich relativ stabil. Im Auftrag der IG BCE musterte der Sozialwissenschaftler Gert G. Wagner mit Kollegen das von ihm viele Jahre weiterentwickelte Sozio-ökonomische Panel (SOEP) nach der sozialen Lage der Arbeitnehmermitte aus. Sein Ergebnis über die Arbeitsrealität „ganz normaler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“: Gemessen an allen Personen im Erwerbsalter hat sich der Anteil in Vollzeit Berufstätiger seit den 1990er Jahren kaum verändert. Gleiches gilt auch für Beschäftigte in Teilzeit. Gewachsen ist der Anteil der sonstig Erwerbstätigen und Soloselbstständigen.

Die Zunahme dieser „nicht-normalen“ Beschäftigten ging nicht zulasten der regulär in Teil- und Vollzeit beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Ar-

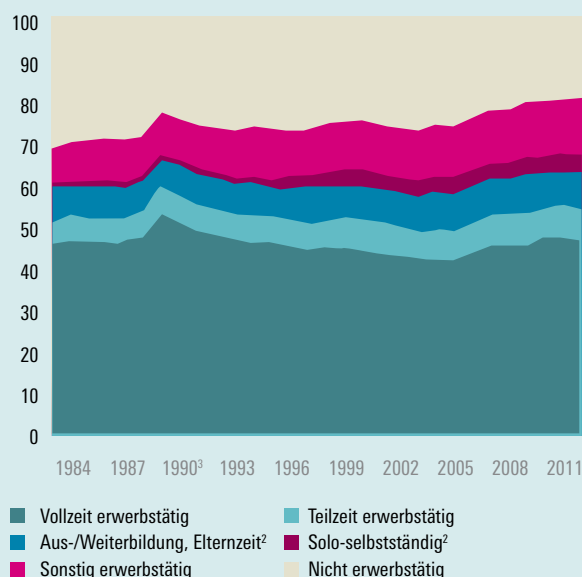
beitnehmer, sondern zulasten der Nicht-Erwerbstätigkeit“, wie Abbildung 6 zeigt.

Im DIW-Wochenbericht 19 aus dem Jahr 2016 schreiben die mit der Untersuchung beauftragten Wissenschaftler Gert G. Wagner, Anselm Mattes und Michael Arnold: „Gemessen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist der Anteil von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den hier betrachteten Normalarbeitsverhältnissen seit Mitte der 80er Jahre (damals nur Westdeutschland betrachtet) nicht zurückgegangen. Er liegt im Gegenteil recht stabil bei etwa 60 Prozent. Zurückgegangen ist der Anteil jener, die im erwerbsfähigen Alter (18 bis 67 Jahre) keiner Erwerbstätigkeit nachgehen (der Anteil sank von fast einem Drittel auf etwa 20 Prozent). Auch wenn es unter den Erwerbstätigen mit Blick auf die Normalarbeitsverhältnisse durchaus Verdrängungseffekte gab, ist durch diese Entwicklung die normale Beschäftigung in Voll- oder Teilzeit nicht geringer geworden.“

Auch die Qualität der Arbeitsverträge hat sich im Verlauf der Jahrzehnte nur geringfügig geändert. Deutlich mehr als 80 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Voll- und Teilzeitarbeitsverhältnissen arbeiteten laut der Daten aus dem SOEP auf der Grundlage unbefristeter Arbeitsverträge.

Das heiße jedoch nicht, dass diese Arbeitnehmer*innen keine sozialen Themen habe. Die Löhne der Beschäftigten in der Arbeitnehmer*innen Mitte seien über Jahrzehnte real nicht gestiegen, in den unteren Einkommensgruppen sei sie „vielfach ungünstiger geworden“. Als Themen nannten Wagner und Kollegen etwa die ungelöste Frage der Kinderbetreuung sowie die ausufernde Verbreitung sozial ungesicherter Minijobs und Soloselbstständiger (Wagner et al., 2016).

Abb. 6 Verteilung der erwerbsfähigen¹ Bevölkerung

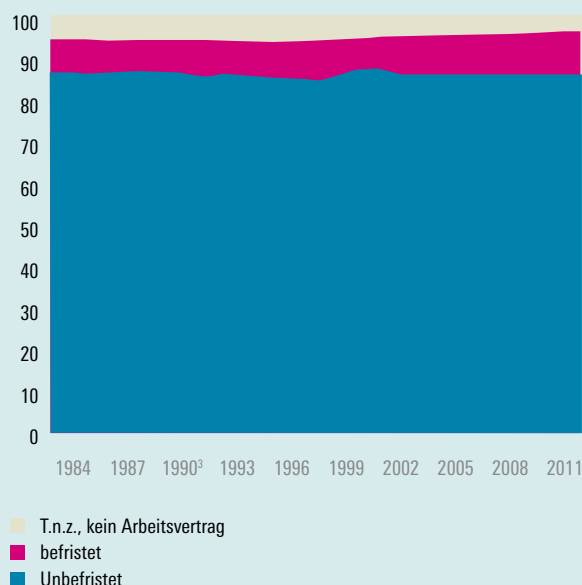


- 1 Gewichtete Werte; Erwerbsfähige umfassen die Bevölkerung im Alter von 18 bis 67 Jahren.
- 2 Unschärfen bei Solo-Selbstständigen vor 1997 und Personen in Elternzeit/ Mutterschutz vor 1990.
- 3 Bis 1990 nur Westdeutschland

Quelle: DIW Wochenbericht 19/2019

Hans Böckler
Stiftung

Abb. 7 Art des Arbeitsverhältnisses „normaler“ Arbeitnehmer*innen in Voll- und Teilzeit (Entwicklung seit 1984)



Quelle: DIW Econ auf Basis von SOEP .v30.
Gewichtete Werte

Hans Böckler
Stiftung

entwickelten politischen Orientierungen seien ausgesprochen stabil.

Rippl, Kindervater und Seipel verweisen auf die „Konstanzer Jugendstudie“. 1982 wurden dazu 15-Jährige und die gleichen Menschen in einer zweiten Erhebung 2002 als 35-Jährige hinsichtlich ihrer politischen Einstellung befragt. Ergebnis: Ihre „Verortung im politischen Spektrum“ erwies sich „als besonders stabil“.

Auch die „Haltung zu moralischen Themen wie Abtreibung oder Drogengebrauch“ zeigten eine „hohe Stabilität über die Zeit hinweg“. Die neue „Fluidität“ von Wahlentscheidungen sei auf Erfahrungen zurückzuführen, welche Wählerinnen und Wähler im Laufe ihres Lebens machten. Es seien vor allem Krisen, die „grundlegende politische Werte“ überdeckten. Dabei spielten „politische oder ökonomische Ereignisse“ ebenso eine Rolle wie als Krisen empfundene Lebensereignisse (Rippl et al., 2021).

An solchen politisch und ökonomisch einschneidenden Krisen herrschte in den vergangenen beiden Jahrzehnten kein Mangel. 2000 etwa brach der „Neue Markt“ zusammen, ein Heer von Kleinanlegern musste erkennen, dass sie für wenige Jahre oder Monate scheinreich gewesen waren. Die im März 2000 im Index „Nemax All Shares“ versammelten 229 Unternehmen waren an der Börse 234,25 Milliarden Euro wert. Mit viel Geld waren Anlegerinnen und Anleger oft noch spät in die Bonanza eingestiegen und hatten die Kurse auf schwindelnde Höhen getrieben – zu einem Zeitpunkt, als professionelle Investoren sich schon wieder verabschiedeten. Der Börsen-Index für den „Neuen Markt“ schloss an seinem dritten Geburtstag „auf einem neuen Allzeithoch von 8546,19 Punkten“, notierte das „Manager Magazin“ rückblickend in seiner Chronik des Skandals. Millionen Anlegerinnen und Anleger wähten sich reich, der Kapitalismus schien manchen sogar in ein neues Zeitalter getreten zu sein. Doch die Ernüchterung folgte bald. Die Macherinnen und Macher der „Start-ups“ entpuppten sich allzu oft als Hochstapler, Betrügerinnen und Bilanzfälscher, die von ihnen entwickelten Geschäftsmodelle waren keinen Cent wert. 2003, am Tag als dieser Index von der Börse wegen einer endlosen Kette von betrügerischen Konkursen abgeschafft wurde, lag der Kurs des Index bei kaum mehr als 370 Euro – seine Marktkapitalisierung war dem Wirtschaftsblatt keine Erwähnung mehr wert (Manager Magazin, 2003). Millionen Deutsche hatten enorme Summen investiert – und verloren.

Das Platzen der sogenannten „Dotcom-Blase“ war der Beginn von zwei Krisenjahrzehnten. Es folgten direkt im Anschluss die Jahre der Massenarbeitslosigkeit, die Finanzkrise 2007, in deren Folge die Krise des Euro-Raums, die von einem großen Teil der Bevölkerung als Krise erlebte große Einwanderung 2015 und zuletzt die Wirtschafts-

und Gesellschaftskrise im Zuge der Corona-Pandemie.

Die Ereignisse gingen einher mit einem Abbau des Sozialstaates, der Verlängerung der Lebensarbeitszeit, dem Verfall von in Aktien angesparter Vermögen und der für viele konventionelle Sparerinnen und Sparer wiederum als Krise empfundenen Niedrigzins-Politik der EU. Vorstände großer Autokonzerne stellten sich als Betrüger in Sachen Abgasnorm heraus, ruckartig schwenkte die deutsche Industrie auf E- und Wasserstoffantriebe um – mit Folgen für Hunderttausende Arbeitsplätze.

Im gleichen Zeitraum wurden 3,8 Millionen Ehen geschieden (Destatis, 2021) und Millionen Arbeitsverträge von Arbeitgebern gekündigt – um nur zwei Beispiele für Erschütterungen mit erheblichen psychischen Folgen für die davon Betroffenen zu nennen.

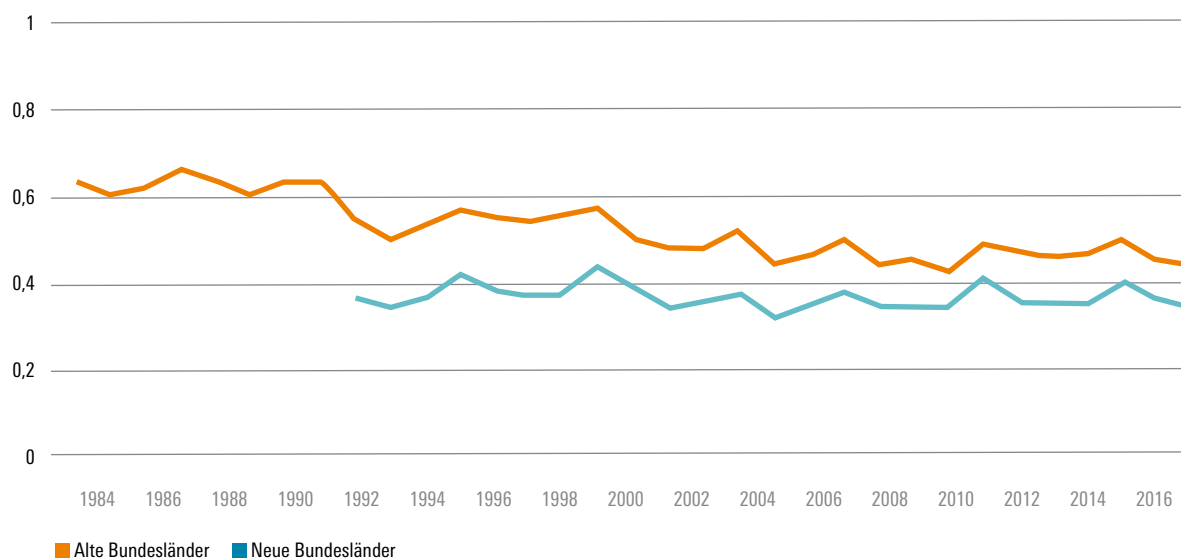
Doch zurück zur politischen Sozialisation von Kindern und Jugendlichen, denn auch sie verändert sich in ihrer Qualität. Der Sozialforscher Martin Kroh veröffentlichte 2012 eine Studie über die „abnehmende Bedeutung des Elternhauses“ in der politischen Sozialisation, um herauszufinden, warum trotz der wichtigen frühkindlichen Vermittlung von Werten und Einstellungen sich die Parteibindungen immer stärker lockern. Dazu untersuchte er die in den Jahrgängen 1968 bis 1993 vorherrschende Parteidentifikation in den Jahren 1984 bis 2010.

Bedeutung der Elternhäuser in der politischen Sozialisation nimmt ab

Die Daten dazu entnahm Kroh dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP). Beim Durchmustern dieser Längsschnittuntersuchung kam er zu folgendem Befund: „Waren mit 25 Jahren bereits fast 80 Prozent der Geburtsjahrgänge der 1960er Jahre parteipolitisch gebunden, so sank dieser Anteil bei den Geburtsjahrgängen der 1980er Jahre auf etwa 60 Prozent.“ Weitere Befunde, so Kroh, „deuten darauf hin, dass Parteianhänger der Elterngeneration zunehmend weniger in der Lage sind, ihre politischen Ansichten an die Kindergeneration zu übertragen“. Bei der Suche nach Antworten auf die Frage, warum dies so ist, fand der Wissenschaftler keine befriedigende Antwort. Er überprüfte verschiedene Erklärungsmuster – etwa den gestiegenen formalen Bildungsgrad, die soziale Mobilität oder den Wertewandel – anhand der SOEP-Daten und fand keine Anhaltspunkte für einen entsprechenden Einfluss. Hingegen stellte er fest: „Das politische Interesse im Elternhaus, aber auch das Bildungsniveau junger Erwachsener fördern die Ausbildung einer [Hervorhebung durch den Autor] Parteibindung, unabhängig davon, ob diese mit den elterlichen Ansichten übereinstimmt oder nicht“ (Kroh, 2012).

In einer weiteren Veröffentlichung führt Kroh Ergebnisse aus einer späteren SOEP-Auswertung ge-

Abb. 8 Häufigkeit der Parteiidentifikation in Deutschland ...



Quelle: Kroh, 2020

Hans Böckler
Stiftung

nauer aus. Seine Auswertungen für den Zeitraum 1984 bis 2016 zeigen auf, in welchem Maß die Parteibindungen in Ost- und Westdeutschland abgenommen haben (Grafik 8).

Zudem zeigt er in seinem 2020 veröffentlichten Aufsatz, wie stark Elternhäuser mit unterschiedlichen Parteipräferenzen diese Einstellung an ihre Kinder weitergeben. Am Beispiel von SPD-Elternhäusern führt er aus: „Unter den 1.783 Befragten des SOEP, die aus einem SPD-Elternhaus stammen und selbst eine Parteiidentifikation als Erwachsene berichten, nennen 55 Prozent die SPD, 17 Prozent die Unionsparteien, drei Prozent die FDP, 16 Prozent B90/Die Grünen, vier Prozent die Linke und vier Prozent eine weitere rechte Partei. Somit liegt der Anteil der Identifikationen mit der SPD bei Personen aus SPD-Elternhäusern mit 55 Prozent um mehr als das Dreifache über dem Anteil der SPD bei den 2.195 Personen, die in parteipolitisch anderer Weise geprägten Elternhäusern aufwuchsen (17 Prozent).“

Tabelle 1 bildet das Gesamtergebnis seiner Untersuchung ab. Die Übersicht zeigt, dass Eltern, die einer der beiden Volksparteien nahestehen, diese Einstellung zu einem hohen Grad auch an ihre Nachkommen weiterreichen. Besonders erfolgreich sind dabei Eltern, die den Unionsparteien anhängen. Sie „vererben“ diese Anhängerschaft zu 61 Prozent an ihre Kinder, die Anhängerinnen und Anhänger der SPD immerhin noch zu 55 Prozent. Auch Eltern aus der grünen Wählerschaft sind mit einer Übertragungsrate von 42 Prozent recht erfolgreich (42 Prozent). Am wenigsten gelingt diese Weitergabe der FDP-Anhängerschaft, deren Kinder eher den Unionsparteien und den Grünen zuneigen. Die SPD kommt immerhin auf das gleiche Ergebnis bei den Kindern aus liberalen Anhängerschaften (Kroh, 2020).

Besonders hoch falle die „intergenerationale Transmission an den politischen Rändern aus: „Fast jede zweite Person, die in einem Elternhaus

Tabelle 1: Die intergenerationale Transmission der Parteiidentifikation

Angaben Potenzwerte gerundet

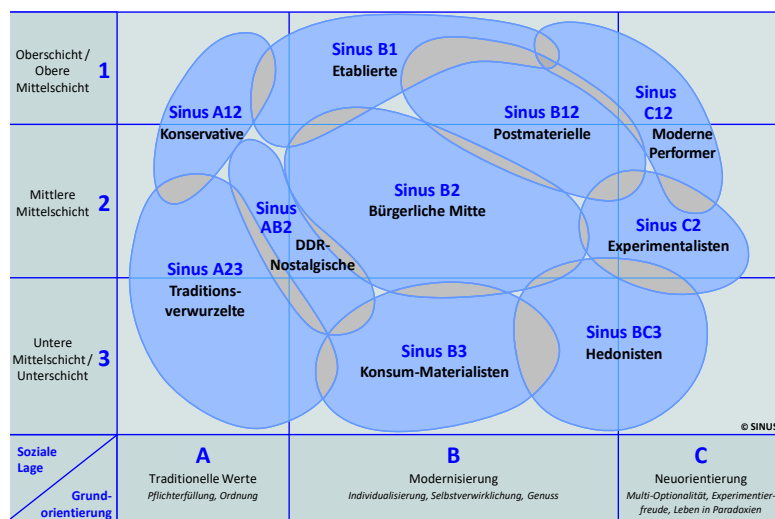
Elternhaus	SPD	CDU/CSU	FDP	Grüne	PDS/Linke	Rep/NPD/...	Gesamt
SPD	55	17	3	16	4	4	1783 (100)
CDU/CSU	15	61	5	11	3	4	1589 (100)
FDP	20	27	20	23	3	7	113 (100)
Grüne	25	14	2	42	13	3	366 (100)
PDS/Linke	17	7	3	18	47	8	76 (100)
Rep/NPD/...	10	16	4	4	35	31	51 (100)
Gesamt	34	34	4	17	6	5	3978 (100)
Anteils-Verhältnis	3,2 (55/17)	3,7 (61/17)	5,6 (20/4)	3,0 (42/14)	9,9 (47/5)	7,3 (31/4)	

Quelle: Kroh, 2020

Hans Böckler
Stiftung

Abb. 9 Die Sinus-Milieus in Deutschland 2001 bis 2010

Soziale Lage und Grundorientierung



für einen Kandidaten oder eine Partei“ müsse man als den Schlusspunkt eines langwierigen Entscheidungsprozesses [...] sehen, der durch eine Vielzahl von Faktoren beeinflusst wird“ (Huber/Steinbrecher, 2021).

Die zerrissene Wählerschaft

Bereits in den 1980er Jahren zeigte sich, dass das von den Sozialwissenschaften während des Industriezeitalters entworfene Modell der engen Verbindung von Wahlverhalten und sozialem Stand mit dem Übergang in das Zeitalter der Dienstleistungen und der Digitalisierung mehr und mehr an Bedeutung verloren hat. Zum einen hat die Überlieferung von Einstellungen und Werten offenkundig im Übergang der Generationen in Teilen der Bevölkerung nachgelassen. Zum anderen haben sich die klar abgrenzbaren Milieus aufgelöst, denen sich bestimmte Bindungen an Parteien mit großer Wahrscheinlichkeit zuordnen ließen.

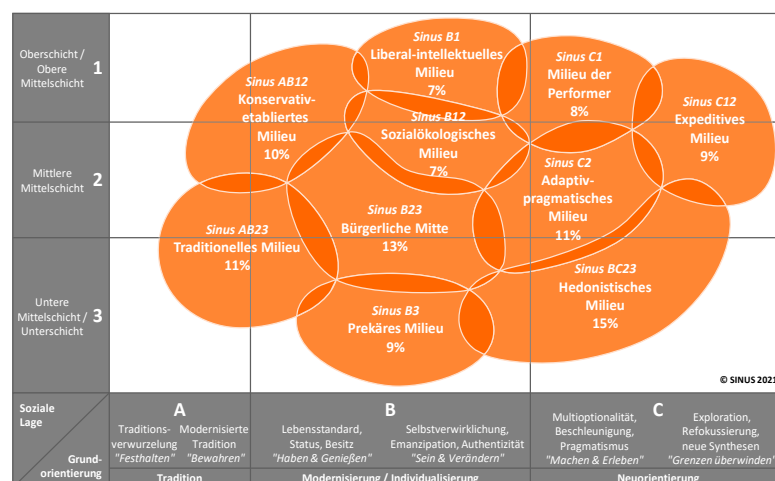
Vor 40 Jahren haben die Sozialwissenschaften ihre Einteilung der Gesellschaft in Klassen oder Schichten um eine Werteskala ergänzt, die kulturellen Kategorien folgt. Die Richtung gab und gibt das Heidelberger Sinus-Institut vor, das in regelmäßigen Abständen sein „Kartoffel-Modell“ (Abbildung XX) einer sich in ihren Strukturen wandelnden Gesellschaft anpasst. Die Forscherinnen und Forscher von Sinus behalten bis heute eine nach Einkommen gegliederte Skala in Unter-, Mittel- und Oberschicht bei, ergänzen sie aber um eine kulturelle Achse, die anzeigt, wie wenig oder stark Menschen auf die Zukunft setzen oder dem Wandel skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen. Die Abbildung 9 zeigt, wie Sinus sein Gesellschaftsbild zwischen 2008 und 2021 weiterentwickelt hat.

Die Heidelberger Sozialforscher ordnen nur einen geringeren Teil der Bevölkerung der Unterschicht zu, die „Mitte“ und die Zahl der in Traditionen verwurzelten Menschen schrumpfen, die DDR als nostalgisch verbindendes Element ist im Laufe von 13 Jahren verschwunden, statt dessen sortiert das Modell größere Gruppen der Gesellschaft einem Oberschichten-Konservatismus sowie einem liberal-intellektuellen und einem sozial-ökologischen Milieu zu. Das sind Gruppen, welche die Gesellschaft der Gegenwart politisch prägen, die jedoch vor etwa anderthalb Jahrzehnten überhaupt noch nicht existierten.

Die Verschiebungen geben einen starken Hinweis darauf, wie unsere Gesellschaft in Bewegung geraten ist. In der Beschreibung ihrer Milieu-Aktualisierung schreibt das Sinus-Institut selbst über die Verschiebungen seit Beginn des Jahrhunderts über „einen beschleunigten Wandel in drei gesellschaftlichen Sektoren (Sinus-Institut, 2021).

Strukturelle Veränderungen: Die Gesellschaft altert, Arm und Reich, Mitte und Peripherie driften

Die Sinus-Milieus in Deutschland 2021



Quelle: Sinus Institut Heidelberg, 2021

Hans Böckler
Stiftung

aufwuchs, in dem PDS/Linkspartei/Linke unterstützt wurde, identifiziert sich später ebenfalls mit der Linken.“ Auch am rechten Rand zeigt sich ein ähnliches Bild. Nahezu ein Drittel der Kinder aus Familien, die sich als Anhängerinnen und Anhänger von NPD oder Republikanern verstehen, wählen wieder rechts. Allerdings tendierte ihr Nachwuchs noch stärker zur PDS/Linke – rechte Eltern scheinen viele ihrer Kinder in die Gegnerschaft zu treiben (Kroh, 2020).

Langsam werden Faktoren sichtbar, die zu Wahlentscheidungen führen. Die Politikwissenschaftler Sascha Huber und Markus Steinbrecher warnen davor, sich bei der Frage, wer wählt warum welche Partei, welche Kandidatin oder welchen Kandidaten, sich auf einen oder wenige Erklärungsansatz zu beschränken. Sie schreiben: „Die Entscheidung

immer weiter auseinander. Für Spaltung der Gesellschaft sorgt auch der „digital divide“, also der unterschiedliche Zugang zu digitalen Endgeräten, Infrastruktur und das zusehends ungleiche Wissen um ihre Benutzung.

Wertekonvergenzen und -divergenzen: Auf der einen Seite zählen „Leistung und Effizienz“, Pragmatismus, Nutzenorientierung, „Multioptionalität und Multitasking“ am Beginn der 2020er Jahre zum Wertekanon der Deutschen. Zum anderen betreiben sie „Regrounding“, wie die Sinus-Forscherinnen und -Forscher schreiben. Sie suchten nach Alternativen im Leben, nach „Halt und Geborgenheit, Nachhaltigkeit und Entschleunigung“. Dazu interpretierten sie traditionelle Werte neu, bildeten „Wertesynthesen“ und betrieben einen „selektiven Idealismus“.

Soziale und kulturelle Folgen: Die Menschen entsolidarisieren sich, Teile der Unterschicht entwickelten sich zu einem echten Prekariat. Oberschicht und Funktionseleiten entwickelten sich dagegen weiter, die „gesellschaftliche Mitte“ hingegen befindet sich in einem Erosionsprozess.

Die vom Sinus-Institut registrierten Veränderungen haben erhebliche Auswirkungen auf das Wahlverhalten der Bevölkerung. Die darauf aufbauende Analyse der Wählerschaft von Robert Vehrkamp und Klaudia Wegschaider im Auftrag der Bertelsmann Stiftung wird uns noch einmal ausführlich bei der Untersuchung nach den Gründen für die Wahlerfolge der rechtsextremen Partei AfD begegnen. An dieser Stelle ist der „politische Riss“ quer durch die Gesellschaft wichtig, den die beiden gefunden haben, als sie Vertreterinnen und Vertreter aus den Sinus-Milieus hinsichtlich ihrer Identifikationen mit Parteien befragten. Der Riss zerschneidet das „konservativ-etablierte Milieu“, trennt die „bürgerliche Mitte“ in Hälften, spaltet das „hedonistische Milieu“ und koppelt das traditionelle wie prekäre Milieu von den Gruppen ab, die an einer auch technologie-getriebenen Modernisierung der Gesellschaft ein hohes Interesse haben oder pragmatisch damit umgehen.

Der Riss ist ein politischer, weil er die Wählerinnen und Wähler der demokratischen Parteien und der rechtsextremen AfD scharf voneinander trennt. So organisierten bei der Bundestagswahl 2017 die Grünen mehr als 70 Prozent der Stimmen in der kulturell fortschrittlichen Ober- und Mittelschicht, hier fanden Vehrkamp und Wegschaider auch zwei Drittel der Wählerinnen und Wähler der Linken, sechs von zehn Anhängerinnen und Anhänger von SPD und FDP. Die Wählerinnen und Wähler von CDU und CSU fanden sich bei der Untersuchung hälftig auf beiden Seiten des Risses.

Dagegen stammten zwei Drittel der Wählerinnen und Wähler der AfD aus dem Teil der Gesellschaft, welcher ihrer Modernisierung passiv, skeptisch oder ablehnend gegenübersteht (Vehrkamp/Wegschaider, 2017).

Johannes Hillje ist Politikberater und Autor. 2018 erschien von ihm eine Studie auf der Basis von je 500 kurzen Haustürinterviews, die in Hochburgen von Rechtsextremen in Deutschland und Frankreich geführt wurden. Sein Fazit: Die von ihm Befragten bemängeln „unsichere Arbeitsbedingungen“ und den „Wegfall sozialer Infrastruktur“, auch von den Medien fühlten sie sich ignoriert. Eine „intrinsische Fremdenfeindlichkeit“ habe „sich in den Gesprächen nicht als Muster“ gezeigt. Sein Fazit: „Menschen fühlen sich abgewertet, weil ihnen in ihrer Wahrnehmung Unterstützung vom Staat verweigert wird, Geflüchteten aber sehr wohl angeboten wird“ (Hillje, 2018).

Die im Sinus-Modell beschriebene Entwicklung einer Unterschicht in ein Prekariat hat politische Folgen. Bei der Bundestagswahl 2013 blieben „überproportional Menschen, denen es materiell schlechter geht“ den Urnen fern. Das führte mit 71,5 Prozent zu einem der niedrigsten Wahlbeteiligungen in der Geschichte der Bundesrepublik (Bundeswahlleiter, 2019). Denn die Deutschen wählen nicht einheitlich. „In wohlhabenden Stadtgebieten werden“ wie in den 1970er Jahren „weiterhin Beteiligungsraten von fast 90 Prozent erreicht, während in armen Stadtteilen weniger als



50 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme abgeben“, fasst der Politikwissenschaftler Armin Schäfer seine Forschungsarbeiten über das Wählerverhalten zusammen. Das Problem liegt auf der Hand: Wenn die Menschen, die am meisten der Gemeinschaft und des Staates bedürfen, um ihre Interessen durchzusetzen, nicht wählen gehen, bedeutet das, dass sie den Wählerinnen und Wählern der Oberschicht, die schon aus ökonomischen Gründen mit mehr Macht, Einfluss und Ressourcen ausgestattet sind, mehr Macht über die politischen Verhältnisse überlassen, als diesen eigentlich nach einem allgemeinen und gleichen Wahlrecht zusteht (Schäfer, 2015).

An den Bundestagswahlen beteiligten sich inzwischen anteilig wieder deutlich mehr Menschen: Der Anteil der Nichtwählerinnen und Nichtwähler sank von 29,5 Prozent (2013) auf 26,7 Prozent im Jahr 2017. Robert Vehrkamp und Klaudia Wegschaidt sprechen allerdings von einem „AfD-Effekt“. Das Getrommel der AfD habe Wahlberechtigte in sozial benachteiligten Milieus mobilisiert, zur Wahl zu gehen. Zuletzt sei dies, heißt es in ihrem Bericht „Populäre Wahlen“ weiter, Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder bei den Wahlen 1998 gelungen (Vehrkamp/Wegschaidt, 2017).

Die Bezeichnung „AfD-Effekt“ ist allerdings irreführend. Die AfD war nicht die einzige Partei, die frühere Nichtwählerinnen und Nichtwähler mobilisieren konnte. Das waren zwar fast 1,5 Millionen Männer und Frauen, die noch 2013 nicht gewählt hatten und 2017 für die rechtsextreme AfD stimmten. Den Unionsparteien gelang es sogar, zwei Millionen Frauen und Männer aus der Gruppe der Wahlverweigerer von 2013 zu gewinnen. Allerdings verlor sie im selben Jahr auch 1,6 Millionen Wahlberechtigte an das Lager der politisch Enttäuschten (Tagesschau, 2017).

Die Bundestagswahl 2021 mobilisierte noch einmal mehr Menschen, zur Wahl zu gehen – oder ihren Briefwahlschein einzuschicken. Diesmal war es jedoch die SPD, die 1,25 Millionen ehemalige Wahlabstinentinnen und -abstinenten für ein rotes Kreuz gewinnen konnte. Die AfD holte bei dieser Wahl „nur“ 630.000 neue Stimmen aus diesem Feld und landete nach den Unionsparteien auf Rang drei unter denjenigen, die Nichtwählerinnen und -wähler von 2017 mobilisieren konnten (Tagesschau, 2021).

Ein weiterer Befund, diesmal die Bundestagswahl 2017 betreffend, gibt einen Hinweis darauf, wie die Wahlbevölkerung zersplittert und die Teile sich voneinander abschotten. Das Stichwort ist „Filter Bubbles“, mit denen in der Regel vor allem die Informationsgewinnung über das Internet gemeint ist. Das eigene Suchverhalten und die von Suchmaschinen und Dienstleistern eingesetzten Algorithmen führten dazu, dass Menschen nicht mit der ganzen Bandbreite an Nachrichten und Meinungen konfrontiert wurden, sondern sich in-

nerhalb von digitalen Informationsblasen informierten und so widerspruchsfrei einrichteten, weshalb die Meinungsvielfalt in Gefahr sei.

Lea Gärtner und Alexander Wuttke, beide in der wissenschaftlichen Wahlforschung tätig, verweisen in ihrer Auswertung der GLES-Daten auf eine Reihe von Studien, die zeigten, „dass sich in den persönlichen Offline-Kommunikationsnetzwerken von Wählern deutlich weniger gegenläufige Meinungen finden als in den beargwöhnten digitalen Netzwerken“. Finden sich die „Filter Bubbles“ also gar nicht im Internet? Tatsächlich fanden Gärtner und Wuttke heraus, dass die Anhängerinnen und Anhänger der relevanten Parteien sich vorzugsweise mit Gleichgesinnten über Politik unterhalten. „Die Neigung zu gleichgesinnten Gesprächsnetzwerken betrifft Wähler aller Parteien, ist jedoch bei Anhängern der AfD und der Grünen besonders stark ausgeprägt.“ So sei es um das Vierfache wahrscheinlicher, dass AfD-Wählerinnen und AfD-Wählern über Politik miteinander sprechen, als die restliche Bevölkerung. (Gärtner/Wuttke, 2017).

Für die beiden Forschenden ist es ein eher beruhigendes Signal, dass zwei Drittel der Wählerinnen und Wähler mit Anhängerinnen und Anhänger anderer Parteien über Politik sprechen. Aber umgekehrt stimmt eben auch: Eine oder einer von drei tut dies nicht und ist gefangen in einer selbst gewählten isolierten Gedankenwelt. Die Wahlbevölkerung ist nicht nur zerrissen, Teile des Elektorates schotten sich je nach Wahlpräferenz zunehmend voneinander ab und erreichen sich nicht mehr. Die öffentliche, von der Wahlbevölkerung insgesamt geführte Debatte, zerfällt zusehends in Diskussionen unter separaten Teilen der Gesellschaft.

Auf Dauer kann so aus einem einigen Staatsvolk eine lose miteinander verbundene Gesellschaft werden, deren Teile innerhalb der deutschen Staatsgrenzen aber aneinander vorbeileben und an Wahlen teilnehmen, ohne noch ein gemeinsames Verständnis voneinander zu haben.

Zusammenhalt in einem gespaltenen Land

Ist Deutschland also ein zusehends gespaltenes Land? Seit die Auseinandersetzungen, welche die extreme Rechte in den Parlamenten über die AfD und auf den Straßen mit einer Vielzahl auch gewaltbereiter Gruppen und Organisationen führt, aufgenommen haben, hat die Forschung nach dem Zusammenhalts- und dem Zugehörigkeitsgefühl der Deutschen zu ihrem Staat, ihrem Land, ihrer Kommune, den staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen, Konjunktur. So etablierte etwa das Bundesministerium für Bildung und Forschung 2020 ein aus mehreren wissenschaftlichen Instituten zusammengesetztes Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt, kurz FGZ.



WAS IST DAS ELEKTORAT? - EINE BEGRIFFSKLÄRUNG



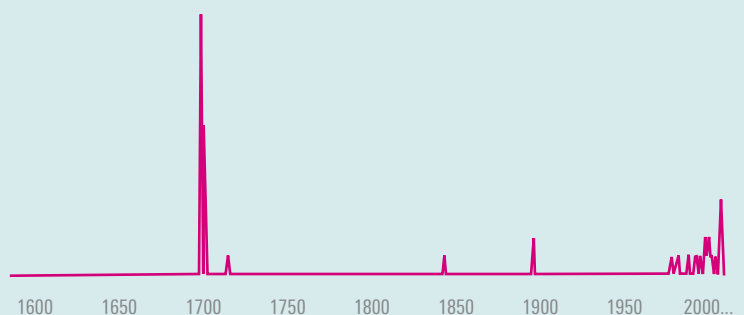
Wie nennt man nun die Wählerinnen und Wähler in Summe? Das Grundgesetz hat keinen Begriff dafür. In Artikel 38 des Grundgesetzes wird lediglich ausgeführt, dass „wahlberechtigt ist, wer das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat“. Wählbar wiederum ist, „wer das Alter erreicht hat, mit dem die Volljährigkeit eintritt“. Die gewählten Abgeordneten des Bundestags, heißt es weiter, sind „Vertreter des ganzen Volkes“. Bereits in Artikel 20 des Grundgesetzes definiert die Verfassung die Bundesrepublik Deutschland als demokratischen und sozialen Rechtsstaat, präzisiert dies in Artikel 28 („republikanischer, demokratischer und sozialer Rechtsstaat“) und klärt die Frage, von wem Parlamente, Regierungen oder die Verwaltung ihre Legitimation zum Regieren ableiten: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt“ (Grundgesetz, 2021).

Man könnte auch von Urnengängern sprechen (dann aber die Wahlverweigerinnen und -verweiger ausschließen), besser also von Wahlberechtigten oder schlicht vom Wahlvolk. Daneben hat sich ein Begriff in die Diskussion zurückgeschlichen, der bei Gebrauch nach gelehrter Ausdrucksweise klingt: Elektorat. Ursprünglich bezeichnete der Begriff laut Duden die „Kurfürstenwürde“ (Duden, o. J.), also

das Recht einer kleinen Gruppe hoher Geistlicher und Fürsten, den römisch-deutschen König zu wählen.

Der Begriff Elektorat geriet mit dem Ende des ersten deutschen Kaiserreichs in Vergessenheit. Das digitale Wörterbuch der deutschen Sprache (DWDS, o. J.) zeigt, dass der Begriff in Literatur und Zeitungssprache um 1712 Hochkonjunktur hatte. In den 2010er Jahren, einer Zeit, in der sich Medien und Politikwissenschaften zu erklären versuchen, warum Wählerinnen und Wähler welche Parteien und Personen wählen, kehrt der Begriff in demokratisierter Form zurück: nicht mehr als Privileg einer sehr kleinen Gruppe, sondern als Synonym für die Wahlbevölkerung.

Abb. 10 Elektorat – Verlaufskurve, Basis: Referenz- und Zeitungskorpora



Quelle: Digitales Wörterbuch der deutschen Sprache

Hans Böckler
Stiftung

Im ersten Berichtsband des noch jungen Forschungsverbundes erläutern die Sozialwissenschaftler Andreas Zick und Jonas Rees ihre Herangehensweise an das Thema so: „Unser sozialpsychologischer Ansatz versteht Zusammenhalt als ein Konfliktphänomen, das heißt der Zusammenhalt von Gesellschaften und Gruppen hängt ab von dem Ausmaß, wie er sich mit einer gemeinsamen und geteilten Identität verbindet, und diese über intra- und inter-gruppale Konflikte aushandelt.“ Zusammenhalt ist demnach ein Konzept, das sich abhebt von der Idee, es gäbe so etwas wie eine auf allen Ebenen miteinander verbundene Volksgemeinschaft, in der die Uniformität von Einstellungen und Werten den Beteiligten das Gefühl von Verbundenheit vorgaukelt. „Zusammenhalt“ ist vielmehr ein „Objekt von Konflikten und Identitäten, Werten und Ressourcen“, schreiben Zick und Rees. Mit Blick auf den Zusammenhang zwischen Zusammenhalt und politische Kultur notieren die beiden Wissenschaftler in ihrem Aufsatz: „Derzeit beobachten wir in Studien zur Stabilität oder Dekonsolidierung der Demokratie, wie neue Formen von gesellschaftlichen Überzeugungen den Zusammenhalt erodieren lassen.“ Dies werde bei Meinungsäußerungen deutlich, die zwar die Demokratie hochhielten, jedoch die „Gesellschaft als Markt“ ansehen. Dies führe zu „einem anderen Zusammenhalt als Gesellschaften, die sich primär als Demokratien verstehen“. Hinzu kämen „Formen der Individualisierung in modernen Gesellschaften, die scheinbar kaum oder keinen kollektiven Zusammenhalt benötigen“ (Zick/Rees, 2020).

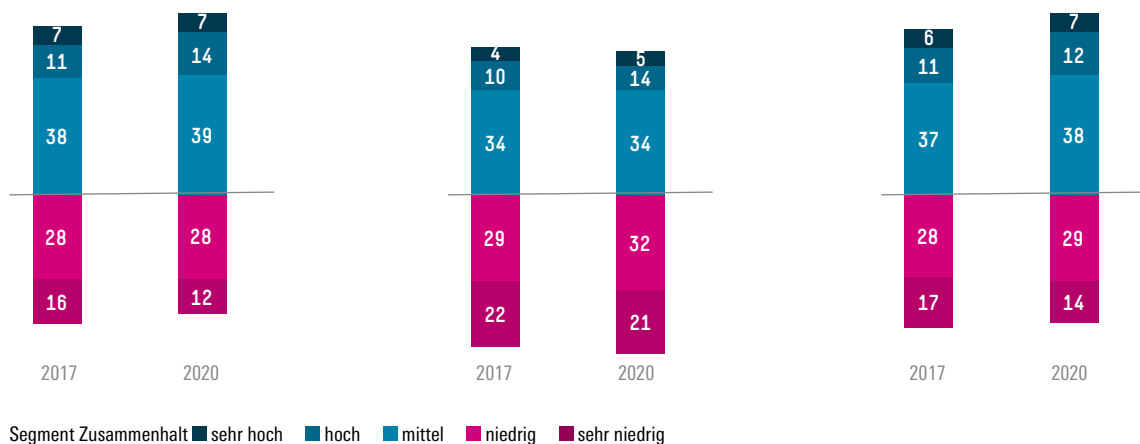
In einer Fußnote verweisen die beiden Wissenschaftler auf Vorarbeiten der Bertelsmann Stiftung, die mit dem „Radar gesellschaftlicher Zu-

sammenhalt“ das „derzeit umfassendste Monitoring“ zu dem Thema entwickelt hätten.

Eine der jüngeren Publikationen aus der Bertelsmann-Forschungsreihe die Studie „Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2020“. Ende 2020 legten die beiden Infas-Forscher Thorsten Brand und Robert Follmer gemeinsam mit Kai Unzicker von der Gütersloher Stiftung ihre Auswertung der vor und während der Corona-Pandemie erhobenen Daten vor.

Da bereits eine Erhebung zum gleichen Thema aus 2017 vorlag, konnten die Wissenschaftler beschreiben, wie sich die Qualität des gesellschaftlichen Lebens innerhalb der Zeitspanne von vier Jahren verändert hat. Der aus allen Teilbereichen ihrer Untersuchung errechnete Gesamtindex veränderte sich innerhalb des Zeitraums nur gering und stieg von 60 auf 61 Punkte an. Das deutet zunächst auf ein sehr träges, wenig spannungsreiches Verhältnis der Deutschen zueinander und zu den gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen hin. Doch der Blick auf den Gesamtindex täuscht. Schon die Auswertung in die nach Ländern differenzierten Daten ergibt ein Bild einer gar nicht einigen Bevölkerung wieder. Zum Beispiel identifizieren sich die Einwohnerinnen und Einwohner von Mecklenburg-Vorpommern mit 86 Punkten sehr stark mit ihrem Gemeinwesen, die Bremerinnen und Bremer dagegen mit 67 Punkten auffallend gering. „In den Dimensionen ‚Anerkennung sozialer Regeln‘, ‚soziale Netze‘, ‚Akzeptanz und Diversität‘ und ‚Vertrauen in Institutionen‘“ gebe es, so der Bericht weiter, „hohe Differenzen“ zwischen Ost- und Westdeutschland. Sie entwickelten sich, wie Abbildung 11 zeigt, sogar noch weiter auseinander und zeigen an, dass die Spal-

Abb. 11 Zusammengehörigkeitsgefühl nach Bevölkerungssegmenten, Ost-West-Unterscheidung im Zeitvergleich 2017/2020



Angaben in Prozent. Die fünf Zusammenhaltssegmente wurden anhand der Angaben der befragten Personen zu den 36 Indikationen von Zusammenhalt gebildet und gruppiert. Weicht deren Summe in den abgebildeten Verteilungen von 100 Prozent ab, so kommt dies durch Rundungsdifferenzen zustande.



„DIE MENSCHEN WOLLEN EINFACH, DASS SIE MERKEN, DASS SIE SPÜREN, DIE TUN WAS FÜR MICH“

Volkach ist eine Kleinstadt mit kaum 9.000 Einwohnerinnen und Einwohnern an einer der vielen Main-schleifen gelegen. Die Stadt profitiert vom Weinbau an den Steilhängen des Maintals und damit auch vom Tourismus. Im Stadtrat des Ortes liegen CSU und Freie Wähler mit jeweils sechs Sitzen gleichauf, die Grünen sind mit drei, die SPD und eine Bürgerliste mit zwei Sitzen vertreten. Die FDP stellt ein Mitglied des Stadtrates.

Um die Stadt herum entstehen Neubaugebiete, aber auch die in den vergangenen Jahrzehnten eingemeindeten Dörfer wie Eichfeld oder Gaibach wirken aufgeräumt und gut situiert. Im Zweiten Weltkrieg wurden nur wenige Gebäude zerstört, die größten städtebaulichen Fehlleistungen stammen aus der Zeit nach 1945.

Volkach war und ist eine konservativ geprägte Stadt. Bei den Juli-Wahlen 1932 konkurrierten in Stadt und Wahlkreis nicht die SPD oder die Deutschnationalen und schon gar nicht die KPD mit der NSDAP, sondern die Bayerische Volkspartei (Stadt Nürnberg, 1932).

In der fränkischen Kleinstadt lebt Cengiz Zarbo, Sohn einer Einwandererfamilie, langjähriger Betriebsrat, Gewerkschafter und für die Freien Wähler einer von sechs Mitgliedern der Stadtratsfraktion. Er arbeitet schon länger teilweise im Homeoffice, mit Beginn der Corona-Krise größtenteils. Zarbo

beschäftigt sich intensiv mit den Auswirkungen der Digitalisierung auf das Zusammenleben und die Kommunikation als deren zentralen Bestandteil. Er entwirft ein widersprüchliches Bild der Auswirkungen von Facebook, WhatsApp und Co.:

„In den vergangenen 20 Jahren hat sich das Leben unglaublich beschleunigt. Vor 20 Jahren ging man zum Nachbarn und hat gefragt: Hast’ scho’ g’hört? Und heute guckt man in den Computer oder ins Handy und weiß so viel mehr als früher.“

Freilich muss man aufpassen, woher die Information kommt.

Man bekommt unheimlich viele Informationen. Aber man muss eben aufpassen, dass man nicht gelenkt wird. Beispiel Werbung. Die wird jetzt persönlich auf einen zugeschnitten, Werbung kommt nicht zufällig. Was ich zu sehen bekomme ist das Ergebnis von Informationen, die ich über mich preisgebe.

Es ist eine widersprüchliche Entwicklung. Die Gefahr, durch Informationen, Werbung und Medien gelenkt zu werden, ist groß. Aber es hat auch meine Selbstbestimmung gefördert. Ich arbeite, zurzeit coronabedingt, jeden zweiten Tag zu Hause im Homeoffice. Vor 20 Jahren hätte ich auf die Arbeit fahren müssen. So spare ich mir eineinhalb Stunden Pendeln am Tag und habe ganz anderen Kontakt zu meiner Familie, zu Freunden und für Interessen. Die Menschen auf der Arbeit sehe ich seltener. Für das



„IN DEN VERGANGENEN 20 JAHREN HAT SICH DAS LEBEN BESCHLEUNIGT.“

Zusammenarbeiten ist es ein Verlust.

Die Menschen sind weiter voneinander weggerückt. Früher hat man angerufen, heute guckt man in den ‚Status‘.

Unverbindlicher ist man dadurch nicht geworden. Für mich gilt: Das Wort muss was wert sein. Das Problem ist: Wenn man nicht miteinander spricht, sondern sich was schickt, schnell was checkt, dann weiß man es halt nicht so genau, ob das Gegenüber das auch so sieht.“

Das hat auch Auswirkungen auf das an sich „rege Vereinsleben“:

„Aber es fehlen die Kinder, die Jugendlichen. Die haben daheim ihre Playstation oder was auch immer. Wir sind früher auf den Bolzplatz und es haben sich immer zehn Leute gefunden. Heute treffen sich die Jugendlichen an der Konsole mit Headsets.“

Für ihn als Kind von Einwanderern hat die Digitalisierung einen positiven Aspekt mehr:

„Zu den guten Seiten gehört, dass ich mit meiner Familie im Ausland ganz leicht und kostenfrei telefonieren kann. Ich kann sie sehen, miterleben, was sie machen, obwohl sie so weit weg sind. Vor 20 Jahren war das eben nicht möglich. Das sichert den Zusammenhalt auch über weite Entfernungen.“

Dass Zarbo sich nicht bei der SPD, den Grünen oder der Linken engagiert, um den von ihm gutgeheißenen Sozialstaat zu erneuern, sondern sich bei den Freien Wählern in Volkach, aber darüber hinaus auch in der gleichnamigen Bundespartei, engagiert, erklärt er mit tiefsitzenden Enttäuschungen:

„Dass manche Parteien Mitglieder verlieren, das hat aus meiner Sicht auch mit Enttäuschungen zu tun. Bei der SPD waren es aus meiner Sicht die Hartz-Reformen oder das Rentenniveau. Bei der CSU sehe ich ganz aktuell den Fall Scheuer, der als Minister Verträge abgeschlossen hat, obwohl er es gar nicht hat dürfen. Das Parlament hatte nicht zugestimmt, die Unternehmen haben angeboten, die Entscheidung abzuwarten und es wurden dennoch die Verträge geschlossen. Das wirft Fragen auf.“

Er schätzt die Arbeit des Linken-Politikers Fabio DeMasi, die er verfolgt. Auch Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine findet er gut. Der ehemalige Metaller kennt auch Klaus Ernst, einen der Gründer der Linken und langjähriger Bundestagsabgeordneter. Wichtiger aber ist ihm etwas anderes:

„Ich bin vor zehn Jahren bei den Freien Wähler eingetreten. Bei der CSU würde ich, vorsichtig gesagt, wahrscheinlich nicht im Bezirksvorstand sitzen. Bei kleineren Parteien hat man es leichter, mitzugestalten und etwas zu bewirken.“

Bei den Freien Wählern ist die Spannbreite der Positionen weit. Da gibt es eher liberale Positionen, aber auch die, dass Leiharbeiter vom ersten Tag genauso wie Stammbesoldeten bezahlt werden müssen – gleiche Arbeit, gleiches Geld. Das ist mir als Gewerkschafter wichtig.

Bei den Freien Wählern kann ich was bewegen. Ich habe regen Kontakt zu unseren beiden unterfränkischen Landtagsabgeordneten, ich bin Mitglied im Bezirksvorstand. Ich bin mir sicher, dass das, was ich mit denen berede, die Infos, die ich gebe, auch in München ankommen.“

Er sagt, die Menschen würden sich eben nicht so mit Verlierern identifizieren. „Man geht lieber dahin, wo es aufwärts geht.“

In den Aussagen von Cengiz Zarbo schlägt sich nieder, was der Soziologie Hartmut Rosa in seinem 2019 erschienen Buch „Resonanz“ als den Wunsch nach „Selbstwirksamkeit“ beschreibt. In einem anderen Kontext, nämlich über Schülerinnen und Schüler und ihre Erfahrung als Lernende, schreibt er: „Das intrinsische Interesse an einem Weltausschnitt oder Tätigkeitsbereich steigt nicht mit dem Erfolg oder der Belohnung für ein Engagement, sondern mit der Erfahrung, selbst etwas bewirken, Welt erreichen zu können.“ Umgekehrt erhöhe ein „Mangel an Selbstwirksamkeitserfahrungen die Neigung zur Depression und Burnout signifikant“.

Nun ist Deutschland kein Land voller depressiver Menschen und Parteien, auch die Freien Wähler sind keine Therapiegruppe. Parteien sind Institutionen, die an der politischen Willensbildung mitwirken. Aber ein Gespräch mit Jürgen Djalek, einem Manager aus der mittleren Führungsebene eines großen deutschen Unternehmens, verdeutlicht den Grad der „Entfremdung“ gegenüber der Politik, wie Hartmut Rosa es formuliert (Rosa,

2020). In dem Gespräch geht es nicht allein um das Verhältnis zu politischen Parteien. Am Anfang steht eine Beobachtung des 50-Jährigen, es geht um den Verlust von Verbindlichkeit im Miteinander.

„Beispiel Fußballverein: Früher hat man vor der Saison zugesagt, immer da zu sein und dann war man auch da. Außer, wenn man richtig krank oder verletzt war oder es beruflich gar nicht ging. Heute geht man zum Training, wenn man nichts anderes zu tun hat und die Zeit es irgendwie zulässt und nichts anderes ansteht.“

Djalek ist in einer Familie Heimatvertriebener aufgewachsen, seine Eltern mussten damals um das tägliche Brot kämpfen. Er hat den Aufstieg in der Gesellschaft geschafft. Und so blickt er auch auf die Gegenwart:

„Jeder hat heute die Möglichkeit, sich etwas zu erarbeiten, auch wenn er nicht in eine vermögende Familie hineingeboren wird. Jeder hat die Möglichkeit, sich auch etwas zu erschaffen. Es gibt so viele Möglichkeiten auf Bildung, auf berufliche Entwicklung, auf Selbstverwirklichung. Dem einen fällt es einfacher, dem anderen schwerer. Aber Geschichten nach dem Muster vom Tellerwäscher zum Millionär gibt es auch bei uns, nicht nur in den USA.“

Er blickt von der Warte als Manager auf die Gesellschaft: In seiner Rolle als Projektleiter *„gibt es ein klares Ziel und daran richten wir uns aus. Hieraus ergeben sich die Meilensteine für das Team, immer klar und transparent nach vorne gerichtet.“*

In der Politik sei das anders. Er vergleicht seine Erfahrungen mit dem, was er an Management in der Politik wahrnimmt:

„Die Parteien schreiben zwar zu jeder Wahl mehr oder weniger umfangreiche Wahlprogramme. Aber mir fehlt die Verbindlichkeit, diese Ziele auch seriös einzuhalten. Wenn ich mit einem Projekt ein Ziel verfolge, kann sich mein Auftraggeber auch darauf verlassen, dass diese Ziele erreicht werden. Wenn nicht, merke ich das ein Jahr später am Bonus.“

Der Bundeskanzlerin Angela Merkel attestiert er, dass sie *„einen unheimlich tollen Job gemacht hat“*. Schwächen dagegen sieht er bei der Opposition, die *„gar nicht der Sache wegen Kritik übt, sondern in die Medien kommen will“*. Besonders Christian Lindner rückt er in den Fokus, der sich 2017 weigerte, seine FDP in ein Bündnis mit CDU, CSU und Grünen zu führen:

„Christian Lindner ist so ein Beispiel für mich, der immer wieder sagt, dieses oder jenes hätte er ganz anders gemacht. Hätte er ja machen können, aber er hat sich davor gedrückt, Verantwortung zu übernehmen. Ohne Verantwortung lässt sich vieles leicht kritisieren und zerreden.“

Djalek sagt, er sehe die Politik an *„einem Punkt, an dem ich die Frage stelle, wie weit sie noch ehrlich ist und was sie den Bürgerinnen und Bürgern wirklich bringt. Ich frage mich, wie weit ist es Politikerinnen*

und Politikern wirklich wichtig, die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger an oberste Stelle zu stellen?“

Er zieht den Schluss:

„Die Leute fühlen sich abgehängt, weil sie die Verlässlichkeit nicht erkennen, weil Entscheidungen häufig nicht nachvollziehbar sind.“

Kommunalpolitik sei da anders.

„Man trifft die Leute auf der Straße, auf Weinfesten et cetera. Hier geht es stärker um Sachthemen. Je weiter Politikerinnen und Politiker weg sind, auf Bezirksebene, im Land, im Bund, umso geringer ist die Erdung der Politik.“

Er fordert daher: *„Aber umso besser müsste Politik auch erklärt werden.“*

Und weiter:

„Die Menschen wollen einfach, dass sie merken, dass sie spüren, die tun was für mich.“

Er sei selbst auch schon gefragt worden, ob er sich in einer Partei engagieren will. Doch dazu fehlt ihm eine wichtige Grundzutat:

„Für mich stehen Familie und Sport an erster Stelle. Wenn man nach der Arbeit seine Zeit in etwas investiert, dann muss eine gewisse Begeisterung dabei sein.“

Er habe es also abgelehnt, sich parteipolitisch zu engagieren. Er sagt:

„Ich möchte mich in der Politik nicht instrumentalisieren lassen.“

„DIE LEUTE FÜHLEN SICH ABGEHÄNGT.“



tung der Wahlbevölkerung zwischen der alten Bundesrepublik und Ostdeutschland noch lange nicht überwunden ist.

Noch stärker auseinander driften die Werte, wenn der gesellschaftliche Zusammenhalt entlang von Einkommensgruppen gemessen wird. Abbildung 11 zeigt, dass bis in die mittlere Einkommensgruppe fast die Hälfte der Bevölkerung nicht der Ansicht ist, Teil eines funktionierenden Gemeinwesens zu sein. Im untersten Einkommensfünftel spüren sogar mehr als die Hälfte der Frauen und Männer ein Unbehagen gegenüber der Gesellschaft in der sie leben. Ganz anders dagegen fühlen sich im Oberhaus der Gesellschaft nur ein Drittel der Befragten nicht zu Hause, zwei Drittel hingegen fühlen sich integriert und teilen die Werte und Normen der Gesellschaft.

Die Deutschen sind sich einig: In Deutschland geht es nicht gerecht zu

Bei der Bertelsmann-Untersuchung stechen drei auffallend niedrige Werte hervor: Vertrauen in Institutionen sowie Vertrauen in die gelebte Solidarität und Hilfsbereitschaft, vor allem aber das verletzte Gerechtigkeitsempfinden. Bei letzterem Wert sind nahezu alle Befragten, gleich an welcher Stelle in der sozioökonomischen Skala sie stehen, einer Meinung: In Deutschland geht es nicht gerecht zu.

Die Fragmentierung der Wahlbevölkerung findet seinen Niederschlag in der Zustimmung zu Parteien. Anhänger von CDU, CSU und SPD haben „über alle Indikatoren hinweg die höchsten Zusammenhaltsergebnisse“, heißt es in der Bertelsmann-Studie. Dies könne als „gute Einbindung, hohe Akzeptanz und entwickeltes Vertrauen in die gesellschaftlichen Institutionen verstanden werden“. Auch die Anhänger der Grünen und der FDP fühlen sich mit der Gesellschaft eng verbunden. Auffällig ist allerdings, dass in der Anhängerschaft der FDP die Zustimmung zur Diversität der Gesellschaft „wenig liberal“ niedrig ausfalle. Wenig überraschend ist, dass Bürgerinnen und Bürger, die der Partei Die Linke nahestehen, in ihrer Einschätzung zur Gerechtigkeit deutlich ausgeprägter negative Einstellungen haben.

Und dann wird wieder der aus anderen Untersuchungen bekannte Riss durch die Gesellschaft sichtbar: Menschen, die angeben, sich keiner Partei verbunden zu fühlen, blicken insbesondere bei dem Wert Teilhabe deutlich skeptischer als der Durchschnitt der Befragten auf die bundesdeutsche Gesellschaft. Auch ihr Vertrauen in Institutionen und ihre Wahrnehmung von Solidarität sei „auffällig niedrig“.

Besonders klar heben sich diejenigen vom Gesamtbild ab, die sich der AfD verbunden fühlen. Sie brechen „aus dem demokratisch-partizipativ

geprägten Grundverständnis des Gemeinwesens“ aus (Brand et al., 2020).

Die Parteien richten sich auf ein verändertes Elektorat ein

Parteien und ihre politischen Stiftungen reagieren auf die Auflösung der sozialen und kulturellen Milieus und beziehen die schwächer werdenden Bindungen der Wählerinnen und Wähler an Parteien in ihre Strategien und Empfehlungen ein. An die Stelle alter Gewissheiten treten neue Modelle. Sie machen die gestiegene Bereitschaft der Wählerinnen und Wähler sichtbar, auch einer anderen als der bevorzugten Partei die Stimme zu geben. Als Beispiel dienen hier die Empfehlungen zur Strategiebildung, welche die Konrad-Adenauer-Stiftung der CDU und die Hanns-Seidel-Stiftung der CSU zu Beginn des Wahljahres präsentierten.

Viola Neu leitet die Abteilung Wahl- und Sozialforschung der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS). Die Politikwissenschaftlerin veröffentlichte im Februar 2021 die Studie „Des Wählers Herz“. Sie versprach, mithilfe eines „mehrstufigen Verfahrens“ aus quantitativer und qualitativer Analyse „Einblick in die Wählerwelt“ zu gewinnen.

Ausgangspunkt ihrer Untersuchung war eine im Februar 2020 von der Stiftung in Auftrag gegebene Wahlumfrage. Sie sah die Parteien der Union und die Grünen etwa bei 25 Prozent gleichauf, die SPD abgeschlagen bei 14 Prozent, danach AfD und Linke noch knapp zweistellig. Das war aus Sicht der Unionsparteien freilich kein zufriedenstellendes Ergebnis.

Um herauszufinden, wie groß das Wählerpotenzial aller Parteien sein könnte, ließ Neu auch fragen, „ob man es sich vorstellen könnte, auch eine andere Partei zu wählen“. Das Ergebnis zeigte zum damaligen Zeitpunkt, welche Reserven Parteien mobilisieren können, gingen sie nur gezielt vor.

Von den gemessenen 25 Prozent, die im Februar 2021 für CDU und CSU gestimmt hätten, hätte sich ein Viertel vorstellen können, auch Grüne zu wählen, „18 Prozent nennen die FDP“. Alle anderen Parteien schienen chancenlos bei der Jagd nach Stimmen für die Union. Für die SPD deutete sich aufgrund der KAS-Erhebung keine Chance auf einen Wiederaufstieg oder gar einen Wahlsieg an. 39 Prozent derjenigen, die zum Messzeitpunkt die SPD wählen wollten, tendierten zu den Grünen, 18 Prozent zur CDU und elf Prozent gaben die Linke als zweite Wahl an. Die AfD verfügte nach der Messung über den stabilsten Wert. Nur 23 Prozent konnten sich „vorstellen, Union zu wählen“, neun Prozent sympathisierten mit dem Gedanken, ihre Stimme alternativ der FDP und fünf Prozent der Linken zu geben.

Bei den gemessenen sieben Prozent Wahlberechtigten, die in der Sonntagsfrage für die FDP

Tabelle 2 Welche Partei würden Sie wählen, wenn sie nicht Ihre bevorzugte Partei wählen würden

Angaben Potenzwerte gerundet

2.Wahl	Anhänger von						
	CDU/CSU	SPD	AfD	FDP	Linke	Grüne	Andere
CDU/CSU	3	18	23	38	2	12	7
SPD	9	0	2	8	24	29	4
AfD	4	1	0	4	1	1	2
FDP	18	3	9	0	1	2	7
Linke	1	11	5	4	0	12	12
Grüne	25	39	1	7	30	0	18
Andere	2	0	5	4	11	9	12
Keine	33	24	50	31	29	31	28

Quelle: Neu, 2020

Hans Böckler
Stiftung

stimmen wollten, nannten 38 Prozent als Zweitpräferenz die Unionsparteien. Der Wiedereinzug der FDP in den Bundestag erschien also durchaus auf der Kippe.

Bei den Wahlberechtigten mit der Absicht, den Linken die Stimme zu geben, neigten 30 Prozent den Grünen zu, 24 Prozent der SPD. Und von den 27 Prozent, die erklärten, sie würden, wäre Wahlsonntag, die Grünen wählen, erklärte ein knappes Drittel, die SPD wäre für sie eine Alternative, immerhin noch zwölf Prozent neigten eher CDU oder CSU zu, die übrigen Parteien, so Viola Neu, „dürften nicht auf Wählerinnen und Wähler aus dem Grünen-Lager hoffen“.

Am Beispiel der Unionsparteien errechnete Neu dann, dass CDU und CSU im günstigsten Fall elf Prozentpunkte von anderen Parteien gewinnen und bei 36 Prozent landen könnten. Im schlechtesten Fall können sie aber auch genauso viele Stimmen verlieren. Damit lag auf der Hand, dass CDU und CSU einen intensiven Wahlkampf führen müssen, um die schwachen 25 Prozent von Fe-

bruar 2020 auszubauen und womöglich jene höchstmögliche Zahl von Wählerinnen und Wählern zu gewinnen, die Viola Neu als für die Wahl der CDU anfällig beschrieben hatte.

Mit einem konservativen Image, das zeigten anschließende Tiefen- und Gruppeninterviews, würde dies den beiden C-Parteien nicht gelingen. In diesen Gesprächen wurden den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Begriffe gezeigt und sie sollten frei assoziieren, was sie damit verbinden. Mit dem Stichwort „konservativ“ verbinden. „Befragte, die keine CDU-Wählerinnen oder -Wähler sind, [...] nannten besonders häufig die CDU.“ Die Wörter, welche die Befragten rund um das Wortfeld CDU herum gruppierten, waren wenig schmeichelhaft: Ihnen kamen Wörter wie „altmodisch, altbacken, an etwas festhalten, aber auch alte Männer in den Sinn“.

Der Begriff „Nachhaltigkeit“ war zum Zeitpunkt der Interviews eindeutig von den Grünen besetzt, „heimatverbunden“ verbanden die Befragten schwach mit der CSU, die Begriffe „weltoffen“ und

Abb. 12 Was verbinden die Wählerinnen und Wähler mit dem Begriff „Konservativ“?



Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung

Hans Böckler
Stiftung



„DIE LEUTE MACHEN DAS ZÄHNEKNIRSCHEND MIT“

Er erlebe eine wachsende Unzufriedenheit in der Bevölkerung, sagt Thomas Höhn. Er ist 42 Jahre alt und 1. Bevollmächtigter der IG Metall in Schweinfurt. Die Stadt am Main ist eines der vielen Zentren des Maschinenbaus in Deutschland, die wirtschaftliche Zukunft der Region ist eng mit dem Automobilbau vernetzt. Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung hat nach Ansicht von Höhn mehrere Quellen: Der wachsende Druck, den Arbeitgeber ausüben, die Transformation des Autos vom „Verbrenner“ zum „Stromer“ und das Gefühl zunehmender Fremdbestimmung.

Dokumentation eines Gesprächs.

Ich erlebe ein verbreitetes Gefühl der Ohnmacht und Machtlosigkeit. Ich höre von den Beschäftigten in den Betrieben oft: Es wird zu viel ‚von oben‘, ohne Mitsprache, beschlossen. Etwa dass die Zeit des Verbrenners zu Ende geht, jetzt wird Mobilität elektrisch. Für die Betroffenen in den Betrieben ist das eine ernste Bedrohungslage. Denn das industrielle Netz rund um das Automobil mit Verbrennern ist Jahrzehnte stabil gewesen und hat Sicherheit gegeben. Die Kolleginnen und Kollegen sind mit ‚dem Verbrenner‘ groß geworden.

Ich höre auch oft: ‚Ich habe keine Stimme mehr.‘ Da würde ich von einem Kerngefühl sprechen. Und die, die Unzufriedenen sind, erleben ‚ihre Probleme‘ in den Medien nicht. In den Nachrichten geht es verstärkt um Flüchtlingskrisen, Klimawandel und um Corona.“

„Anderes Beispiel: das Lieferkettengesetz. Ein richtiger Ansatz. Doch es wird kaum wahrgenommen. In den Medien spielte das Thema eine untergeordnete Rolle und fand vor allem auf den Wirtschaftsseiten oder im Inforadio statt. Aber die werden wenig gelesen, beziehungsweise kaum gehört. Obwohl man an den unsozialen und undemokratischen Verhältnissen im Weltarbeitsmarkt so viel sichtbar machen könnte!“

Würde ich eine Umfrage starten und danach fragen: Wer kennt das Gesetz, wer hat schon davon gehört: Es würde nur ein kleiner Prozentsatz sagen: Ja, das Thema kenne ich, von dem Gesetz habe ich gehört.

Ich würde von einer wachsenden Form ‚gefühlter Machtlosigkeit‘ sprechen. Und für diejenigen, die so empfinden, ist die Konsequenz der Ruf nach Radikalität. Zum Beispiel ist das Feindbild dann im Zweifel auch die Ökobewegung, beziehungsweise die grüne Partei. Leitmotiv ist: ‚Ich will meine Freiheit, ich will mein Auto fahren, das soll auch Krach machen.‘

„VERBREITETES GEFÜHL DER OHNMACHT.“

„Ich erlebe eine steigende Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Mein Eindruck ist, dass deren Unzufriedenheit auf ein subjektiv wachsendes Gefühl der Ohnmacht, der Machtlosigkeit beruht. Es geht dabei gar weniger ums Geld. Es geht zum Beispiel um Arbeitszeit. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fühlen sich immer stärker in ihrer Freiheit beschränkt, weil immer öfter an den Wochenenden gearbeitet werden muss, weil immer öfter Mehrarbeit verlangt wird – immer mehr Kolleginnen und Kollegen beklagen, dass sie immer weniger über die Dauer und Lage ihrer Arbeitszeit bestimmen können.

Das ist ein Konflikt in den Betrieben, der schwer aufzulösen ist. Die Ausweitung von Arbeitszeit, zum Beispiel verpflichtende Samstagsarbeit, sind oft Teil von Kompromissen der Interessenvertretungen in Verhandlungen über Investitionen oder beim Verhindern von Verlagerungen. Zudem ist Schichtarbeit organisiert und mit erheblichen Zuschlägen auch tarifiert. Die immer tiefere Durchdringung der Lebenszeit durch die Arbeitgeber trägt auch Konflikte in die Familien.

Die Leute machen das zum Teil zähneknirschend mit und dann kommt das Unternehmen und sagt, der Betrieb hier wird trotzdem geschlossen oder die Produktion an Standorte verlagert, die billiger sind und keine Tarifverträge haben. Auch wir als Gewerkschaften sind dann trotz massiver Proteste oft nicht in der Lage, so etwas zu stoppen.

Damit schwindet natürlich auch das Vertrauen der Betroffenen in uns, der Anwalt zu sein, der sie verteidigt.

„AKTUELL KEINE INITIATIVE FÜR EINE SOZIALE BEWEGUNG.“



Im Handwerk, die IG Metall ist ja auch eine Handwerksgewerkschaft, war die Mitbestimmungskultur nie stark ausgeprägt. Etwas ist bemerkenswert: Die Industriearbeit hat gegenüber dem Handwerk an Attraktivität verloren. Lange Zeit wollten ja viele in die Industrie. Doch der Industrie gelingt es zunehmend weniger, gut ausgebildete Kolleginnen und Kollegen aus dem Handwerk abzuwerben.

Effektiv haben sich die Verhältnisse im Handwerk nicht wirklich verbessert, relativ zur Industrie steht das Handwerk heute aber besser da als vor zehn, 20 Jahren. Es gibt keine Schichtarbeit, der Sonntag ist meistens frei.“

„Von diesem verbreiteten Unmutsgefühl profitiert vor allem die AfD. Nicht, weil sie Lösungen zu bieten hat. Aber sie deutet den sozialen in einen nationalen oder besser in einen identitären Konflikt um. Es gibt das gute, brave und ‚normale Deutschland‘ und die Anderen. Die Anderen, das sind die Fremden, das ist klar. Aber auch die Grünen, oder die ökologische Bewegung. Beides wertet man ab. Wer der AfD folgt, dem verspricht diese Partei widerständige Gemeinschaft, ja Überlegenheit.“

„Vor diesem Hintergrund wird aus meiner Sicht der Zusammenhang zwischen dem Protest der Corona-Leugner und Pegida klar: Da sind Menschen, die fühlen sich ‚von oben‘, um die Wortwahl aufzugreifen, nicht wahrgenommen. Von denen ‚da oben‘ fühlen sie sich aber nicht nur nicht wahrgenommen, sondern auch noch gegängelt, schikaniert, ja sogar bedroht. Ich weiß, das ist irrational. Aber so ist das bisweilen mit Gefühlen und Einstellungen: Sie können voller Widersprüche sein und auf vollkommen gespenstischen Thesen aufbauen.

Auch wir als IG Metall erklären dem Kollegen bei ZF, einem Zulieferer der Automobilindustrie, was auf ihn zukommt und wie wir die Transformation sozial-ökologisch gestalten können. Wir sagen nicht: Es geht ausschließlich und vor allem um deine Interessen und deinen Arbeitsplatz. Denn dann müssten wir mit aller Macht und ohne Rücksicht auf ökologische Veränderungen den Verbrenner verteidigen. Wir sind als Gewerkschaft eine strategische Partnerschaft mit dem Bund für Umwelt- und Naturschutz eingegangen. Das löst bei manchen Kolleginnen und Kollegen nicht gerade Begeisterung aus. Persönlich bin ich der Überzeugung, der Mensch kann den Planeten nicht so ausbeuten, wie das seit Jahrzehnten geschieht. Wir sind jetzt an einem kritischen Punkt, wo wir die Wende schaffen müssen.

Dazu kommt noch die nächste Stufe der Automatisierung. Wir sollten dringend darüber reden, Produktivitätsfortschritte in kürzere Arbeitszeiten zu verwandeln. Wir müssen dringend darüber reden, dass Gewinnmargen von 13 oder 14 Prozent kein Naturgesetz sind, sondern Ausdruck ökonomisch unvernünftiger Machtverhältnisse. Es gibt genug Verteilungsthemen, die wir ansprechen sollten.“

„Viele interessieren sich für Politik, sie formulieren auch klare Erwartungen. Aber sie wollen nicht mehr gestalten, sie ziehen sich zurück. Sie gehen nicht in Parteien und sagen: Das bringe ich da ein, weil ich die Verhältnisse ändern will.

Politiker hatten nie den allerbesten Ruf. Aber sie wurden respektiert. Jetzt ist es anders, jetzt werden sie zum Teil angegriffen, sind einer Wut ausgesetzt von Menschen, die nicht mitmachen, um ihre Interessen durchzusetzen, sondern die einfach radikal dagegen sind.“

„Mich persönlich treibt in dem Zusammenhang um, dass sich politische Überzeugungen Einzelner schwerer einer Partei zuordnen lassen. Das macht es viel schwerer, sich zu einer Partei zu bekennen und sich parteipolitische zu engagieren.

Neulich habe ich mit einem sehr aktiven Betriebsrat in unserer Region gesprochen, der sich für Schutz-zölle, zugleich aber einer offenen Flüchtlingspolitik ausspricht. Er formuliert hohe Erwartungen an unseren Sozialstaat – tritt der Ökologisierung aber ablehnend gegenüber.

Der Kollege ist Sozialdemokrat und ist für die SPD auch im Gemeinderat. Aber wenn du seine Positionen in den Wahl-O-Mat einspeist, bekommt er wohl kein klares sozialdemokratisches Bild.

Ich sehe aktuell keine Initiative für eine große soziale Bewegung aus der Bevölkerung heraus. Dafür sind aktuell Themen wie die Corona-Krise, die Debatte um den Klimawandel oder die Flüchtlingsfrage zu dominant. Das ist die zweite Ebene hinter dem Ohnmachtsgefühl. Vielen handeln nach dem Prinzip ‚Augen zu und durch‘ oder ‚hoffentlich erwischt es mich nicht‘ oder ‚vielleicht reicht es ja noch für mich‘.“

„Aus meiner Beobachtung ist eines klar: Die Arbeitgeber laufen sich für einen neuen Angriff auf den Sozialstaat warm. Rente mit 68 oder 70 beispielsweise. Immer mehr Arbeitgeber verlassen das Solidarsystem der Flächen- und Branchentarifverträge, ihre Verbände tun dabei fleißig mit. Das wird nicht ohne Folgen für unsere Gesellschaft bleiben. Hier bietet sich die Chance einer sozialen Bewegung.

Wenn wir dem technischen Fortschritt auch demokratischen und sozialen Fortschritt abgewinnen wollen, müssen wir uns aufstellen und unsere Vorstellungen für ein demokratisches und soziales Deutschland kurz und klar formulieren. Bei allen Kämpfen, die wir in den Betrieben führen und führen müssen, dürfen wir eines nicht vergessen: Die einzigen, die diese Auseinandersetzung beginnen und durchhalten können, sind wir Gewerkschaften. Wir müssen uns stärker und sichtbarer für die Beschäftigten in der Gesellschaft und in der Politik einmischen. Den anderen dürfen wir das Feld nicht überlassen.“

„innovativ“ wurden von keiner Partei besetzt.

Schon in einer Untersuchungsreihe aus dem Jahr 2018 wollte die Adenauer-Stiftung wissen, wie die Wahlbevölkerung sortiert nach Parteien auf andere Parteien reagiert. Die Auswertung zeigt eine deutliche Polarisierung im Parteienspektrum zwischen der AfD und den übrigen Parteien. Während die Anhängerschaft der AfD mit den anderen Parteien Gefühle von Wut, Verzweiflung, Angst und Empörung verband, kehrte sich das Muster bei allen übrigen Wählerinnen und Wählern um: Sie verbanden mit der AfD die gleichen Emotionen: Wut, Verzweiflung, Angst und Empörung.

Bei Bürgerinnen und Bürgern, welche angaben, die CDU wählen zu wollen, schneidet am zweitbesten – aber mit deutlichem Abstand – die Schwesterpartei CSU ab, in einigen Punkten wie Zuversicht und Hoffnung lagen aber sogar die Grünen vor der bayerischen Schwesterpartei der CDU (Neu, 2021).

Die Hanns-Seidel-Stiftung arbeitet mit einem sehr ähnlichen Modell, um die Willensbildung im Elektorat zu untersuchen. Die politische Stiftung der CSU sucht nach dem „weitesten Wählerkreis“ der Parteien. Zunächst wurde im Frühjahr 2020 den Wählerinnen und Wählern die Sonntagsfrage gestellt, welche die CDU zwar gegenüber der Wahl 2017 mit Verlusten, aber mit 32,4 Prozent immer noch nicht auf Platz eins sah. Es folgten Grüne (23,4 Prozent), FDP (10,6 Prozent), AfD (10,1 Prozent), SPD (9,3 Prozent), Linke (4,9 Prozent) und die Freien Wähler (4,0 Prozent), neuer Erzrivale der CSU und zugleich ihr Koalitionspartner im Land.

Der weiteste Wählerkreis einer Partei ist die Summe der Wählerinnen und Wähler, die ganz sicher für diese und keine andere Partei stimmen wollten und denen, die unter Umständen auch für diese Partei stimmen würden. Das konnten sich für die CSU immerhin 62 Prozent vorstellen, für 60 Prozent der bayerischen Wählerinnen und Wähler

schiene die Grünen wählbar, 52 Prozent hielten eine Stimmabgabe für die FDP nicht für ausgeschlossen, die Hälfte gab an, sich unter Umständen auch für die Freien Wähler zu entscheiden, 33 Prozent hatten im Messzeitraum erwogen, auch der SPD ihre Stimme zu geben, der AfD 28 Prozent und der Linken immerhin noch 20 Prozent.

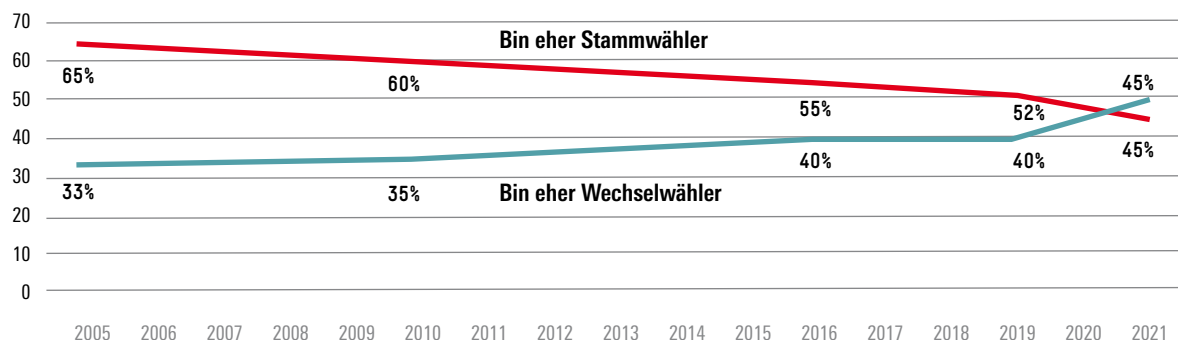
Anschließend arbeiteten die Wissenschaftler im Auftrag der Stiftung heraus, welche die Hauptkonkurrenten in jenem „weitesten Wählerkreis“ waren. Die Messung im Frühjahr 2021 zeigte, dass die CSU in einem scharfen Wettbewerb mit Grünen, FDP und Freien Wählern um die Gunst der Wählerinnen und Wähler stand. Die SPD schien ohne Bedeutung zu sein.

Dass hohe Maß an Bereitschaft, eine andere als die bevorzugte Partei zu wählen, ist ein Hinweis darauf, dass die bayerische Wählerschaft in Bewegung geraten ist. Die erklärten Wechselwählerinnen und -wähler hatten in Bayern die Stammklientel – auch der CSU verdrängt. 2005 bezeichneten sich noch 65 Prozent der Bayern als Stamm- und 33 Prozent als Wechselwählerinnen und -wähler. In den Folgejahren näherten sich die Anteile der beiden Wählertypen langsam einander an. Bis 2020. Dann kippte das Verhältnis. Abbildung 13 zeigt, dass auch Bayern kein Land vorhersehbarer Wahlergebnisse ist (Ferber/Jörg, 2021).

Beide Studien lagen in der Vorausschau auf das Wahlergebnis vollkommen daneben. Ein Schicksal, dass sie mit vielen vergleichbaren Prognosen teilen sollten. Das Elektorat war in den Wochen und Monaten vor dem Wahltag stärker in Bewegung, als dies die Vorhersagen vermuten ließen.

Die SPD beispielsweise holte in den Wochen vor der Bundestagswahl kräftig auf und lag am Ende selbst in Bayern mit 18 Prozent der abgegebenen Stimmen auf Platz zwei noch vor den Grünen, die etwas mehr als 14 Prozent der bayerischen Wählerinnen und Wähler von sich überzeugen konnten.

Abb. 13 Stamm- und Wechselwähler in Bayern ...



Basis: Mindestens Teilnahme bei wichtigen Wahlen (n=1.649), Differenz zu 100% = Weiß nicht(keine Angaben)



Kapitel 2

DER ERFOLG DER AfD ODER: VOM WEITERLEBEN RECHTSEXTREMISTISCHER EINSTELLUNGEN IN EINEM DEMOKRATISCHEN LAND

Wie konnte es passieren, dass bei den Bundestagswahlen 2017 Wählerinnen und Wähler in Scharen zur inzwischen offen rechtsextremen AfD wechselten? Die Wahlforschung erklärt: Es gibt in Deutschland ein stabiles rechtsextremes Wählerpotenzial. Doch woher kommt es? Wie kann es stabil bleiben, obwohl fast 70 Jahre lang keine rechtsextreme Partei auch nur Chancen hatte, Politik maßgeblich – also auch aus dem Bundestag – heraus mitzuprägen? 2017 wurde die AfD mit einem stattlichen Ergebnis in den Bundestag gewählt, 2021 erneuerten etwa genauso viele Wählerinnen und Wähler das Mandat für die Rechtsaußenpartei. Sozioökonomische Analysen können den Erfolg der Partei bestenfalls teilweise erklären. Welche Modelle sind besser geeignet? Die Antwort darauf ist in der Vergangenheit zu finden und was Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, Freundinnen und Freunde darüber so erzählen – und was nicht.

Das latent vorhandene Potenzial der Rechtsextremismus

Die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland ist eine demokratische Erfolgsgeschichte. Denn der politische Diskurs wurde seit ihrer Gründung zwar scharf und oft auch grundsätzlich ausgetragen. Die Mehrzahl der Akteure blieben jedoch im Streit über die gemeinsamen Werte verbunden, welche 1949 mit dem Grundgesetz gegen die Stimmen der CSU, der KPD, der rechtskonservativen Deutschen Partei und des Zentrums beschlossen wurden.

Die politische Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland besteht auch darin, dass sie ihre Gegner überlebt hat. Die KPD verschwand,

ehe sie verboten wurde, in der Bedeutungslosigkeit, die Sozialistische Reichspartei, eine Gründung von Nationalsozialisten, erreichte nie bundespolitische Bedeutung, viele derer, die in den 1960er Jahren die Republik von links attackiert hatten, integrierte die westdeutsche Parteienlandschaft später über die SPD und die Grünen. Der Aufschwung der rechtsextremen NPD reichte nicht bis zur Wahl in den Bundestag. Die linksradikalen Parteigründungen der 1970er Jahre führten zu nichts als zu irrelevanten Polit-Sekten – ehe sie teilweise zumindest über die neue Partei Die Grünen in das demokratische Spektrum an Parteien integriert wurden.

Dies gelang, weil die demokratischen Parteien der Bundesrepublik – man mag sie gutheißen oder nicht – die Erneuerung des Landes in Wellen

ermöglichten und auch nicht-parlamentarischen Institutionen wie Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Kirchen und Vereine Teil des politischen Systems und seiner Grundwerte wurden – und bis heute von wenigen Ausnahmen abgesehen auch geblieben sind.

Dass trotzdem immer wieder Parteien aus dem Spektrum des Rechtsextremismus Erfolge bei Landtagswahlen erzielten und mit der AfD zum zweiten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Rechtsextreme in den Bundestag einzogen (dem ersten Deutschen Bundestag gehörten die später zur Sozialistischen Reichspartei (SRP) übergetretenen Abgeordneten der Deutschen Reichspartei, Fritz Dorls und Fritz Rößler an).

Der Wahlforscher Manfred Güllner, Gründer des Meinungsforschungsinstituts Forsa, erklärte 2019 in einem Interview mit dem Deutschlandfunk, den Erfolg der AfD bei der Bundestagswahl 2017 trotz ihres damals schon klar erkennbar rechtsextremen Profils so: „Wir haben immer zehn, zwölf Prozent der Wahlberechtigten gehabt, die anfällig sind für ein rechtsradikales Weltbild“. Insofern, so der Meinungsforscher weiter, sei die AfD „keine neue Bewegung“. Sie komme nur in einem anderen Gewand daher.

Dass es trotz dieser Größenordnung des Potenzials nicht zu einer ständigen Präsenz einer entsprechenden Partei im Bundestag kam, erklärt er mit der fehlenden Attraktion entsprechender Parteien. „Dieses latent immer vorhandene Potenzial von Rechtsradikalen“ habe „nicht immer rechtsradikal gewählt [...], weil das Angebot ihnen nicht gefiel, die sind jetzt bei der AfD versammelt“ (DLF, 2019).

Die Fortdauer des Potenzials ohne eine stabile organisatorische Basis wirft freilich die Frage auf, warum sich die Bereitschaft, rechtsextrem zu wäh-

len über mehr als sieben Jahrzehnte in Westdeutschland gehalten hat? Warum ist das Potenzial in Ostdeutschland offenbar deutlich größer, obwohl der Antifaschismus in der DDR Teil der staatlichen Kultur war.

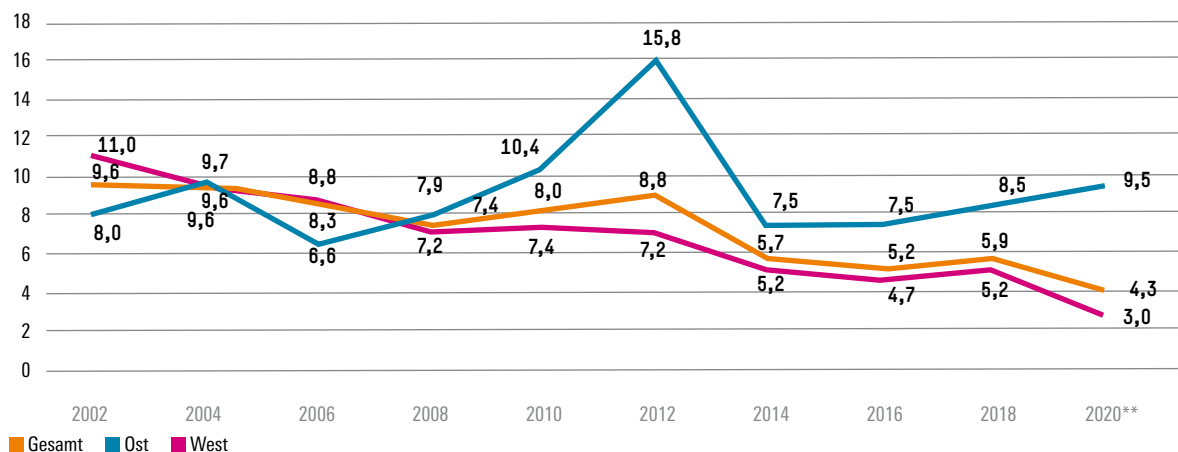
Seit 20 Jahren untersuchen die Sozialwissenschaftler Oliver Decker und Elmar Brähler, wie sich rechtsextremistische und autoritäre Einstellungen in der Bevölkerung entwickeln. Die Ergebnisse ihrer Forschungsreihe publizierten sie zunächst als „Leipziger Mitte-Studien“. Das erstaunt zunächst, gilt doch eigentlich die Mitte einer Gesellschaft als Stabilitätsanker des Staates. Doch Brähler und Decker kamen zu einem anderen Schluss. Sie zeigten mit jeder neuen Veröffentlichung ihrer Forschungsreihe, „dass rechtsextreme Einstellungen schon lange in der Mitte der Gesellschaft angekommen waren“. Es gebe, resümierten die beiden Forscher 2020, keinen solchen „Schutzraum der Demokratie, der durch klar abgegrenzte Ränder bedroht sei“.

Angesichts der von ihnen beobachteten Trends benannten sie von 2018 an ihre Studienreihe um und taufen sie „Leipziger Autoritarismus Studien“.

Die Gefahr des Rechtsextremismus aus der Mitte der Gesellschaft reicht weit über die Wahl, Unterstützung oder Mitgliedschaft in Parteien wie der AfD hinaus. Ein Beispiel für Decker und Brähler sind die sogenannten „Hygiene-Demonstrationen“ der Jahre 2020 und 2021, denen sich Menschen anschlossen, die entweder der Meinung waren, dass es keine Corona-Pandemie gäbe, die sie für eine Erfindung geheimer Mächte halten oder denen die von der Bundesregierung beschlossenen Einschränkungen des öffentlichen Lebens zu weit gingen.

Das Problem werde nicht sichtbar, weil sich Menschen gegen eine vermutete oder tatsächliche

Abb. 14 Anteil an Befragten mit geschlossen rechtsextremem Weltbild 2002-2020 (in%)



Pearsons Chi-Quadrat: **p<01, signifikanter Unterschied zwischen Ost und West in 2020, **py01, signifikanter Unterschied zwischen 2018 und 2020 für Gesamtdeutschland

Quelle: Decker/Brähler, 2020

Hans Böckler
Stiftung



„Instrumentalisierung der Krise“ wendeten. „Vielmehr sehen die Demonstrierenden verschiedenste geheime Organisationen am Werk, die aus dem Hintergrund das Geschehen lenken würden.“

Dies lege frei, so Decker und Brähler weiter, „was sich in jeder Erhebungswelle unserer Studie gezeigt hat: wie weit verbreitet die antidemokratische Orientierung in der Gesellschaft ist, auch wenn die Menschen keiner rechtsextremen Partei oder Organisation angehören“.

In der Auswertung der Befragungsergebnisse unter 2.503 repräsentativ ausgewählten Teilnehmerinnen und Teilnehmern differenzieren die beiden Wissenschaftler zwischen „Trägerinnen und Trägern“ eines „geschlossen rechtsextremen Weltbildes“ und eines latenten rechtsextremen Weltbildes.

Die gute Nachricht ihrer zwei Jahrzehnte einschließenden Forschung: Der Anteil der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger mit einem solch geschlossenen rechtsextremen Weltbild ist seit dem Beginn ihrer Untersuchungen rückläufig.

Das gilt allerdings nicht für die Jahre nach der Aufnahme Hunderttausender Geflüchteter und vor allem nicht für Ostdeutschland. Inmitten der Euro-Krise stieg der Anteil der Bundesdeutschen, die sich zu allen Themen – Führerstaat, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Verharmlosung der NS-Diktatur – bekannten, in Deutschland auf 7,2 Prozent, nach einem Rückgang in der sogenannten Flüchtlingskrise und nach der Wahl der AfD in den Bundestag auf 5,9 Prozent, ehe er in der aktuellen Studie aus dem Jahr 2020 auf 4,3 Prozent abgesunken ist. Ein bedeutender Rückgang, denn 2002 stellten die beiden Sozialwissenschaftler noch bei 9,6 Prozent die Diagnose, sie seien Rechtsextremisten. (Abb. 14)

In Ostdeutschland hat die Entwicklung einen anderen Verlauf genommen. Ab Mitte des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts stieg der Anteil der bekennenden Rechtsextremen von 6,6 Prozent stetig an und erreichte bei der Erhebung 2012, im Umfeld der Euro-Krise, einen Wert von 15,8 Prozent. Mit dem Abklingen der Krise fällt das Barometer des Rechtsextremismus wieder auf 7,5 Prozent, legt seither jedoch in den Untersuchungen stetig zu und erreichte 2020 einen Wert von 9,5 Prozent. Oder anders gesagt: Jede oder jeder zehnte Ostdeutsche lebt sein Leben und trifft Entscheidungen aufgrund einer rechtsextremen Einstellung.

„Der starke Anstieg [...] zum Messzeitpunkt 2012“ deute darauf hin, dass „in den latenten Zustimmungswerten ein größeres, unter bestimmten historischen Umständen mobilisierbares Potenzial steckt“. Die von „latent Rechtsextremen“ ausgehenden Gefahren für die Demokratie dürften nicht unterschätzt werden, so die Leipziger Forscher. „Auch eine hohe Zustimmung in nur einer oder zwei Dimensionen ist eine Gefährdung der Demokratie“.

Tatsächlich ist die Ablehnung des demokratischen und antifaschistischen Konsenses in Deutschland weiter verbreitet, als der Indexwert für geschlossen rechtsextreme Sichtweisen zeigt. Schließlich kann nicht von einem gefestigten demokratischen Weltbild ausgegangen werden, wenn Menschen angeben, sie wüssten nicht so genau, ob Deutschland ein Führerstaat werden müsse oder ob die Deutschen eine anderen Völkern überlegene Rasse seien. Zählt man solche unentschiedenen Frauen und Männer zu den überzeugten Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten hinzu, zeigt sich, wie groß der Resonanzraum ist, aus dem eine Partei wie die AfD



schöpfen kann: So waren 2020 mehr als 38 Prozent der Befragten der Meinung (oder lehnten dies nicht ab), Deutschland brauche jetzt „eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“, 58 Prozent folgten der Behauptung, „die Ausländer“ kämen nur, um „unseren Sozialstaat auszunutzen“, fast 35 Prozent halten in irgendeiner Weise den „Einfluss der Juden“ für zu groß, mehr als die Hälfte der Deutschen teilen die Überzeugung, Deutschland sei „überfremdet“, über 30 Prozent halten die Deutschen gegenüber anderen Völkern „von Natur aus als überlegen“ und ein Viertel teilt die Behauptung (oder widersprechen ihr nicht), dass der „Nationalsozialismus auch seine guten Seiten gehabt“ habe.

Ganz gleich, welcher der Werte einzeln betrachtet wurde: Die Zustimmung unter den ostdeutschen Befragten lag signifikant höher als die in Westdeutschland gemessenen Werte (Decker/Brähler, 2020).

Die Hälfte der Deutschen stimmt der These zu, dass Deutschland wieder die Macht und Geltung haben soll, die ihm zusteht

Als der Philosoph Johann Gottlieb Fichte in seine 1808 veröffentlichten „Reden an die deutsche Nation“ einführt, entwarf er das Bild eines niedergeworfenen Deutschlands, dessen Regierungen und Fürsten der „Selbstsucht“ anheimgefallen seien, sie hielten die „Zügel nur noch zum Schein in ihre Hand“, ja diese seien durch „eine fremde Hand gelenkt und geleitet“. Er appellierte an die „gebildeten Stände und ihre Nachkommen zum Volke zu werden“. Durch Bildung – „Nationalbildung“ – sollte ein neues Deutschland entstehen. „Der belebende Odem der Geisterwelt hat noch nicht aufgehört zu wehen. Er wird auch unseres Nationalkörpers erstorbene Gebeine ergreifen und sie aneinanderfü-

gen, dass sie herrlich dastehen in neuem und verklärtem Leben“ (Fichte, 1808).

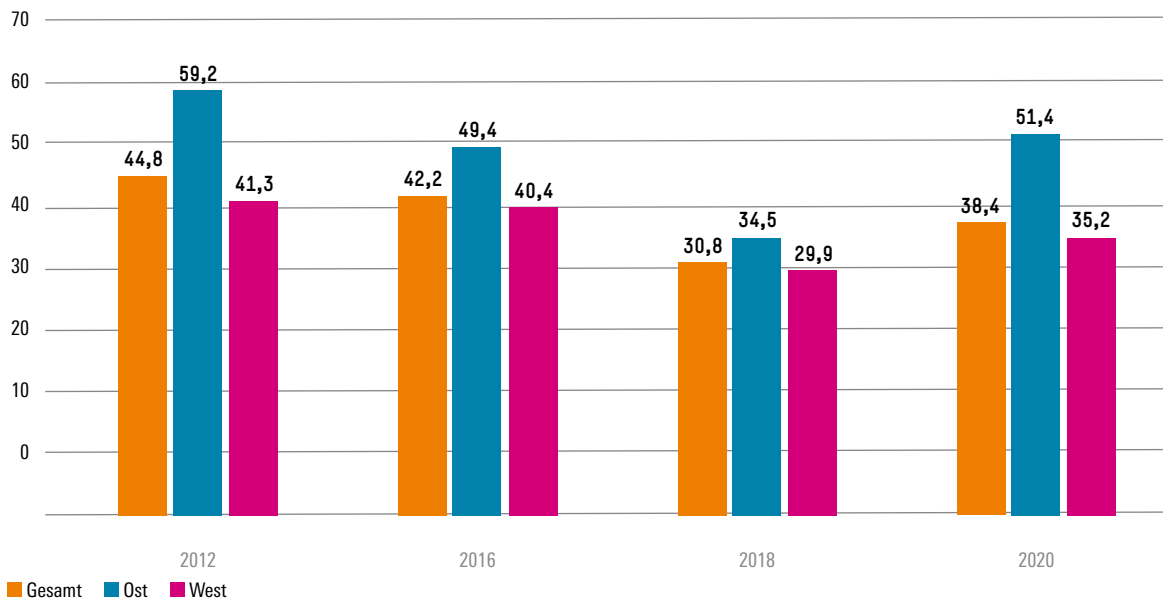
Die Idee, dass Deutschland darniederliegt und es neue Größe durch Überwindung seiner Feinde erreichen könnte (im Fall von Fichte war es das französische Kaiserreich unter Napoleon Bonaparte) trägt über die Geschichte von einer Generation zur nächsten. Sie schien mit der Krönung des preußischen Königs Wilhelm I. zum deutschen Kaiser in Versailles für viele Wirklichkeit geworden zu sein. Abgeschlossen hatten die Deutschen mit der Vorstellung, von Feinden an den Außengrenzen umgeben zu sein, nicht. Das Motiv findet sich wieder in der (nachträglich) aufgezeichneten Kriegserklärung Wilhelm II. von 1914: „Nun aber will man uns demütigen. Man verlangt, dass wir mit verschränkten Armen zusehen, wie unsere Feinde zu tückischem Überfall rüsten. [...] Es muss denn das Schwert entscheiden“ (Kaiser Wilhelm II., 1914).

Nach der Niederlage 1918 und der Kapitulation des Deutschen Reiches sehnten sich Konservative und Rechtsradikale nach der Wiederherstellung deutscher Größe. Dies führte direkt in den Nationalsozialismus, zur Militarisierung des Ruhrgebietes, der Landnahme an der Saar, der Besetzung Österreichs, der Zerschlagung Tschechiens und in den Zweiten Weltkrieg.

Als Frankreich im Sommer 1940 kapituliert hatte, war für die Mehrheit der Deutschen der Wunsch nach Größe scheinbar wieder einmal in Erfüllung gegangen. Der Historiker Joachim Fest schreibt über die Stimmung in Deutschland im Sommer 1940: „[...] auch die Deutschen selber, als wie sinnlos sie den Krieg zunächst empfunden“, hätten in der Kapitulation Frankreichs „einen Akt von geradezu megapolitischer Gerechtigkeit“ gesehen „und feierten, nicht ohne innere Bewegung, den Augenblick des ‚wiederhergestellten Rechts‘“ (Fest, 2019).

Und der Dresdner Victor Klemperer, Romanist,

Abb. 15 Manifeste Verschwörungsmentalität 2012, 2016, 2018 und 2020 über drei items zusammengefasst (in %)



Signifikante Unterschiede zwischen Ost und West in den Jahren 2012, 2016 und 2020, Chi-Quadrat: $p < 0,1$; 2012 zu 2020, 2016 zu 2020 und 2018 zu 2020: signifikante Unterschiede für Gesamtdeutschland, Chi-Quadrat: $p < 0,1$

Quelle: Decker/Brähler, 2020

Hans Böckler
Stiftung

Literaturwissenschaftler, als Jude zu Untätigkeit verdammt, aus seinem Haus vertrieben, notiert in seinem Tagebuch über die Stimmung in seinem Verbannungsort, dem „Judenhaus“: „Im Judenhaus spiele ich die Rolle des Optimisten“. Er meint damit die Hoffnung, Nazideutschland und seine Armeen würden an England scheitern. Doch er ist angesichts der Erfolge der Deutschen in Polen und Frankreich voller Zweifel. „Aber ganz sicher bin ich meiner Sache nicht“ (Nowojski, 2015).

Bis in die Gegenwart hat sich die Sehnsucht nach der Größe Deutschlands erhalten. Fast zwei Drittel der für die Leipziger Studie Interviewten wünschten den Deutschen mehr Mut „zu einem starken Nationalgefühl“. Und einer von zwei Befragten stimmte der Aussage zu, „oberstes Ziel deutscher Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm“ – warum auch immer – „zusteht“ (Decker/Brähler, 2020).

Corona-Proteste legen verbreitete Verschwörungsmentalität offen

Kennzeichnend für die Frage, wie die Wahlbevölkerung auf das politische Leben im eigenen Land blickt, sind auch die Ergebnisse aus der Befragung nach der Verschwörungsmentalität im Rahmen der Leipziger Studie. Nach Jahren des Rückgangs hat diese „im Vergleich zu 2018 in diesem Jahr wieder zugenommen“. Danach waren etwas mehr als 30 Prozent der Befragten überzeugt, dass „die meisten

Menschen“ nicht erkennen, „in welchem Ausmaß unser Leben durch Verschwörungen bestimmt wird, die im Geheimen ausgeheckt werden“. Fast 40 Prozent stimmten der Behauptung zu, es gebe geheime Organisationen, „die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben“. Und ein Drittel halten „Politiker und andere Führungspersonlichkeiten“ für „Marionetten der dahinterstehenden Mächte“.

Die Demonstrationen gegen die Politik zur Eindämmung der Corona-Pandemie haben die Verbreitung der Verschwörungsmentalität in der ganzen Bevölkerung sichtbar gemacht. Eine Gruppe von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler schreibt zur Auswertung des Verschwörungsfragebogens: „Hier kommen Menschen zusammen, die auf der bewussten Ebene eigentlich unterschiedliche politische Ansichten vertreten, die aber durch ihre Verschwörungsmythologien und Aberglauben geeint sind“. Die Proteste hätten, so die Analyse weiter, das Ausmaß des in der Bevölkerung verbreiteten Irrationalismus sichtbar gemacht. „Nun werden sie politisch relevant“ (Decker et al., 2020).

Auch die Auswertung einer Panel-Befragung, erhoben im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung durch das Forschungsinstitut Kantar, mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zeichnet ein vergleichbares Bild. Der Autor der Auswertung, Andreas Hövermann, schreibt dazu im Sommer des Wahljahres 2021: Es habe sich gezeigt, dass „zwischen 20 und 43 Prozent“ der Befragten Verschwörungsmythen für bare Münze nehmen.



DIE AfD IN OSTDEUTSCHLAND: „ES GIBT HIER KEINE BRANDMAUER“

Das erste Jahrzehnt der Vereinigung der beiden deutschen Staaten war für Hunderttausende keine gute Zeit. Sie verloren ihre Arbeit, ihre Wohnungen und rutschten Schritt für Schritt in die Sicherheitssysteme des Sozialstaates ab. Sie protestierten dagegen – auch bei Wahlen. 1998 zog die rechtsextreme DVU mit fast 13 Prozent in Sachsen-Anhalt in den Landtag ein. Seither sind rechtsextreme Parteien, die NPD und die AfD eingeschlossen, in nahezu allen ostdeutschen Landtagen ständig vertreten. Warum waren Rechtsextreme in Ostdeutschland so früh erfolgreich? Ein Gespräch mit dem DGB-Vorsitzenden von Sachsen, Markus Schlimbach, über das Demokratieverständnis zwischen Erzgebirge und Ostsee.

Hilmar Höhn: Markus, wenn du auf die Entwicklung von Gesellschaft und Politik in Sachsen blickst, gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Rechtstrend bei Wahlen und dem gewachsenen Wohlstand?

Markus Schlimbach: Der Wohlstand ist gewachsen, überall hängen Handwerker und Unternehmen Schilder ans Tor, dass sie Fachkräfte suchen. Das schafft Sicherheit. Die Kehrseite ist die große Verlustangst. Die hat sich in den letzten Jahren, genauer seit der Einwanderung Hunderttausender Flüchtlinge aus dem Nahen und Mittleren Osten, breit gemacht. Es herrscht verbreitet das Gefühl: „Da kommen welche, die uns was wegnehmen.“

Dossier: Ich verstehe den Zusammenhang nicht. Die Lage ist stabil. Wirtschaft und Arbeitsmarkt prosperieren nicht erst seit gestern, sondern seit Jahren.

Schlimbach: Das ist nicht der Punkt. Viele Menschen haben Angst, dass die Erfolge, die sie sich mühsam nach 1990 erarbeitet hatten, plötzlich wieder verlieren könnten. Man darf nicht vergessen, dass sie die Wende als Verlust erlebten. Dann haben sie sich ihr Leben wieder aufgebaut, sie fanden ihren Platz, hatten eine Arbeit gefunden. 25 Jahre später tauchten die Flüchtlinge auf und die verschütteten Verlustängste wurden wieder wach.

Als Bedrohung von außen werden auch Westdeutsche wahrgenommen, selbst die Corona-Pandemie wird so wahrgenommen. Etwas kommt von außen und bedroht uns.

Ich sehe einen weiteren Grund, warum die Rechtsextremen in Ostdeutschland erfolgreicher sind als im Westen unserer Republik: Es gibt hier keine Brandmauer gegen Rechtsextremismus. Die Redensart ist: Die sind ja nicht verboten, die dürfen ihre Meinung sagen, auch öffentlich. Wer das kritisiert, dem wird unterstellt, er wolle die Meinungsfreiheit einschränken.



„DIE RECHTEN WOLLEN, DASS IN KITAS AUCH „GERMANI- SCHE FEIERTAGE“ EINGE- FÜHRT UND „GERMANISCHE RITEN“ GEFEIERT WERDEN. “

Dossier: Der Rechtstrend ist ein Nachhall aus dem Jahrzehnt nach der Wende?

Schlimbach: Der Verlust wirkt nach. Die 1990er Jahren waren geprägt von Abwanderung, Arbeitsplatzverlust, tiefgreifenden Veränderung in der Arbeitskultur, die Menschen bekamen neue Chefs, mussten sich neue Wohnungen suchen, man bekam neue Telefonnummern oder überhaupt ein Telefon.

Dossier: Sie mussten mit einem vollkommen neuen Rechtssystem zurechtkommen.

Schlimbach: Ja. Es gab natürlich auch diese neue Freiheit. Wir Ostdeutschen konnten nun reisen, wohin wir wollten, es gab Autos in Hülle und Fülle. Aber viele wurden über das Ohr gehauen. Man drehte ihnen Schrottautos an, überflüssige Versicherungspolicen, es gab viele Möglichkeiten, übers Ohr gehauen zu werden. Das landete im übertragenen Sinn in einem großen Topf. An dessen schwer verdaulichem Inhalt arbeiten viele Ostdeutsche noch heute. Ein Ergebnis ist die verbreitete Ablehnung von allem Fremden, weil die uns das Unglück gebracht haben.

Dossier: In diesem Umfeld tauchen nach der Wende dann Nazis auf. Ihre fremdenfeindliche Propaganda fällt auf fruchtbaren Boden ...

Schlimbach: Fremdenfeindlichkeit gab es auch schon in der DDR. Ich erinnere an die „Halbungsbedingungen“ von Vertragsarbeitern aus Vietnam oder Mosambik. Die waren gruselig. Der SED-Staat war auch ein fremdenfeindliches System. Die Bedrohung von außen, vom Fremden, war Teil des Systems. Das traf auch „die Russen“. Die werden bis heute so bezeichnet. Der Rassismus und die Fremdenfeindlichkeit überdauerten die Wende.

Auch das Ordnungsverständnis hat in vielen Fällen seine Wurzeln noch in der DDR. In diesem Staat waren alle „noch ordentlich“, man wusste, was man zu tun hat, Lebenswege waren festgelegt. Übrigens: Neonazis gab es auch schon in der DDR.

Dossier: Wahlanalysen zeigen: Viele junge Männer tendieren besonders nach Rechtsaußen.

Schlimbach: Na ja, viele junge Frauen gingen weg. In „den Westen“. Sie hatten die besseren Noten, sie wollten nach der Wende nicht hier-

bleiben, sie suchten für sich eine Perspektive. Und die Jungs blieben zurück, beziehungsweise sie sind diejenigen, die mit ihrer halbstarken Art und Weise Anklang finden. Abends trifft man sich an der Tankstelle im Dorf und verbringt gemeinsam den Abend.

Dossier: Deswegen wird man aber nicht unbedingt rechtsextrem.

Schlimbach: Nein, da spielt pubertäre Abgrenzung gegenüber den Eltern eine Rolle, mit deren Arrangement mit dem neuen System sie nicht zufrieden sind. Und die sagen nichts dazu ...

Dossier: Auch wegen der von dir angesprochenen falsch verstandenen Meinungsfreiheit?

Schlimbach: Ja. Oder es wird verharmlost. Ich erinnere mich an eine Reportage, in der ein Journalist eine ältere Frau fragt, warum so viele Jungs im Dorf eine Glatze tragen. Antwort: Unser Friseur kann nur diese eine Frisur.

Dossier: Nun schlägt sich das in Wahlergebnissen für die AfD nieder.

Schlimbach: Das Weltbild der Rechten hat sich verfestigt. Sie sind älter, die Militanz ist nicht mehr da. Aber man beschäftigt sich in diesen Kreisen nun mit rechtsextremer Ideologie. Das Kulturbüro Sachsen hat ein Projekt gemacht, bei dem Erzieherinnen und Erzieher in Kindertagesstätten mit den Symbolen und Zeichen der Rechtsextremen vertraut gemacht wurden.

Dossier: Das Hakenkreuz ist doch bekannt.

Schlimbach: Ja, aber das geht weiter. In immer mehr Kitas kommt es vor, dass Eltern etwas dagegen haben, wenn christliche, muslimische oder jüdische Feiertage begangen werden. Sie wollen, dass auch „germanische Feiertage“ eingeführt und „germanische Riten“ gefeiert werden. Das sind keine Einzelfälle. Das Ergebnis ist: Es werden gar keine religiösen Feste mehr gefeiert.

Dossier: Ein praktizierender Agnostiker könnte auf die Idee kommen, das ist gar nicht verkehrt?

Schlimbach: Das ist verkehrt. Denn da ist dieses Wegtauchen. Bloß nicht anecken. Die Rechten sind vom Straßenkampf zum Kulturkampf übergegangen. Sie sind Teil der Zivilgesellschaft. Und deswegen ist es einfach schlimm, dass Nazis diktieren, was in der Kita stattfinden darf und was nicht.

In Plauen betreibt die Neonazi-Organisation „III. Weg“ in einem sozial schwierigen Stadtteil aktive Sozialarbeit. Sie haben ein Haus, das erkennt man an den verdunkelten Fenstern. Es gibt eine Tafel, eine Kleiderkammer, Sportangebote für Kinder wie Kickboxen und Fußball, Familien können dort Kindergeburtstage feiern. Man nutzt einfach alle Angebote. Im selben Stadtteil versucht eine Kirchengemeinde, alternative Angebote zu machen. Ich habe das erlebt: Ein Kind erzählt dort freudestrahlend, dass es demnächst Geburtstag feiert, im „III. Weg“, weil die dort so einen schönen, großen Raum haben.

Dossier: Vielleicht täusche ich mich, aber in Westdeutschland würde das nicht lange funktionieren.

Schlimbach: Ich habe ja schon eingangs erwähnt: Für zu viele im Osten heißt Meinungsfreiheit, dass alle ihre Existenzberechtigung haben, es gibt keine Form der Abgrenzung, das reicht bis in die Medien hinein. Dass der DGB ins Sachsen keine AfD-Politiker und -Politikerinnen zu Diskussionen einlädt, wird ständig kritisiert. Das war schon bei der NPD so, als die noch mit Fraktionsstärke im Landtag saß. Bei vielen hat die DDR und ihre Überwindung den Nachklang hinterlassen, dass heute alles erlaubt ist, was nicht verboten ist. Für zu viele ist das eine Übersetzung von Demokratie.

Dossier: Warum fasst die SPD in vielen ost-deutschen Bundesländern, in denen zwei Jahrzehnte lang die soziale Frage im Fokus stand, keinen Fuß? Auch andere demokratische Parteien tun sich schwer.

Schlimbach: Die Gewerkschaften im DGB haben zehnmal mehr Mitglieder als alle Parteien zusammen. Nur 25.000 Frauen und Männer von den vier Millionen Einwohnern und Einwohnerinnen in Sachsen sind Mitglied einer Partei. Parteien sind höchst unbeliebt, auch weil sie zu dem gehören, was aus dem Westen kommt. Radeberg wird seit 25 Jahren von einem SPD-Bürgermeister regiert. Aber die Partei hat kaum Mitglieder dort.

Dossier: Wie informieren sich die Bürgerinnen und Bürger über Politik und Parteien?

Schlimbach: Die Supermarktanzeigen werden intensiver studiert, denn da sind Schnäppchen drin. Bei Parteien finden sich keine Schnäppchen in den Programmen. Vielleicht ist es Verzweiflung, aber manche Politikerinnen und Politiker bedienen sogar das, was „das Volk“ angeblich verlangt. Der Ministerpräsident reist nach Russland und erklärt, er habe dessen Präsidenten Wladimir Putin nach Sachsen eingeladen und dass sich die Sachsen sich freuen würden, wenn er kommen würde. Bei den Linken und bei den Rechten lebt dieses Bild vom sozialistischen Bruderstaat weiter. Ungeachtet der Tatsache, dass Russland ein rechter, klerikaler, autoritärer Staat ist, ist die Meinung sehr verbreitet, dass man die Beziehungen dorthin weiter entwickeln müsse. Man bewundert Putin dafür, dass er sich nicht mit einem Parlament herumschlagen muss. Wenn er was sagt, dann passiert es auch. Es gibt den sehr verbreiteten Wunsch nach starken Persönlichkeiten und nach einer starken Führung. Das ist eine bei vielen sehr verfestigte Vorstellung.

Dossier: Vielen Dank für das Gespräch.



„BEI DEN LINKEN UND BEI DEN RECHTEN LEBT DIESES BILD VOM SOZIALISTISCHEN BRUDERSTAAT SOWJETUNION WEITER. MAN BEWUNDERT PUTIN DAFÜR, DASS ER SICH NICHT MIT EINEM PARLAMENT HERUMSCHLAGEN MUSS.“



„DIE FEIERN HIER DEN 20. APRIL!“

Freital in Sachsen ist eine junge Stadt. Am 1. Oktober 1921 entstand sie aus dem Zusammenschluss dreier Gemeinden: Deuben, Döhlen und Potschappel. Die Industriestadt galt in der Weimarer Republik als Hochburg der SPD, Freital war die einzige Stadt in Sachsen, die von einem Oberbürgermeister mit SPD-Parteibuch geführt wurde. Das Sozialwesen war in städtischer Hand, seine Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger frei. Genossenschaftlicher und kommunaler Wohnungsbau prägten die Wohnverhältnisse. Freital, in dem angeblich jede zehnte Bürgerin oder jeder zehnte Bürger SPD-Mitglied war, organisierte die Partei über Vereine das Freizeitleben in der Stadt (Wikipedia, 2021).

Davon ist nichts mehr übrig. Im „Spiegel“ schrieb der Politikwissenschaftler Franz Walter über die rote Tradition der Stadt: „Als die kleine Truppe der neuen Freitaler Sozialdemokratie – zwanzig etwa – Anfang 1990 ihren ersten Wahlkampfstand in der Stadt aufstellte, wurde sie ausgebuht, angepöbelt, als ‚rote Schweine‘ beschimpft. Der Ausgang der ersten freien Wahlen nach etlichen Jahrzehnten zur Volkskammer im März 1990, wurde dann zum Desaster, gleichsam zum historischen Menetekel für die Sozialdemokratie in Freital. 9,8 Prozent der Stimmen bekam

die SPD hier in ihrer früheren Hochburg“ (Walter, 2015).

Heute ist Freital eine Hochburg der Rechtsextremen, bei der Bundestagswahl 2021 geben fast 30 Prozent der Freitaler der AfD ihre Zweitstimme, noch einmal fünf Prozentpunkte mehr als 2017. Für die CDU, seit der Wende bis 2017 dominierende Kraft in der Industriestadt, blieb nur Platz zwei mit 17,1 Prozent der Stimmen übrig. Die SPD, über Jahre abgeschlagen, erzielte mit 15,5 Prozent das drittbeste Ergebnis unter den Parteien in Freital.

Peter Welzel ist eine Institution in Freital: 1960 geboren, gelernter Wärmebehandlungstechniker, Ingenieur und Betriebsratsvorsitzender im Edelstahlwerk Freital. Er blickt im Gespräch für dieses Dossier auf 30 Jahre wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Entwicklung in Freital zurück:

„Zu DDR-Zeiten waren wir hier 6.000 Beschäftigte, es gab mehr Öfen, aber wir hatten auch drei Kindergärten, eine eigene Poliklinik, zwei Kinderferienlager und Hotels, es gab eigene Schuhmacher, eine Getränkeproduktion und Einkaufsstellen. Das kannst du dir vorstellen wie eine kleine Stadt.“

Ich habe in Dresden gewohnt. 1989 habe ich dort für die Wende demonstriert. Hier in Freital war es da-



„DIE JUNGEN KOMMEN AUS DEM WESTEN NICHT MEHR ZURÜCK.“

gegen noch ruhig, auch im Stahlwerk. Da heißt es ja, der Stahl muss kommen, es ist egal, was läuft, der Stahl muss kommen.

Als die Wende dann kam, wurde ich Betriebsratsvorsitzender. Das hat sich so ergeben. Vorher hatte ich mit Betriebsrat, bei uns waren das Betriebsgewerkschaften, nichts zu tun.

Nach der Wende wurde das Werk privatisiert. Danach waren wir noch 650 Beschäftigte. Von der kleinen Stadt war nichts mehr übrig.

Ich saß vor Kollegen, ich war 30, die waren doppelt so alt wie ich, manchmal jünger. Meinen eigenen Vater habe ich in Rente geschickt. Immerhin haben sie eine ungeschmälerte Rente bekommen. Aber weißt du, Geld ist zwar wichtig, aber es ist eben nicht alles. Wir waren hier eine gute Gemeinschaft. Die Truppen haben untereinander gut funktioniert, die haben sich gegenseitig geholfen, der eine kannte den, der hatte das.

Dann sitzt du vor den Kollegen, ich hab zusammen mit denen geheult, die Gespräche waren furchtbar. Arbeit hatte einen enormen Stellenwert in der DDR. Und dann hieß es ab 1991: Alle mit 55 gehen raus. Da gingen Freundschaften in die Brüche, der einen konnte bleiben, drei, vier Freunde mussten gehen.

Mein eigener Vater ist den ganzen Tag mit dem Fahrrad herumgefahren, der ganze Lebenssinn war weg.

Wenn man mit vollen Bezügen in Rente geht, das ist ein komisches Gefühl. Das Geld wird ja irgendwo verdient. Aber die Rente wurde nicht als gleichwertiger Ersatz zur Arbeit gesehen. Die Arbeit stand im Mittelpunkt des Lebens und der Gesellschaft. Und plötzlich ist der Arbeitsplatz weg und eine Leere da und im Le-

ben keine Gemeinschaft mehr.

Die Treuhand hat zwei Mal gesagt, wir schließen das Werk. Da haben wir es besetzt. Wir sind zum Flughafen gefahren mit Bussen, die IG Metall hat das organisiert. Dort haben wir Kurt Biedenkopf abgepasst, damals Ministerpräsident in Sachsen. Er hat sich an die Spitze der Bewegung gestellt. Die IG Metall, also der Bezirksvorsitzende Hasso Düvel, die hat ganz viel erreicht, die haben um jeden Arbeitsplatz gekämpft. Düvel war kein politischer Freund von Biedenkopf. Aber gemeinsam haben sie trotzdem enorm viel bewegt.

Am Ende hat sich der heutige Eigentümer, die Familie Winterhager gemeldet und das Werk übernommen. Heute ist es Teil eines weltweiten Netzwerkes von Stahlstandorten. Wir arbeiten viel für die Automobilindustrie.

Auch die ganz Jungen mussten gehen, die sind in den Westen, von dort kommen sie auch nicht mehr zurück, nur sehr wenige kommen wieder. Die meisten sind für Freital verloren. Halten konnten wir die Generation um die 30 oder 40. Sie hatten Berufserfahrung und noch einige Jahrzehnte vor sich.

Freital ist eine Industriestadt. Und dann gehen plötzlich bei uns 5.500 Arbeitsplätze kaputt, im nahen Prüfgerätekwerk waren es 1.100, in der Plastefabrik ähnlich viele. Als es darum ging, um unsere Arbeit und Zukunft zu kämpfen, haben wir alle zusammengehalten. Selbst die, die wussten, dass ihre Arbeitsplätze schon weg waren, alle sind rausgegangen. Das war ein Moment von Stolz und Würde.

Aber dann war da der Zusammenbruch der Industrie, die eine Welt war. Die Menschen, die arbeitslos wurden, wie haben die das aufgefasst? Die haben gesagt, ich bin nichts wert, ich bin arbeitslos, ich bin nichts wert. Ich finde mich nicht in der Gesellschaft wieder, in der doch jeder arbeiten können soll, sein Leben verdienen. Das Gefühl war, die – also die Manager von der Treuhand – haben uns die Arbeit weggenommen. Das kam von außen. Das waren Fremde für uns. Diese Geschichte mit der AfD, die hat ihren Ursprung in dieser Zeit. Es kamen wieder Fremde. Es gibt da

eine große Ablehnung. NPD und später die AfD konnten darauf bauen. Die Leute fühlten, dass auch die CDU-Landesregierung sie nicht beschützen konnte. Aber die von der NPD, später von der AfD, die waren da. Andere Parteien, auch die SPD, waren nicht präsent, die waren einfach nicht da.

Dazu kommt: Die SPD ist rot, die Linke ist rot. Rot mögen die Leute nicht mehr, das hatten sie in der DDR. Sie lehnen alles Rote ab.

Es gibt hier eine Art gemeinsame Erinnerung im Osten: Uns wurde die Arbeit weggenommen und man wird für wertlos erklärt.

Heinz Kriwet war damals Chef der Thyssen AG. Der hat in der ‚FAZ‘ geschrieben: Das Halten der ostdeutschen Stahlbetriebe ist so überflüssig wie ein Kropf am Hals. Dem habe ich einen Brief geschrieben, wir haben uns gefetzt, am Ende hatte er alles nicht so gemeint. Thyssen war auch an uns dran. Die haben mit uns eine Vertriebsgesellschaft aufgebaut. Als sie unsere Kundenlisten hatten, war alles wieder zu Ende.

Es gab natürlich auch andere wie eben die Winterhagers. Eine sehr christliche, sehr anständige Familie. Die waren keine Glücksritter oder Ausbeuter. Die haben gesagt: Wir kommen, weil hier gute und hoch ausgebildete Fachleute haben.

Heute liegt die Arbeitslosigkeit in Freital bei sechs, sieben Prozent.

Wenn ich noch mal auf die politische Landschaft in Freital schaue, ... da ist was in Bewegung. Wir hatten einen Bürgermeister von der CDU. Der ist jetzt ausgetreten. Der will mit den Stimmen der AfD-Wählerinnen und -Wähler wieder gewählt werden. Politische Bindungen sind hier nicht sehr stark.

Die CDU war immer gegen rot. Die haben diese Ablehnung in der Bevölkerung noch verstärkt. Aber auch sie ist nicht präsent. Vor der Bundestagswahl war der CDU-Kandidat einmal hier. Dann hat er sich nicht mehr sehen lassen.

SPD und Linke haben kaum Organisationskraft. Ich selbst bin auch nicht Mitglied in einer Partei. Ich kenne niemand im Werk, der bei irgendeiner Partei vorneweg läuft.

2013 und 2017 ist dann richtig was ins Rutschen gekommen hier. Da kam plötzlich die Pegida-Bewegung auf, die dürfen ja immer noch ihre einfachen Botschaften verbreiten, die AfD ist der politische Arm. Am Beginn stand die Öffnung der Grenzen für Ausländer. Dann ging das los mit den Diskussionen, auch hier im Betrieb, das war eine Katastrophe. Viele waren pro Pegida, furchtbar. Ich behaupte auch, dass die AfD im Betrieb ist, zumindest in den Köpfen, ganz tief drinnen.

Dabei geht es den Menschen hier sehr gut. Denen geht es klasse hier. Sie haben ein gutes Einkommen, für Ostverhältnisse ein sehr gutes Einkommen.

Aber die Menschen haben diese Verlustängste, die sitzen ganz tief. Fremde sind eine Bedrohung, das steckt ganz tief drin. Es stört sie nicht einmal, dass ihre Söhne und Töchter, Brüder und Schwestern in den Treuhandjahren zu Tausenden selbst als Fremde in den Westen gezogen sind.

Woher die Aggression kommt, der Hass? Ich kann es nicht erklären, ich kann es wirklich nicht erklären. Man sagt, die Ausländerinnen und Ausländer kommen hierher, sie bekommen Hartz IV und haben nichts dafür getan. Die haben nichts eingezahlt und haben ein Handy. Viele fragen sich: Wie geht das denn? Das Gefühl ist so, dass man sich im Vergleich zu den Eingewanderten schlecht behandelt fühlt. Die bekommen was, haben nichts dafür getan. Und denen, die hier leben, hat man die Arbeit und die Würde genommen. So sehen viele das. Sie haben Angst, dass diese Fremden ihnen wieder was wegnehmen.

Diese extreme Haltung ‚ich habe recht‘, alles andere zählt nicht, das tut mir in der Seele weh, ich lebe doch seit 30 Jahren mit Kompromissen, es geht nicht anders. Wir hatten schwierige Jahre. Aber am Ende hat es sich doch für viele, für die ganze Stadt gelohnt, dass wir all diese Kompromisse geschlossen haben.

Sporadisch geht es jetzt wieder los, dass sich Belegschaften organisieren, in der Uhrenfabrik Glashütte zum Beispiel. Da geht wieder was für die IG Metall, da wird Solidarität wieder wach.

Die AfD sitzt hier tief drin in der Stadt, obwohl sich

„ES FEHLEN ORTE FÜR DIE JUGEND.“



die Partei ganz nach rechts entwickelt hat. Das kümmert keinen. Sie stellen die stärkste Fraktion im Stadtrat. Das verstehen die als Bestätigung für ihren rechten Kurs. Es gibt viele Spätaussiedler und Spätaussiedlerinnen aus Russland, die wurden alle in einem Neubaugebiet zusammengepfercht. Das schafft Probleme, denn die sozialisieren sich so nicht in der Stadt.

Aber Ausländerinnen und Ausländer Sie siehst du fast nicht mehr. Zwar hat jeder Freitaler inzwischen ‚seinen‘ Dönerladen. Aber das hindert die Leute nicht, ‚gegen Ausländer‘ zu sein.

Wir hatten hier ja auch terroristische Aktivitäten von rechts. Ganz normale Leute, wenn du so willst, einer der Anführer war Busfahrer.

Die Jugend ist anfällig, weil es für sie kaum Freizeitangebote gibt. Es gibt keine Jugendklubs, es gibt kein Kino mehr, es fehlen Orte, an denen die Jugend zusammenkommen kann. Auch wir Älteren haben wenige Möglichkeiten, uns zu treffen. Da muss viel getan werden, es braucht Angebote für die Jugend, Kulturangebote, Dinge, die Sinn machen. Sonst braut sich da weiter was zusammen.

Denn wenn du in einem Haus aufwächst, das von Hass getrieben ist, dann wird das immer weitergegeben. Die feiern hier den 20. April! Das machen die Jungen, weil es die Alten so machen. Hat mir gerade wieder einer erzählt, dass er den 20. April feiert. Der hat sich beim Führer bedankt und zum Geburtstag gratu-

liert und alles Mögliche. Das schreibt der auf Facebook.

Es gibt keine Hemmungen mehr. Es gibt wirklich keine Hemmungen mehr. Am Ende traut man sich nicht mehr, Demokrat zu sein. Du hast schon wieder die Schere im Kopf. Das ist wie in der DDR. Es macht sich ein totalitäres Klima breit.

Auf der anderen Seite haben wir einen tschechischen Kollegen. Der durfte monatelang wegen Corona nicht zur Arbeit kommen. Jetzt ging es wieder. Als er den ersten Tag wieder da war, haben sich Trauben von Menschen um ihn gebildet, wegen der billigen Zigaretten ... Es herrscht nicht nur Fremdenfeindlichkeit, sondern auch ein extremes Profitstreben.

Zum Einkaufen fährt man zu Tesco hinter der tschechischen Grenze, in den Innenstädten sterben die Geschäfte. Der Reifenwechsel hinter der Grenze ist billiger, also fehlt den Werkstätten das Geschäft, man fährt zu den Fremden, weil das Tanken und der Friseur billiger sind, viele kennen dort jedes Angebot.

Um noch einmal auf diese Unart mit den Feiern zum 20. April zu kommen. Wo kommt das her? Das hat etwas mit der DDR zu tun. Es gab keine Aufarbeitung der Nazizeit. Kommunisten und Sozialisten waren ja alles Helden. Da war ja nun eine neue Partei. Und daneben die Blockparteien. Als die DDR unterging, haben die Leute ihre Parteibücher weggeschmissen, sie hatten einfach die Schnauze voll. Und dann war alles wieder da.

Wenn sie jemand in die SPD bringen wollten, war die Antwort: Bitte hör' auf, ich will das nicht, lass mich in Ruhe.

Es geht den Menschen heute so gut wie nie zuvor in Freital. Und trotzdem ist dieser Hass da, diese Ablehnung der Demokratie. Ich weiß auch nicht, wo das hin führen soll."

Das sind offenerzige Worte eines tief in seiner Stadt und dem dominierenden Großbetrieb verankerten Mannes von 60 Jahren. Er spürt, wie der Zeitgeist sich verändert hat, er nimmt die Signale aus der Gesellschaft auf, ordnet die Zusammenhänge ein. Doch für die Drift nach rechts, insbesondere die mit ihm verbundenen Zerstörungs- und Vernichtungsfantasien fehlt dem Anhänger einer Verhandlungsdemokratie der Zugang.

„Heute haben wir in Freital ein Mitte-Links-Bündnis. Zudem haben sich SPD, Linke, Grüne und FDP zusammengeschlossen“



Ähnlich geht es Harry Retz nach der Wende, er wurde unbelastet zum Betriebsratsvorsitzenden des Prüfgerätewerks in Freital gewählt. Retz war danach eine Zeitlang IG-Metall-Sekretär, heute unterhält er ein Versicherungsbüro. Bis 2019 war er für die SPD im Freitaler Stadtrat. Er war also einer derjenigen, die sich wegen ihres Einsatzes für die SPD in Freital unbeliebt machten. Auch er blickt in einem Gespräch für dieses Dossier auf die Entwicklung der Stadtgesellschaft:

„Mit Heimarbeitern hatte mein Betrieb über 1.600 Beschäftigte.

Ich war vor der Wende nicht unpolitisch. Aber ich war nicht in der Partei, also der SED, und auch in keiner Blockpartei. Ich habe mich im Sport engagiert.

Das war eine einmalige Zeit. Man kann das jemandem, der nicht dabei war, gar nicht erklären. Es war nicht abzusehen, wo es hinläuft. Es gab ja noch die Sowjetunion, die Erinnerung an den 17. Juni war ja auch noch vorhanden. Wir gingen ein hohes Risiko ein, das war uns bewusst. Aber wohin es führen würde, konnte keiner sagen oder ahnen. Es hätte ja auch zurückgedreht werden können.

Es herrschte bei uns, die bewusst diesen Schritt gingen, eine gewissen Unsicherheit. Ein Großteil der Unternehmen hat für den Ostblock gearbeitet. Dort waren unsere Kunden. Es war klar, wenn es Richtung Einheit geht, Richtung D-Mark, das wir eine Massenarbeitslosigkeit bekommen. Oskar Lafontaine hatte damals recht: Wenn die Einheit zu schnell kommen würde, würde das verheerende Folgen haben.

Das ist das Problem der SPD: Wir neigen dazu, die Wahrheit zu sagen. Aber die ist nicht bequem. Die Menschen wollen das nicht hören, die wollen von blühenden Landschaften erzählt bekommen.

Ja, das war schon ein Geburtsfehler. Aber es ging nicht anders, die Mehrheit wollte es anders. Man kann heute schlau daherreden. Es lief eben anders. Auf der anderen Seite musste vielleicht auch alles sehr schnell gehen, weil das Zeitfenster mit Gorbatschow ja nur kurz war. Die Gefahr war eben, dass alles verlorengehen könnte.

Damals lebten rund 40.000 Menschen in Freital. Heute sind es auch wieder so viele. Aber nach der Wende ging es abwärts, auf 37.000 bis 38.000. Viele



„DEN LEUTEN GEHT ES SO GUT WIE NIE. “

sind weggegangen. Wir hatten ja Dresden in der Nähe, in der Lausitz oder im Erzgebirge war die Abwanderung viel größer. Der Zusammenbruch der Betriebe hat die Stadt in eine tiefe Krise gestürzt. Von denen, die im Erwerbsalter waren, waren geschätzt 40 Prozent arbeitslos, in Kurzarbeit oder in Umschulung.

Was hat das mit den Menschen damals gemacht? Es gab sehr unterschiedlich Betroffene. Wir mussten von den 1.600 Kolleginnen und Kollegen in der ersten Phase 700 entlassen. Der Absatz war nicht da. Manche kamen mit der Flasche Sekt vorbei, die waren Mitte 50 und gingen in Rente. Andere haben ihre Abfindung genommen und gleich wieder einen Job gefunden, die Facharbeiter- und Ingenieurausbildung war bei uns ja nicht schlecht. Das war sicherlich nicht die Mehrheit. Aber die zwischen 45 und 55 Jahre alt waren, die an- oder ungelernt waren, auch Facharbeiter, die kamen nie wieder in einen richtigen Job, hängten sich von Job zu Job und gingen dann vorzeitig mit hohen Einbußen in Rente. Das waren vor allem Frauen. Andere gingen zur Sparkasse, zur Krankenkasse. Aber 15 bis 18 Prozent, das war die Arbeitslosenquote in der Hochzeit der Krise. Das war schlimm. Eine schlimme Zeit für die Betroffenen. Da ist viel kaputt gegangen.

Heute suchen die Betriebe händeringend Fachkräfte. Auch hier. Das liegt eben daran, dass diejenigen, die damals jung, gut ausgebildet und ungebunden waren, fortgegangen sind in den Westen. Die fehlen heute. Und es gab weniger Geburten. Es war ja eine Generation fast weg, für die damals um die 25- bis 30-Jährigen war Kinderkriegen in der Krise nicht das Wichtigste.

Von den heutigen Kindern gehen viele aufs Gymnasium. Die gehen nicht in die Lehre und stehen somit auch nicht als Facharbeiter oder kaufmännische Mitarbeiter zur Verfügung.

Heute herrscht eigentlich Zuversicht. In Sachsen liegt die Arbeitslosenquote bei fünf bis sechs Prozent. Die Leute nehmen Kredite auf, die haben keine Angst, arbeitslos zu werden, sie sagen sich: Ich würde dann schon wieder schnell was finden. Es wird gesucht. Und die Löhne und Gehälter steigen.

Aus meiner Sicht geht es den Leuten so gut wie noch nie. Trotzdem sind sie unzufrieden, weil sie noch mehr wollen, weil sie denken, ihnen würde was weggenommen.

Woher kommt das? Ich weiß nicht, warum das so ist. Sie denken nicht zurück an die Zeit, als die Toilette im Stiegenhaus eine halbe Treppe tiefer war oder ganz unten, und es oft noch Plumpsklos gab, als Kohlen reingetragen werden mussten, als es im Dorf noch zwei Autos gab und heute stehen zwei Autos auf jedem Hof. Heute bedienen die Leute ein Spülklosett, sie drehen die Heizung auf.

Warum die Jungen fast zur Hälfte rechtsextreme Parteien wählen? Auch den Jugendlichen ist es nie so gut gegangen wie jetzt. Ich kann vieles auch nicht erklären. Es ist einfacher, gegen etwas zu sein, als für etwas zu sein. Die AfD schwimmt auf der Welle, wir

sind gegen alles.

Jugend ist halt auch immer in Opposition. Und die AfD ist gegen alles. Ich weiß nicht. Vielleicht ist es das?

Die Leute gehen auf die Straße, protestieren, krakeelen herum und nach der Demo gehen sie zum Iraner, Inder oder an die Döner-Bude.

Ich kann es nicht nachvollziehen.

Vielleicht ist auch so, dass das eine Generation ist, die im Grunde alles fertig vorfindet, die nicht weiß, dass das alles erkämpft und mühsam aufgebaut wurde.

Wir haben auch junge SPD-Mitglieder, die sind auch engagiert.

Über zehn Jahre gab es hier auch einen SPD-Bürgermeister.

Aber eine Mehrheit hatte die SPD nach der Wende nie im Stadtrat.

Das Problem der Parteien ist, auch der SPD, dass wir keine Mitglieder aus der Arbeiterschaft haben. Wir haben im Stahlwerk nicht ein SPD-Mitglied, die CDU übrigens auch nicht. Der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende war SPD-Mitglied, der ist aber ausgetreten. Bei uns sind es Lehrer, Ingenieure, kaufmännische Angestellte.

Im Osten hatten wir Anfangs auch Arbeiter in der Partei. Aber die sind alle weg. Es fehlt uns eine ganze soziale Schicht in der Partei. Aber wir wollen für sie Politik machen. Das führt zu einem Glaubwürdigkeitsproblem.

Heute haben wir in Freital ein Mitte-Links-Bündnis. Zu dem haben sich SPD, Linke, Grüne und FDP zusammengeschlossen.

Ob die AfD einmal den Oberbürgermeister stellt? Das kommt auf die Kandidatin oder den Kandidaten an. Es ist nicht ausgeschlossen, dass der Austritt des Oberbürgermeisters aus der CDU seinen Grund auch darin hat, dass er wieder gewählt werden will – auch von AfD-Wählern und -Wählerinnen.

Was die Menschen wollen ist, dass wir das mit den kriminellen Ausländern geregelt bekommen. Die Medien berichten darüber: Wer zum Beispiel klaut oder Verbrechen begeht, der kommt vielleicht vor Gericht. Aber das Verfahren dauert Jahre. So lange gehen die weiter in Geschäfte und klauen und man kann sie nicht abschieben. Der Staat bekommt das nicht richtig hin, das sehe ich auch. Aber die AfD macht daraus eine ganz andere Geschichte, spricht von Unfähigkeit der Regierung, von Diktatur und von Umvolkung. Dieser Meinung bin ich nicht.

Die Medien berichten darüber. Im Alltag erleben die Leute das nicht. Es gibt kaum Ausländer hier in Freital. In der DDR war das auch so. Ausländer gab nur wenige. Und wenn, dann waren die abgesondert wie die Vietnamesen, Mosambikaner oder Kubaner. Kann sein, dass die Leute sagen: Zustände wie in Berlin, Frankfurt oder Hamburg wollen wir hier erst gar nicht haben.

Warum manche so aggressiv sind?

Manche Sachen sind einfach nicht nachvollziehbar.

Die Verbreitung solcher Lügenmärchen, wie die Behauptung, eine geheime Elite nutze die Pandemie, um die Weltordnung zu ihren Gunsten zu verändern, reiche „bis weit in die Mitte der Gesellschaft“. Es habe sich gezeigt, dass die Corona-Krise „eine ideale ‚Brutstätte‘ für Verschwörungsmythen sei und selbst abflauende Infektionszahlen nicht zu einem Rückgang führten. Hövermann: „Selbst große Fortschritte und Verimpfung eines Vakzins“ sowie sinkende Todesfallzahlen führten „kaum zu einer Revidierung der Ansichten“.

Er rät: Vertrauen müsse dringend zurück gewonnen werden, wenn die Demokratie keinen Schaden nehmen soll. Denn: „Die AfD ist die einzige Partei im deutschen Bundestag, die diese Klientel anspricht und noch erreicht“ (Hövermann, 2021).

Für ihre Wählerinnen und Wähler ist die AfD keine Protestpartei

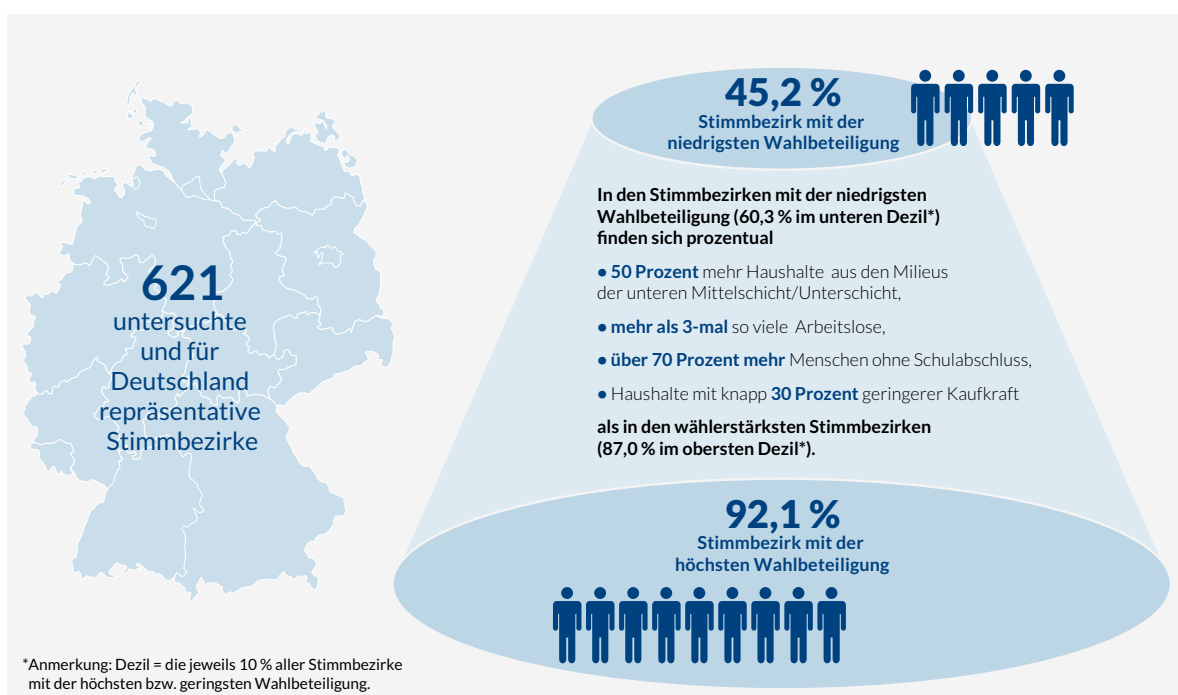
Als sich der Wahlforscher Richard Hilmer und die Wahlforscherin Rita Müller-Hilmer gemeinsam mit dem Politikwissenschaftler Jérémie Gagné und der Soziologin Bettina Kohlrausch im Februar 2017 auf eine „Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierung“ machten, war die Partei Alternative für Deutschland (AfD) in allen Landtagen der Republik vertreten und die Bundestagswahl stand bevor. Die Hans-Böckler-Stiftung hatte Gagné und Kohlrausch beauftragt herauszufinden, was

Menschen in die Arme der inzwischen offenkundig rechtsextremen Partei treibt. Nachdem sie 5.000 Befragungen ausgewertet hatten, notierten sie: „Unzufriedenheit mit der eigenen Lebenslage ist der wesentliche Treiber“ die AfD zu wählen.

Dabei komme es den Anhängerinnen und Anhängern der AfD weniger auf die „objektive soziale Lage“ an. Die Wählerinnen und Wähler der Partei ordneten sich aus eigener Befindlichkeit, also „unabhängig von ihrem sozialen Einkommen in der Gesellschaft niedrig ein“. Sie spürten, so die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, einen „dreifachen Kontrollverlust“: Die Zukunft erschien ihnen unsicher, nicht zuletzt aufgrund des nicht mehr zu übersehenden technologischen Wandels. Von Politik und Institutionen fühlten sie sich ignoriert und den Staat erlebten sie – wie etwa bei der großen Einwanderungswelle 2015 – als untätig, sie empfanden diese Zeit als Krise des Staates, dessen Bürgerinnen und Bürger sie waren.

Mit Blick auf die Arbeitswelt fand das Team heraus, „dass die konkrete Erfahrung von Mitbestimmung und Sicherheit am Arbeitsplatz“ einen Unterschied hinsichtlich der Verbreitung dieser Einstellungen mache. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren Arbeit nicht durch Tarifvertrag gesichert sei, die befristet beschäftigt seien, rückten „politisch in die Nähe der AfD“. Engagierten sie sich dagegen ehrenamtlich, erlebten also das eigene Leben nicht als „von irgendwo draußen in der Welt“ gesteuert, neigten sie weniger dazu, der AfD ihre Stimme zu geben (Hilmer et al., 2017).

Abb. 15 Arme Nichtwähler, reiche Wähler



Einen direkten Zusammenhang zwischen sozialer Lage und der Bereitschaft, die AfD zu wählen, fanden sie nicht.

Das bestätigten Untersuchungen, die nach der Bundestagswahl 2017 angestellt wurden. Für die Bertelsmann Stiftung ging das Forscherteam Robert Vehrkamp und Klaudia Wegschaider ins Feld. In ihrer Studie „Populäre Wahlen“ werteten sie Antworten von mehr als zehntausend Personen aus einem Online-Panel des Instituts YouGov aus. Ihre Fragestellung: Stellt die verbreitete Neigung zur Wahl der AfD eine „Erosion der bürgerlichen Mitte“ dar oder verabschiedete sich das „prekäre Milieu“ von der Demokratie?

Zur Klassifizierung nutzten sie die vom Forschungsinstitut Sinus entwickelten Typisierungen. Die Ergebnisse machten deutlich, dass es zu massiven Verschiebungen in den beiden Gruppen gekommen war. In der bürgerlichen Mitte stimmten 20 Prozent für die AfD, das entsprach gegenüber der Wahl 2013 einem Zugewinn von 15 Prozentpunkten. Die CDU verlor ihre Vorherrschaft und endete bei 37 Prozent (nach 52 Prozent in 2013). In diesem Zentrum der Gesellschaft hatte auch eine „Große Koalition“ aus SPD und Union keine Mehrheit mehr. 2013 hatten noch 73,5 Prozent derer, die der „bürgerlichen Mitte“ zugerechnet werden, für SPD oder Union gestimmt, 2017 wählten die beiden Parteien jedoch nur noch 55,8 Prozent. Nimmt man die erhebliche Zahl an Nichtwählerinnen und Nichtwähler hinzu, wären die einstigen Volksparteien bei einer Bundestagswahl zusammen nur noch auf einen Anteil von 42 Prozent aller Wahlberechtigten aus der bürgerlichen Mitte gekommen.

Noch schwächer war der Rückhalt für SPD, CDU und CSU im „prekären Milieu“. Dort kamen die drei Parteien nur mehr auf einen Rückhalt von 22 Prozent aller in diesem Milieu Wahlberechtigten. Vier von fünf Frauen und Männern, die damals im Unterhaus der Gesellschaft ihr Leben bestritten, vertrauten der Koalition, die schließlich Anfang 2018 zustande kam, politisch nicht über den Weg. „Fast sechs von zehn Wahlberechtigten haben entweder nicht oder die AfD gewählt.“

Auf der Suche nach einem systematischen Zusammenhang der politischen Erosion in ganz unterschiedlichen Lagern, stießen Vehrkamp und Wegschaider auf die kulturelle Dimension der Entwicklung. Es gebe eine neue Konfliktlinie in der politischen Auseinandersetzung, die „wie als diagonalen Riss durch die Mitte der Gesellschaft verläuft“. Sie trenne „Modernisierungsskeptiker“ von „Modernisierungsbefürwortern“. Die Skeptiker definierten sich „zumindest subjektiv als soziale, ökonomische und/oder kulturelle Verlierer der Modernisierung. Auf der anderen Seite befänden sich mehrheitlich jene, die von der in Gang gekommenen tiefen Transformation profitierten „oder sich zumindest von ihr angezogen fühlen und damit Chancen verbinden.“



Und das, so die Bertelsmann-Forscher, „prägt auch ihr Wahlverhalten“. Wie die Grafik XX zeigt, stammen nahezu zwei Drittel der AfD-Wählerinnen und -Wähler aus dem Milieu der Modernisierungsskeptiker, diejenigen, die sich von dem Transformationsprozess etwas versprechen, wählten mehrheitlich linke Parteien, allen voran die Grünen.

2019 forschten Richard Hilmer und Jérémie Gagné im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung über die Wählerschaften sozialdemokratischer Parteien in Europa. Der SPD attestierten sie eine „Kernschmelze“ ihrer Wählerschaft: „Von ihnen zählen sich 60 Prozent zur oberen Mittelschicht bzw. Oberschicht, von allen Befragten tun dies lediglich 47 Prozent. Seitens der verlorenen Stammwähler_innen verhält es sich anders: Hier positioniert sich eine Mehrheit von 52 Prozent eher in der unteren Gesellschaftshälfte. Somit hat sich die sozialdemokratische Wählerschaft mit der Zeit scheinbar zusehends auf eher gehobene Bevölkerungsteile verengt“ (Hilmers/Gagné, 2019).

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt der Politikwissenschaftler Bernhard Weißels. Die scharfe Trennung zwischen Modernisierungsskeptikern und Modernisierern habe in der Bundesrepublik eigentlich nie wirklich eine Rolle gespielt. In seiner Auswertung der Daten des German Longitudinal Election Study (GLES) über die Bundestagswahl 2017 schreibt Weißels: „Parteilich“ verlief die „sozio-ökonomische Konfliktlinie“ über Jahrzehnte zwischen CDU, CSU und FDP einerseits, SPD und Linken andererseits. Freiberuflerinnen, Handwerker oder Unternehmerinnen werden von den Unionsparteien und Liberalen angesprochen. Für Arbeiterinnen, Angestellte oder Rentnerinnen hielten die Parteien links der Mitte attraktivere Angebote bereit.

2017 war das anders. Weißels, der Zeit seines Forscherlebens mit der Untersuchung des Wahlverhaltens sozialer Gruppen verbracht hat, schreibt: „Zwar lassen sich auch bei der Bundestagswahl 2017 davon noch Spuren finden“, aber neue Konfliktlinien ergänzen das Wahlentscheidungen

bestimmende Set von Einstellungen. Etwa die „neue Konfliktlinie um Ökologie und Lebensqualität“, dazu gehören vor allem die „besser Gebildeten und die Jüngeren“, welche in der Wählerschaft der Grünen überrepräsentiert sind, so der Forscher am Wissenschaftszentrum Berlin (Weßels, 2019).

Auch die an der Auswertung der Daten aus dieser Studie beteiligten Wissenschaftler Heiko Giebler und Aiko Wagner weisen auf einen Zusammenhang zwischen Schichtzugehörigkeit und populistischen Einstellungen hin. „Gering Gebildete“ seien „populistischer eingestellt [...] als höher Gebildete. Zudem sind unter Ostdeutschen und Älteren populistische Orientierungen stärker ausgeprägt als unter Westdeutschen und Jüngeren“. Das Geschlecht mache keinen Unterschied, jedoch die Zugehörigkeit zu einer der soziodemografischen Gruppen. Wer sich der Mittel- und Oberschicht zuordne, sei „im Durchschnitt weniger populistisch eingestellt“.

Mit Blick auf den Zusammenhang zwischen Wahlverhalten und dem Hang zu populistischen Einstellungen stellen Giebler und Wagner fest, dass Nichtwählerinnen und -wähler vermehrt populistische Ansichten vertreten als die Gesamtheit derer, die 2017 von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten. Ausnahme: Die Wählerschaft der AfD, „in der populistische Einstellungen nochmals deutlich stärker vertreten sind als unter Nichtwählern“ (Giebler/Wagner, 2019).

Auch das Institut der Wirtschaft ließ nachforschen, wie sich die Wahlerfolge der rechtsextremen AfD erklären ließen. Knut Bergmann, Matthias Diermeier und Judith Niehues begutachteten für einen Beitrag in der Zeitschrift für Parlamentsfragen alle namhaften Studien und Datenbanken bezüglich der Frage, ob Wahlentscheidungen zugunsten der AfD durch die soziale Stellung ihrer Wählerinnen und Wähler vorgeformt seien. Ihr Fazit: Es gibt keine valide Aussage in dieser Richtung. „Auf Grundlage der aktuell verfügbaren Daten lassen sich die AfD-Erfolge nicht erklären“, schreiben sie.

Sie deuten jedoch an, die Gründe könnten außerhalb des sozioökonomischen Kontextes zu finden sein. „Was die AfD-Hochburgen mit der Ausnahme von Schwandorf, Leipzig-Land und Meißen [...] auszeichnet, ist ihre Historie rechten Wählens.“ In allen weiteren 27 Wahlkreisen wurden bereits in der Bundestagswahl 1998 zum Teil weit über dem jeweiligen Bundeslanddurchschnitt DVU und Republikaner gewählt. Die „These historischer Persistenz“ harre jedoch noch ihrer Überprüfung.

Gemeint ist die These von der Weitergabe politischer Narrative aus der Zeit des Nationalsozialismus von Generation zu Generation, besonders in den einstigen Hochburgen der NSDAP (siehe Interview mit der Sozialpsychologin Angela Moré in diesem Dossier).

Im Grunde ist dies keine neue Erkenntnis. Im ersten Kapitel dieses Dossiers spielen Untersu-

chungen wie beispielsweise von Martin Kroh eine Rolle, der die Weitergabe politischer Einstellungen untersuchte. Doch im Mittelpunkt seiner Untersuchung standen jene Parteien, die seit 70 Jahren, im Falle der Grünen seit 40 Jahren, elementarer Bestandteil des Parteiensystems sind, die über entsprechende Ressourcen verfügen und immer als Wahlmöglichkeit zur Verfügung stehen.

Doch wie kann diese Übertragung über Generationen hinweg funktionieren, wenn es keine parteipolitische Kontinuität gibt?

Die Deutschen arbeiteten intensiv an der „Negation der konkreten Schuld“

Einen ersten Hinweis darauf, wie tief die Gedankenwelt des Nationalsozialismus das Ende des Nationalsozialismus selbst überdauert hat, liefert die sogenannte „Gruppenuntersuchung über die gegenwärtige deutsche Mentalität“ des Instituts für Sozialforschung in Frankfurt am Main. Im Winter 1950/51 organisierte das Institut 121 Gruppendiskussionen mit Geflüchteten aus den ehemaligen Ostgebieten, mit Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, Bäuerinnen und Bauern oder ehemaligen Offizieren von SS und Wehrmacht, insgesamt 1.635 Personen. Aus den anderthalbstündigen Gesprächen entstanden Transkripte mit einem Umfang von 6.392 Schreibmaschinenseiten. Die Protokolle machten die ideologische und psychologische Verfasstheit der Gesellschaft der noch jungen Bundesrepublik sichtbar.

Peter von Haselberg, einer der Mitarbeiter des Instituts für Sozialforschung (IfS), konzentrierte sich bei seiner Auswertung auf die Sprache der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Sein Ziel: Aus den verwendeten Wörtern, den Kontexten, in denen sie verwendet wurden, „sedimentierte Verhaltensweisen“ freizulegen, „vermittels derer die interviewten Gruppen ein Gefühl persönlicher Schuld an den Verbrechen des Nationalsozialismus abwehrten“, heißt es in der Einführung zu der erst 2020 veröffentlichten Untersuchung (Becker et al., 2020).

In seiner Arbeit schrieb der 1949 aus dem Exil in Argentinien zurückgekehrte Jurist von Haselberg über die Varianten der Abwehr: Sie reichten „vom entschlossenen Bestreiten, dass überhaupt etwas geschehen sei, über die verschiedenen Arten der Abwälzung auf Hitler, die NS-Formationen, die Politiker, unbekannte Verschwörergruppen; zur Gegenbilanz, die mit dem Feststellen von Schuld auf Seiten der Juden vor dem Kriege, der DP's [Displaced Persons, Überlebende der Konzentrationslager und nationalsozialistischer Verfolgung, hih] nach dem Kriege, die Alliierten, insbesondere ihrer Bombenangriffe, der Praktiken in Korea eine Aufrechnung und Glättstellung des deutschen ‚Schuldkontos‘ versucht, bis hin schließlich zu den Einge-

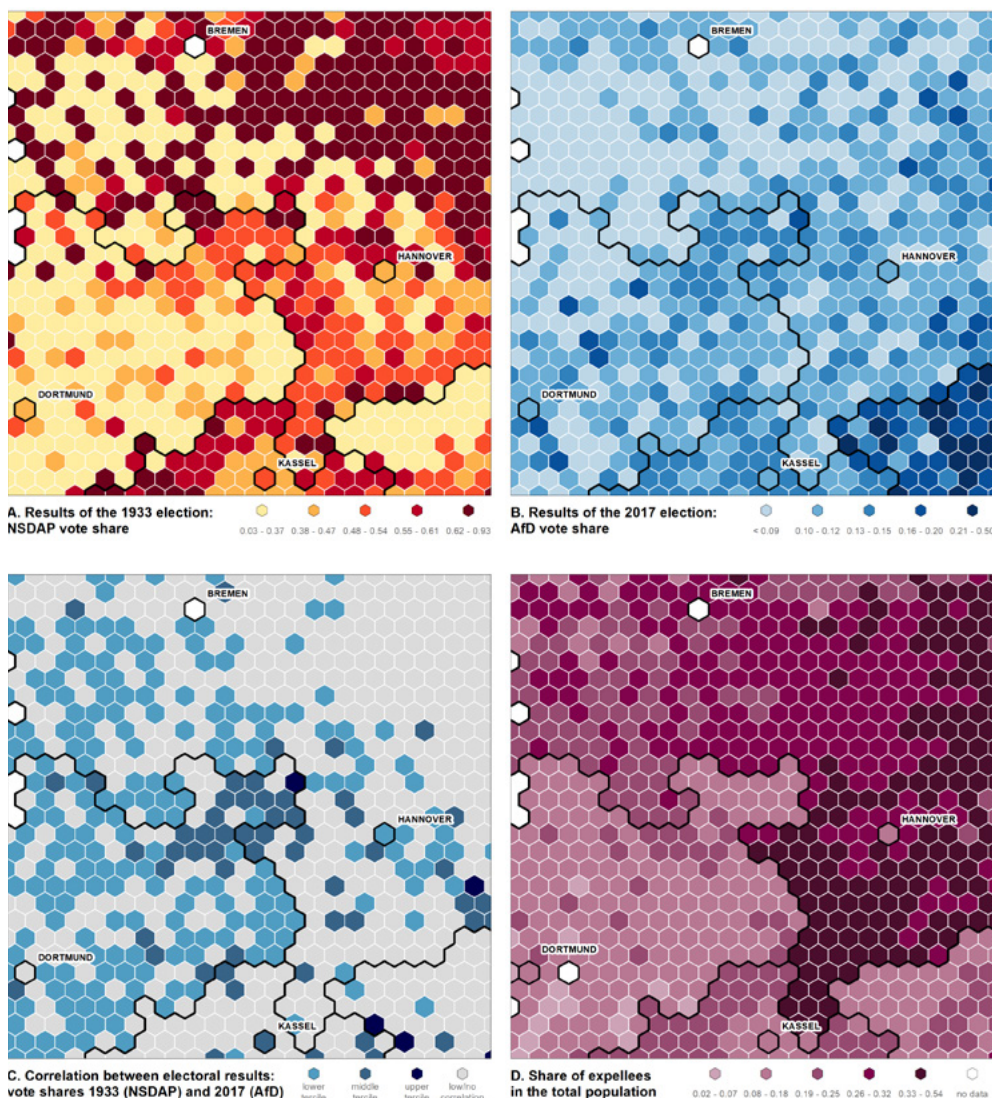
ständnissen oder Bekenntnissen von Schuld, die oft genug ahnen lassen, wie viel mehr es um ‚Völkerverständigung‘ als um die Herstellung eines aufrichtigen Bewusstseins und Verhältnis zum Geschehenen geht; daneben finden sich Schuldbekenntnisse, die mehr einem religiösen Bedürfnis als der Einsicht in die konkreten Ereignisse entsprungen scheint – und von denen darum auch leicht der weitere Schritt getan wird, daß alle Menschen aufgefordert werden, sich schuldig zu fühlen und in diesem Gefühl die Unterschiede aufzuheben“. Alle diese Varianten, so von Haselberg, laufen auf ein Ergebnis hinaus: Die Deutschen arbeiteten intensiv an der „Negation der konkreten Schuld“.

Bis heute in rechten Kreisen wirksame Erzählungen tauchen in den Transkripten auf. Die Bombardierung Dresdens wird als „eiskalter Mord“ beschrieben, die Zahl der im Luftkrieg Umgekomme-

nen wird aufgerechnet mit den Morden in den Vernichtungslagern, „den Juden“ wird mindestens eine Mitschuld an den Verbrechen gegen sie unterstellt. Es wird behauptet, die Toten aus den Konzentrationslagern seien gar keine Insassen gewesen, sondern von den Alliierten dorthin gebracht worden, die Zahl der dort Ermordeten sei weitaus niedriger, das Kriegsverbrechertribunal von Nürnberg sei angewandtes Unrecht gewesen, der einzelne habe nichts tun können.

Auch die Sehnsucht, dass Deutschland wieder groß werden solle, der Argwohn, fremde Mächte verhinderten dies („man will uns nicht hochkommen lassen“) ist Thema der Gespräche. Und sie gipfeln gerade aus heutiger Sicht in einer Drohung: „Wir leben noch, und unsere Generation wird noch länger leben, und wir werden der Jugend immer wieder ins Ohr sagen: das haben die mit unseren Leuten getan, die haben uns eben ausgerottet,

Abb. 17 Korrelation zwischen Wahlergebnissen für die NSDAP 1933 und für die AfD 2017



restlos, und nun wollen sie uns jetzt wieder ködern“ (von Haselberg, 2020).

1933-2017-2021: Politische Landkarten der Kontinuität

Die Wirtschaftshistoriker David Cantoni, Mark Westcott und der Volkswirt Felix Hagemeister sind die Wissenschaftler, die die Hochburgen der NSDAP bei der Reichstagswahl 1933 mit den Hochburgen der AfD bei der Bundestagswahl 2017 verglichen. Sie suchten nach einem empirischen Beleg für die These transgenerationaler Übertragung nationalsozialistischer Erzählungen. Dazu fertigten sie nach Gemeinden gegliederte Landkarten an und trugen darin die Wahlergebnisse der NSDAP aus dem Jahr 1933 sowie der AfD aus den Jahren 2013 und 2017 ein.

Sie verstehen ihre Arbeit als einen Beitrag unter mehreren zu Erklärung, warum rechtsextreme Parteien in Demokratien immer wieder mit Erfolg bei Wahlen antreten. Sie stellen nicht infrage, dass „ökonomische Unsicherheiten, angetrieben durch die zunehmende Globalisierung und der Niedergang traditioneller Produktion“ sowie der Zuwachs von Migranten in der Bevölkerung Aspekte sind, die das überraschend gute Abschneiden der AfD erklären helfen.

Die Forscher unterschieden in ihrer Analyse der Wahlergebnisse die AfD des Jahres 2013 von der AfD, wie sie 2017 zur Bundestagswahl antrat. 2013 sei die von Honoratioren aus Wissenschaft und Publizistik aus der Taufe gehobene Partei konservativ ausgerichtet gewesen, deren Themen, die aus Sicht ihrer Gründer falsche Politik zur Rettung des Euro war.

Mit der Einwanderung hunderttausender Flüchtlinge änderte sich die Partei, neue Personen traten an ihre Spitze. „Die ‚neue‘ AfD nahm schnell eine ganz andere Rhetorik an, entfernte sich von den fiskalisch konservativen Themen rund um den Euro und die griechische Rettungsaktion und konzentrierte sich stattdessen auf Hauptthemen der europäischen populistischen Rechten: Einwanderung, Nationalismus und Islamophobie.“

Damit habe sie an völkisches, rassistisches und auch antisemitisches Gedankengut der rechtsextremen Parteien der Weimarer Republik und des Nazi-Regimes angeknüpft.

Das Ergebnis der vergleichenden Untersuchung zeigt, wie sehr sich die Hochburgen der NSDAP 1933 mit denen der AfD 2017 überschneiden. Mit einer Ausnahme: Wo nach dem Zweiten Weltkrieg Flüchtlinge aus den sogenannten deutschen Ostgebieten siedelten, setzte sich aufgrund der eigenen Erfahrung offenbar eine offenere Einstellung gegenüber Flüchtlingen durch – selbst wenn diese 2015 aus Syrien kamen. Unter dem Strich aber kamen Cantoni, Hagemeister und Westcott zu folgendem Schluss:

„Als die Alternative für Deutschland an das rechte Ende des politischen Spektrums rückte und eine nationalistische, fremdenfeindliche Plattform bot, zeigte sich ein historisches Muster: Kommunen, die während der Weimarer Republik die NSDAP unterstützten, stimmten proportional mehr für die AfD. Diese historische Korrelation“, so die Wirtschaftshistoriker weiter, „ist positiv, signifikant und groß“.

In dem sie umfangreiche Berechnungen anstellen, können die Forscher zeigen, dass „dieser kulturelle Persistenzfaktor“ nicht durch andere Einflussgrößen „wie Arbeitslosigkeit, Handelsschocks oder die Anwesenheit von Flüchtlingen“, verzerrt werde.

AfD: Korrelationen zwischen Wahlergebnissen 1933 und 2021 teilweise noch stärker als noch 2017

Aus ihrer Sicht erklären sich die Wahlerfolge mit einem Überleben von Erzählungen aus der Zeit vor 1945, die „aktiviert wurden, weil es ein entsprechendes Angebot gab. Eine andere Erklärung“, schreiben sie mit Blick auf die Datenlage, „schließen wir aus“ (Cantoni et al., 2019).

Gespannt blickten sie auf die Ergebnisse der Bundestagswahl. Würde sich ihre These erhärten oder in Frage gestellt? Zwei Wochen nach der Bundestagswahl hatten die Redaktionen der Wochenzeitung „Die Zeit“ und der „Frankfurter Rundschau“ in mühsamer Kleinarbeit die Ergebnisse nach Gemeinden zusammengetragen. Davide Cantoni legte die Wahlkarten wieder übereinander.

Per E-Mail reichte Cantoni auf Anfrage nach: „Die historischen Korrelationen zwischen NSDAP-Hochburgen und heutigen AfD-Wahlergebnissen sind auch 2021 deutlich zu sehen – genauso, und teilweise sogar etwas stärker als bei der Bundestagswahl 2017. Das überrascht nicht, da die AfD-Wählerschaft zwischen 2017 und 2021 sich sowohl von der Gesamtgröße als auch von der regionalen Verteilung kaum verändert hat.“





„SCHULDVERSTRICKUNGEN WIRKEN BIS IN DIE DRITTE ODER VIERTE GENERATION NACH“

In ihrer Studie über die Wahlerfolge der AfD zeigen die Wissenschaftler Davide Cantoni, Felix Hagemeister und Mark Westcott, dass die Hochburgen der AfD bei den Bundestagswahlen 2017 auch die Hochburgen der NSDAP bei den Reichstagswahlen 1933 waren. Doch wie funktioniert die Übertragung von Werten und Einstellungen von einer Generation auf die nächste – oder sogar über Generationen hinweg? Die Sozialpsychologin Angela Moré vertritt die These, dass dies bereits in der frühkindlichen Phase beginne: „Ein Kind ist auf die Erwachsenen angewiesen, es wünscht sich, geliebt und beschützt zu werden. Es nimmt von Anfang an Signale des Erwachsenen auf, passt sich diesen an“. Dass diese und andere Formen der Übertragung in Ostdeutschland besser funktionieren als im Westen liege an der mangelnden Aufarbeitung der

Hilmar Höhn: Frau Moré, Sie sind Sozialpsychologin und lehren das Fach an der Universität Hannover. Würden Sie ihre Arbeit und das Fach den Leserinnen und Lesern vorstellen?

Angela Moré: Ich bin außerplanmäßige Professorin in Hannover und habe verschiedene Lehrstuhlvertretungen in Deutschland und Österreich gehabt. Ich bin ausgebildete Gruppenanalytikerin. Das heißt, ich arbeite nicht als Therapeutin, sondern mit Selbsterfahrungsgruppen und auch mit Doktorandengruppen und nütze die Dimension unbewusster Kommunikationen in Gruppen. Das spielt für unser Thema eine wichtige Rolle. Es geht darum zu verstehen, wie unbewusste Kommunikation zwischen Menschen stattfindet.

Dossier: Was charakterisiert die Sozialpsychologie als Wissenschaft, wie würden Sie ihr Fach-

gebiet charakterisieren?

Moré: In dem Fach werden mehrere Disziplinen verschränkt: Ich beschreibe es als eine Verbindung von sozialwissenschaftlichen, gesellschaftspolitischen mit individualpsychologischen Fragestellungen. Also: Was machen bestimmte gesellschaftliche Zustände oder Entwicklungen mit verschiedenen Menschen. Sie machen nicht mit jedem das Gleiche, sondern was sind die individuellen Voraussetzungen, die dazu führen, dass ein Mensch in einer bestimmten positiven, negativen oder gleichgültigen Weise auf soziale Entwicklungen reagiert. Wir stellen uns die Frage, was motiviert Individuen, in gesellschaftliche Prozesse einzugreifen oder sich verweigern zu wollen. Es geht um persönliche Entwicklungen, aber auch um die Entwicklung von Gruppen.

Dossier: Wie frei ist der Mensch in seiner Entwicklung? Wovon hängt es ab, dass er seinen eigenen Weg geht? Oder wie stark prägt die Gesellschaft den einzelnen?

Moré: Die Gesellschaft prägt den Menschen unheimlich. Wir werden in eine Kultur hineingeboren. Das beginnt schon mit der Sprache. Sprache vermittelt Definitionen, sie erzeugt Vorstellungsbilder. Das ist in einer Kultur keineswegs einheitlich. Denn



es gibt darin unterschiedliche politische oder religiöse Einstellungen und Dialekte. Die soziale Situation des Umfeldes der eigenen Familie spielt eine Rolle. So entsteht ein Grundfundament, auf dem die persönliche Entwicklung aufbaut.

Ein Mensch wächst in diesen Zusammenhängen heran und entwickelt also nie eine völlige Freiheit. Je mehr sie oder er fähig ist, die eigene Situation zu reflektieren, je mehr Unterstützung jemandem zuteil wird, Talente gefördert werden, umso freier kann sie oder er sich entwickeln.

Dossier: Wohin sich ein Mensch entwickelt, beginnt schon kurz nach der Geburt.

Moré: Unbedingt. Ja. Ja. Ja.

Dossier: Können Sie den Prozess genauer beschreiben?

Moré: Wir wissen aus der Bindungsforschung, dass diese ersten Prägungen sehr hartnäckig sind, sie ziehen sich durch das ganze Leben. Von ihnen hängt ab, wie man Beziehungen gestaltet, wie intensiv man sich auf Bindungen einlassen kann – oder nicht.

Dossier: Weil die Ebene des Unbewussten direkt erreicht wird?

Moré: Absolut. Der Säugling hat kein Bewusstsein von sich als Individuum. Wir schaffen uns erst später ein Quasi-Bewusstsein über die Säuglingszeit durch das, was wir erzählt bekommen. Wenn ein dreijähriges Kind ein Baby sieht, fragt es: War ich auch mal so klein. Es beginnt zu reflektieren, es hat ja keine bewusste Erinnerung an diese Zeit. Die kann es auch gar nicht haben, denn es verfügte als Säugling noch nicht über Sprache. Zum Erinnern braucht es eine Symbolisierung. Erst, wenn ich das Wort Tisch kenne, kann ich mir das, was ein Tisch ist, zu Bewusstsein bringen.

Dossier: Ablehnung wirkt so prägend wie Zuneigung.

Moré: Ein Mensch braucht ein hinreichendes Gefühl, wahrgenommen zu werden. Das muss nicht perfekt sein. Manche Ratgeber empfehlen, Kinder stundenlang schreien zu lassen, für die einen stärkt das die Lunge. Andere Ratgeber versprechen, so lerne das Kind schlafen. Das hinterlässt verletzende Spuren. Ein Kind, auf dessen Bedürfnisse in so extremer Weise nicht eingegangen wird, fragt sich ein Leben lang: Kann ich überhaupt überleben. Es hat doch massive Todesängste erlebt, daraus formen sich über die Zeit massive Selbstzweifel: Bin ich überhaupt erwünscht, habe ich überhaupt ein Recht, da zu sein?

Dossier: Wenn ich nun auf das eigentliche Thema unseres Gesprächs komme, also wie entwickelt sich unsere Gesellschaft, wie werden Werte und politische Einstellungen über Generationen weitergegeben, erscheint mir das noch recht abstrakt.

Moré: Das geschieht bereits mit den emotionalen Beziehungen, die Eltern zu ihren Kindern entwickeln. Das Kind ist auf die Erwachsenen angewiesen, es wünscht sich, geliebt und beschützt zu werden. Es nimmt von Anfang an Signale des Erwachsenen auf, passt sich diesen an. Es lernt sehr schnell, ob es einfach schreien darf und dann kommt jemand und kümmert sich. Oder es spürt, dass jemand darauf aggressiv, mit Anspannung reagiert.

Dossier: Wenn Sie das mal auf unser Gesprächsthema übertragen, die unbewusste Weitergabe

von Werten und Einstellungen?

Moré: Das Kind lernt in solchen Momenten, wie stark es sich anpassen muss, wie bedrohlich ist es, wenn ich eine andere Position einnehme, das setzt sich im Laufe des Sprechenlernens fort. Es sagt etwas und wird plötzlich wütend oder ängstlich angeschaut. Wir kennen das von Kindern von Holocaust-Überlebenden. Ich kenne ein Interview mit einem israelischen Maler, der nach Hause kam und erzählte: „Ich habe da einen ganz tollen Hund gesehen, den habe ich gestreichelt“. Aber die Eltern sehen ihn daraufhin ganz entsetzt an. Das ging ihm so mit anderen scheinbar ganz normalen Alltagswörtern: Dusche, Haare, Zähne. Die Eltern haben Auschwitz überlebt ...

Dossier: ... und hatten eine furchtbare Erinnerung an Hunde, die auf sie gehetzt wurden, an Haare, die abrasiert wurden und an die Duschungen in den Gaskammern.

Moré: Die Eltern haben diese Ängste an ihn weitergegeben. Unbewusst. Er hat das später bewältigt, indem er eine Ausstellung mit lauter Piktogrammen gestaltet hat, mit denen er die Wörter, die er als Kind nicht aussprechen durfte, symbolisiert hat.

Dossier: Und so konnte er das Tabu, von dem ja nicht er allein betroffen war, überwinden.

Moré: Er konnte es auf diese Weise bearbeiten.

Dossier: Ist das auch eine typische Erfahrung von Tätern und ihren Kindern?

Moré: Nein. In deutschen Familien hatte das Schlagen von Kindern eine lange Tradition. Als das irgendwann tabuisiert war, wichen manche Eltern auf eine andere Möglichkeit der Gewalt aus: Sie sprachen tagelang nicht mit Kindern. So löschten sie ihre Kinder in ihrer Existenz psychisch aus, das hat ganz gravierende Folgen.

Dossier: Sie sagen, je weiter das Vermögen zur Reflexion entwickelt ist, umso eher hat ein Mensch die Möglichkeit, sich von Prägungen dieser Art zu befreien. Jetzt haben wir es – zumindest formal – mit der am besten ausgebildeten Generation zu tun, die je in Deutschland gelebt hat. Trotzdem erleben wir, dass sich ein nicht unwesentlicher Teil der Gesellschaft vom demokratischen Konsens verabschiedet.

Moré: Man muss sich nur vor Augen halten, dass 80 Prozent der nicht-jüdischen deutschen Akademiker in der NS-Zeit den Nationalsozialismus unterstützten. Formale Bildung sagt nichts aus über die

„MAN MUSS SICH VOR AUGEN HALTEN, DASS 80 PROZENT DER NICHT-JÜDISCHEN DEUTSCHEN AKADEMIKER DEN NATIONAL-SOZIALISMUS UNTERSTÜTZTEN.“



Entwicklung der Fähigkeit, zu reflektieren. Da kommen Karrieregedanken ins Spiel, der Wunsch dazuzugehören, anerkannt zu sein. Und die Menschen wollten Veränderungen. Erinnern Sie sich an die Zeit der großen Arbeitslosigkeit und des Elends Anfang der 1930er Jahre. Diese Wünsche wurden auf diese Massenbewegung projiziert. Die Nationalsozialisten haben damit operiert.

Die AfD tut das auch heute. Wie andere rechte Parteien operiert sie mit diesem narzisstischen Schmeicheln: „Ihr seid besser als die anderen, ihr seid herausragend, die Helden der Zukunft, Herrenmenschen oder so etwas“. Auch die heutigen AfD-Anhänger und AfD-Anhängerinnen klammern sich an solche Bilder und Vorstellungen. Der Antisemitismus ist wieder im Kommen. Jahrzehnte war er ein Tabu.

Dossier: Wie hat dieser Antisemitismus ohne wirklich sichtbares jüdisches Leben überdauert?

Moré: Es braucht Feindbilder, auf die man etwas irrational projizieren kann. Die können wie bei den Vorstellungen über Juden sehr widersprüchlich sein. Mal sind sie Bolschewisten oder Anarchisten, mal große Kapitalisten und Weltverschwörer.

Dossier: Warum funktioniert das nach Jahrzehnten immer noch? Ist das ein Beispiel für transgenerationale Übertragung?

Moré: Zum Teil. Adorno hat einmal gesagt hat, wenn es die Juden nicht gäbe, hätten die Nazis sie erfunden. Der Jude ist nicht mehr als ein Fantasiegebilde, da es ihn als solchen nicht gibt. Den Mechanismus der Projektion von Ängsten oder Wünschen auf etwas hatte ja schon Freud in seinen Therapien entdeckt. Dann fügte Melanie Klein noch ein Element hinzu: die projektive Identifikation.

Dossier: Das bedeutet was?

Moré: Ich komme noch mal auf das kleine Kind, das Baby zurück. Wir sind geneigt, alles, was uns Schmerzen bereitet, unangenehme Gefühle macht, nach außen zu katapultieren: „Das soll nicht sein, das gehört nicht zu mir“. Also kleine Kinder sagen

dann, wenn sie Hunger haben, da nagt so ein böses Tier in mir. Melanie Klein sagte dann, das ist die „böse“ Mutter, die nicht schnell genug die Brust gibt oder Frühstück macht. Wie kann sie zu mir so böse sein?

Dossier: Wie hängt das dann mit dem Überleben antisemitischer Feinbilder und rechtsextremer Positionen über Generationen zusammen.

Moré: Ich muss noch bei dem Beispiel des Kleinkindes verweilen, sonst bleibt es unverstanden. Das, was in den anderen projiziert wird, bleibt dennoch ein Teil von mir. Das heißt, ich muss diesen anderen ständig kontrollieren, damit das Projizierte bei ihm bleibt und nicht zu mir zurückkommt.

Dossier: Das funktioniert wie bei einem Geschenk, einer Gabe. Ich achte darauf, dass der Beschenkte auch in meinem Sinne damit verfährt, andernfalls bin ich verärgert.

Moré: Genau, ich muss den anderen unter Kontrolle bringen und genau das ist ja passiert. Am nationalsozialistischen Antisemitismus kann man das

Moré: Ja, auch. Wir wissen das aus Forschungsarbeiten seit den 1960er und 1970er Jahren. Ich habe in meinen gruppentherapeutischen Gesprächen die Erfahrung gemacht, dass es tatsächlich funktioniert. Traumatische Erlebnisse oder Schuldverstrickungen wirken bis in die dritte oder vierte Generation nach. Man muss sich klar machen, dass die heute 25- bis 30-Jährigen Ostdeutschen nach der Wende geboren sind. Ihre Eltern sind Kinder der DDR. Die nannte sich das „bessere Deutschland“. Anfangs gab es einige große Prozesse gegen Nazis. Aber damit endete auch die Aufarbeitung der Schuldverstrickungen in den Nationalsozialismus. Das wurde alles unter den Teppich gekehrt.

Dossier: Es gab in der DDR keine Generation von 1968, die sich mit der Schuld der Eltern und Großeltern intensiv beschäftigt hat.

Moré: Ja, es wurde nach vorne geschaut. Man machte einen Schnitt. Aber diese Schuldverstrickungen wurden weitergereicht, während diese Republik die sozialistischen Helden des Widerstands feierte, auf welche sie sich bezog.



„FORMALE BILDUNG SAGT NICHTS AUS ÜBER DIE ENTWICKLUNG DER FÄHIGKEIT, ZU REFLEKTIEREN.“

unglaublich gut beobachten. Die Juden wurden ja erst zu „Juden“ gemacht, indem ihnen immer mehr von ihrem Leben genommen, indem sie immer mehr ausgegrenzt wurden. Am Ende waren sie nicht mehr Nachbarn, sondern eine Gruppe, die einen gelben Stern tragen musste. So funktionierte in diesem Fall die projektive Identifikation – pur, sozusagen.

Das Böse, das man auf sie projizierte, musste dann vernichtet werden. Es entsteht so die Illusion, wenn ich sie getötet habe, ist das Böse nicht mehr da.

Dossier: Meine Arbeit kreist ja um die Frage, warum in einem Teil der Wahlbevölkerung plötzlich dieser Rechtsextremismus, die Fremdenfeindlichkeit, der Antisemitismus aufbrechen und eine politisch relevante Größe darstellen konnte – auch in unseren Parlamenten. In den ostdeutschen Bundesländern stimmten bei vergangenen Wahlen nicht zehn, nicht 20, sondern bis zu 40 Prozent der jungen Männer für rechtsextreme Parteien wie die AfD und die NPD. Woher kommt das? Ist das ein Ergebnis solcher Übertragungen?

Dossier: Die Aufarbeitung in Westdeutschland war ein ganz anderer Prozess.

Moré: Ja, aber vergessen Sie nicht: Es war nur ein kleiner Teil der Bevölkerung, der sich mit der Schuld vorheriger Generationen beschäftigt hat. Die waren beunruhigt. Aber wenn Sie gefragt haben, erhielten Sie mehr oder weniger deutliche Signale von Erschrecken, von Wut, von Ärger, von Erblassen, es wurde deutlich gemacht, die Kinder sollten nicht nachbohren. Tränen stiegen den Eltern in die Augen, sie wurden blass, wurden wütend, verkrampften sich, wer weiter fragen wollte, musste damit rechnen, dass die Eltern den Kontakt abbrachen.

Dossier: Andere Kinder stellten das Fragen ein.

Moré: Ja. Sie trugen das Unbehagen weiter in sich. Wurden selbst Eltern und reagierten ganz oft ähnlich emotional wie ihre Eltern, vielleicht gar nicht mal bewusst, sondern das war für sie selbst eine Tabuzone.

Dossier: Und wie gingen die Enkelkinder damit um?

Moré: Die konnten zum Teil zu den Großeltern gehen. Wenn sie Glück hatten, hatten die Abstand zu ihrer Geschichte gewonnen und konnten unter Umständen sagen, wie schrecklich das war – oder sie haben die Verbrechen verharmlost.

Letzteres ist wichtig für das Tradieren von Werten oder das Entstehen einer Erinnerungskultur. Wir Sozialpsychologen sprechen von unbewussten Aufträgen. Nehmen wir einen jungen Mann, der findet seinen Großvater toll und der erzählt ihm, dass in der Nazizeit alles ganz prima war. „Aber wir durften ja in der DDR nicht darüber reden, aber wir sind doch auserkoren, wir Deutschen sind etwas Besseres, wenn du wüsstest, was die Russen mit uns gemacht haben.“ Vielleicht hatte der Enkel von seinem Vater auch schon so etwas gehört.

Dossier: Und so formt sich aus dem Wunsch nach Liebe zu den Eltern und den Großeltern eine rechtsextreme Einstellung bis in die dritte und sogar vierte Generation?

Moré: Ein Zweig der Sozialpsychologie spricht von einer „psychischen Krypta“. Darin liegen die Toten, die man nicht vergessen will, die weiterhin verehrt werden. Viele haben gehofft, dass nach dem Ende der Naziherrschaft ein anderer Führer kommt, der sie wieder erlöst.

Dossier: Kaiser Rotbart, der im Kyffhäuser darauf wartet, in einer Situation der Not von den Deutschen als Heilsbringer gerufen zu werden.

Moré: Ja, das ist so ein Bild. Aber das wird anders als im Kyffhäuser-Märchen so nicht erzählt. Es findet stattdessen eine unbewusste Kommunikation statt. Das heißt, es werden Geschehnisse oder Erinnerungen in Andeutungen erzählt. Die sind schon beim Erzählen mit starken Emotionen verbunden. Es entsteht dieses Bild: „Das war damals ganz toll und alles gar nicht so schlimm, wie immer gesagt wird“. Wir kennen das doch: „Hitler hat doch Autobahnen gebaut, es gab keine Verbrechen mehr“ und so weiter. Verschwiegen wird dabei, dass das Regime selbst die meisten Verbrechen beging – und viele dies wussten oder gar daran beteiligt waren.

Dossier: Das war eingängig. Die DDR produzierte Vorbilder wie Marx, Engels oder Liebknecht.

Moré: Als die DDR dann unterging, wuchs eine Generation in einer stark verunsicherten Gesellschaft auf. Die Währung galt nicht mehr, das Rechtssystem war unbekannt, Familien brachen auseinander, Tausende wurden arbeitslos. Die männlichen Vorbilder wie Marx, Engels oder Liebknecht waren Intellektuelle und als Identifikationsfiguren für verunsicherte junge Männer nicht geeignet. Bei den Älteren kamen wahrscheinlich die Erinnerungen an

die Weimarer Zeit und die Wirtschaftskrise wieder hoch, auch an den Zusammenbruch des NS-Regimes und das damit verbundene Gefühl, am Boden zu liegen, nicht zu wissen, wie es weitergeht.

Dossier: Und der damit verbundene Wunsch, Deutschland müsse wieder zu neuer Größe finden – werde aber von finsternen Mächten daran gehindert. Heute wirbt die AfD mit „Deutschland normal“, einem hypertrophen Versprechen.

Moré: Ja, aber was bedeutet überhaupt „Normalität“? Es wird zugleich so getan, als lebten wir in einem anormalen Zustand.

Dossier: Die heute junge Generation von Wählern und Wählerinnen wuchs unter gesellschaftlichen Bedingungen eines kollektiv gekränkten Narzissmus auf?

Moré: Absolut.

Dossier: Und nun gibt es ein politisches, also für Hunderttausende junge Menschen, deutlich mehr Männer als Frauen, ein Angebot, dass für sie passt: die AfD.

Moré: Die Partei verspricht kollektive Stärke und ein angeblich starkes, weil straff geführtes Deutschland. So kann man sich aus sozialpsychologischer Sicht erklären, warum so viele junge Männer einer Partei die Stimme geben, die an eine Tradition anknüpft, die 70 Jahre erfolgreich einem Tabu unterlag. Im Grunde reicht dieser unbewusste Auftrag bis zur Niederlage des Ersten Weltkriegs zurück. Die Verlierer von 1918 gaben ihren Söhnen den Auftrag, das wieder wettzumachen: „Wetzt diese Kerbe wieder aus“. Sie haben 1939 ihre Söhne auf die nächsten Schlachtfelder geschickt und geopfert. 1945 ist wieder so eine Situation der Niederlage, und wieder gibt ein Teil jener Generation an die Nachkommen den Auftrag weiter, Deutschland wieder zu neuer Größe zu führen.

Dossier: Und wie durchbricht man diese Weitergabe?

Moré: Es hilft nur eines: politische Bildung. Intensiv. Innerhalb der Schulen und außerhalb. In den ostdeutschen Bundesländern kommt noch ein Aspekt hinzu: Auch hier die Verstrickung von Teilen der Bevölkerung in den autoritären SED-Staat, die bisher nicht öffentlich aufgearbeitet ist, sondern kaschiert oder verharmlost wird. Auch da haben die Kinder keine Chance, die Rolle der Eltern infrage zu stellen. Sie können dieses Schuldgefühl eigentlich nur bekämpfen, indem sie sich politisch in die entgegengesetzte Richtung, also nach rechts orientieren. Da gibt es dann teilweise zugleich eine



„ES HILFT NUR EINES: POLITISCHE BILDUNG. INTENSIV. INNERHALB DER SCHULEN UND AUSSERHALB.“

Verbindung zu den unbewussten Aufträgen, welche von der Großeltern-Generation in die Familien getragen wurde. Darum funktionierte die Übertragung rechtsextremer Werte und Einstellungen im Generationenübergang gerade bei den Jungen so gut, weil sie unbewusst diese extreme Verunsicherung in ihren ganz frühen Jahren aufgenommen haben. Sie sehnen sich nach Stärke und die AfD verspricht diese in Verbindung mit Stabilität.

Dossier: Sie haben politische Bildung als Mittel aufgeführt, um die Kette von Weitergaben zu unterbrechen. Das geschieht doch in den Schulen, in vielen Organisationen, in den Kirchen ...

Moré: Das stimmt schon. Aber offenkundig bräuchte es noch etwas Anderes, was man mit der politischen Bildung verbinden sollte, ich kann jetzt keine Rezepte geben. Aber was wir auch brauchen, sind andere Identifikationsfiguren.

Dossier: Die zum demokratischen, wirklich besseren Deutschland passen?

Moré: Menschen, die von jungen Leuten, jungen Männern als Vorbilder bewundert werden können, bei denen sie sehen, man kann auch so denken oder auch so leben. Wenn die Fußballnational-

mannschaft sich gegen Rassismus stellt, so etwas wirkt. Ich komme noch mal auf das Bildungsthema zurück: Um junge Menschen zu stärken, gäbe es die Möglichkeit, dass sie sich in Gruppenarbeit etwas erarbeiten, woran sie sehen können: Ich kann etwas bewirken, ich kann zusammen mit anderen etwas verändern. Wenn das gut begleitet wird von politischen Reflexionsprozessen, dann sehe ich darin eine Chance. Dann wären auch die Älteren gefordert, bewusst junge Leute einzubinden.

Dossier: Sonst greift die narzisstische Verführung, die an den Auftrag der Eltern anknüpft?

Moré: Ja, sonst sind sie anfällig für alle möglichen Versprechungen, vielleicht können sie mit Waffen rumprobieren. Militaristische Angebote sind für verunsicherte junge Männer attraktiv. Sind sie bewaffnet, fühlen sie sich stark. Eine Uniform gibt schlotternden Knien Halt. Oder das Strammstehen – es gibt nichts Besseres an Abwehrformen gegen Emotionen als Strammstehen: Dann zieht man den Bauch ein und hat keinen Zugang mehr zu seiner Emotionalität. Eine Hilfe für alle, die Angst haben, dass Emotionen sie wegschwemmen könnten. Dabei wird auch das Mitgefühl abgetötet.

Dossier: Vielen Dank für das Gespräch.



Kapitel 3

FAZIT: AUF DIE MEHRHEIT KOMMT ES AN: IN DEN PARLAMENTEN UND IN DER GESELLSCHAFT

Die Ergebnisse der Bundestagswahlen der vergangenen 20 Jahre spiegeln tief reichende Veränderungen in der Bevölkerung wider. Ökonomische und soziale Krisen werden in den Wahl-Diagrammen ebenso sichtbar wie massive Enttäuschungen und geschwächte Erwartungen der Wählerinnen und Wähler. Nach der Gesamtschau entsteht das Bild einer gespaltenen Gesellschaft, deren Mitglieder bei Wahlen offenkundig ebenso auf der Suche nach Wegen in eine höchst ungewisse Zukunft sind wie das politische Führungspersonal der Republik. Das politische Spektrum ist inzwischen so ausdifferenziert wie die Gesellschaft selbst, die sich zunehmend nach kulturellen denn nach materiellen Kategorien sortiert. Grob gesagt verläuft eine maßgebliche Konfliktlinie zu Beginn der 2020er Jahre zwischen Befürworterinnen oder Pragmatikern einer umfassenden Modernisierung auf der einen und ihren Skeptikerinnen und Gegnern auf der anderen Seite – und ist damit doch nur unzureichend beschrieben.

Die Gestaltung der Tiefen Transformation, deren Treiber ökonomisch machtvoll und die von ihnen bewirkten Prozesse häufig disruptiv sind, erfordert in einer Demokratie starke Mehrheiten, durch einen festen Willen verbunden. Und das nicht nur in den Parlamenten, sondern auch in der Gesellschaft. Wer den demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu einem Instrument der Gestaltung der Lebensbedingungen befähigen will, braucht starke Mehrheiten in beiden Sphären der Politik, denn in der Signatur des globalen und digitalen Kapitalismus sind Sozial- und Rechtsstaat ebenso wenig wie Demokratie eingeschrieben.

Dieses Dossier entsteht in einer Phase, in der drei mittelgewichtige Parteien versuchen, eine stabile parlamentarische Mehrheit zu bilden, doch fehlt eine machtvolle gesellschaftliche Bewegung als Unterstützerin und Antreiberin einer Politik für den demokratischen, sozialen und ökologischen Fortschritt. Nach der geleisteten Vermessung des neuen, keineswegs stabilen politischen Fundaments unserer Republik ist nun davon die Rede, was zu tun ist, um die Gesellschaft auf den Weg in die Zukunft mitzunehmen – und die nun mehr als 70 Jahre Demokratie überdauernde rechtsextreme Forterzählung in Teilen der Gesellschaft endlich zu beenden.



Die Deutschen in Wechselstimmung

Schon weit vor der Bundestagswahl 2021 zeichnete sich das Ende der Ära Großer Koalitionen ab, die zuletzt schon gar nicht mehr so groß waren. Ein erheblicher Teil der Wählerinnen und Wähler wünschte sich eine Mehrheit im Parlament, die endlich die Themen Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit ernst nimmt und die Grundrechte wahrt. Ein anderer Teil der Wechselbefürworter blieb in der Vorstellung gefangen, dass von Fremden grundsätzlich eine Gefahr ausgehe, weshalb es eine neue, viel schärfere Flüchtlingspolitik brauche. Zudem ging die Ära der Kanzlerschaft von Angela Merkel zu Ende, ein Wechsel stand ohnehin an.

Die Wanderungen der Wählerinnen und Wähler entsprach am Ende nicht den Vorhersagen der Auguren. Aber sie wanderten. Zu Millionen. Wieder einmal. Dem am 26. September 2021 gewählten 20. Deutschen Bundestag gehören fünf mittelgewichtige Fraktionen an, darunter die rechtsextreme AfD. Die Linke ist im Parlament nur noch dank dreier Direktmandate vertreten, welche die Partei in Berlin und Leipzig erobern konnte.

Drei Koalitionen schienen rechnerisch möglich. Doch ein Bündnis von Union und SPD schied aus, weil es einfach nicht mehr gewollt war. Eine Koalition aus Union, Grünen und FDP wurde unmöglich, weil sich CDU und CSU nach ihrer historischen Niederlage sehr schnell in einen Prozess ihrer Erneuerung gestürzt hatten. So wird derzeit über eine Koalition aus SPD, Grünen und FDP verhandelt, wobei sich die beiden letzteren Parteien für die Verhandlungen zu einer Art Block zusammengeschlossen haben. Ihr Ziel, der SPD als Siegerin

der Wahl mit nur 25,7 Prozent die Führungsrolle streitig zu machen. Wir haben es mit einer grundlegend neuen politischen Konstellation zu tun. Wenn der Wahlforscher Robert Vehrkamp recht behält, werden wir solche und ähnliche Ergebnisse auch bei kommenden Wahlen sehen.

SPD-Grüne-FDP – das könnte (so es zustande kommt) ein spannungsgeladenes Bündnis werden. Und zwar selbst dann, wenn ein Koalitionsvertrag auf der Grundlage von Vertrauen zustande kommt und mehr will, als es der kleinste gemeinsame Nenner zwischen den drei Wahlprogrammen hergeben würde. Denn hinter einer Allianz aus SPD, Grünen und FDP steht keine einige gesellschaftliche Mehrheit. Die Gesellschaft ist tief gespalten: In Arme, Reiche und eine unter ökonomischen und sozialen Druck stehenden Mitte, in Anhängerinnen der Moderne und ihre Gegner, in Nationale und Kosmopoliten, die alle zusammen, jedoch aus ganz verschiedenen Motiven, über zwei Jahrzehnte eines gezeigt haben: Sind sie unzufrieden, hält sie wenig bei der Partei, der sie vier Jahre zuvor ihr Vertrauen geschenkt hatten. Die psychologischen Parteibindungen, so die Wahlforschung, sind zwar noch wirksam, lassen jedoch zahlenmäßig und qualitativ beständig nach.

Bindungen an Parteien, die über die Mitgliedschaft in Organisationen wie Gewerkschaften oder Kirchen entstehen, haben massiv an Bedeutung für den Ausgang von Wahlen verloren. Das gibt den Parteien zum einen mehr Freiheit, ihre Programme zu entwickeln und Kompromisse einzugehen. Zum anderen verlieren sie Informationskanäle und stabilen Rückhalt aus der Gesellschaft und in die Bevölkerung hinein.

Und das in einer Zeit, in der die anhaltende Medienkonzentration ein enges Meinungsoligopol mit sich bringt. Die politische Diskussion im Land, das zeigt eindrucksvoll die GLES-Studie über die Bundestagswahl 2017, zerfällt immer mehr in Gruppen Gleichgesonnener.

Diese Gruppen finden sich dann wieder zusammen. Die „Hygiene-Demos“ der Querdenker sind wie die Pegida-Demonstrationen und ihre Ableger Beispiele für die Organisationsbereitschaft aus rigoristischen Glaubensfragen heraus.

Es formiert sich zugleich moralisch aufgeladener Protest, insbesondere aus der jungen Umweltbewegung, der weniger am Erreichen konkreter Ziele, als am Rechthaben orientiert ist. Bei ihren Kundgebungen und dem Hungerstreik im Vorfeld der Bundestagswahl handelten die daran Beteiligten denn auch wenig überraschend unpolitisch – selbst die Partei der Grünen behandelten sie wie einen politische Gegner und sprachen ihnen die Redlichkeit ab.

Wer wie Sozialverbände oder Gewerkschaften will, dass die Tiefe Transformation für den demokratischen Rechts- und Sozialstaat nicht zur Disruption wird, sondern von dessen Grundsätzen geprägt sein soll, sollte schnell klären, mit welchen Organisationen und Institutionen eine Aktionseinheit Sinn macht und diese dann schleunigst ins Werk setzen. Denn, so formuliert es etwa der WSI-Wissenschaftler Andreas Hövermann: Vertrauen muss zurückgewonnen werden. Sonst zahlt das Misstrauen auf das Konto der Rechtsextremen ein.

Die Mehrheit will eine demokratisch und sozial geordnete Republik

Wie lange es braucht, um den vielen gleichzeitigen, parallelen und oft nicht als miteinander verbunden gesehenen Prozessen, die Grundlinien des Sozialstaates einzuschreiben, weiß freilich niemand. Sicher ist nur: Bis zu den Wahlen 2025 wird das nicht erledigt sein. Wer also große Ziele verfolgt, muss mit einem weiten Zeithorizont planen. Das birgt dann aber die Chance, Teile der jetzt gespaltenen Gesellschaft wieder zu einer „Starken Gesellschaft“ zusammenzuführen. So viel ist bekannt: Mit einer einzelnen Demonstration, einer Reihe von Konferenzen und Kongressen oder anderem Aktivismus wird es nicht getan sein.

Die Ausgangssituation für eine solche Offensive ist günstig. Mehr als zwei Drittel der Gesellschaft sind Anhängerinnen und Anhänger der Idee einer sozialstaatlichen Ordnung und ein erklärter Gegner einer „marktkonformen Demokratie“, wie etwa die Ergebnisse des 2020 veröffentlichten WZB-Demokratiebarometers zeigen. 40 Prozent der Deutschen wünschen sich Gewerkschaften, die selbst auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Finanzpolitik

eine gestaltende Rolle übernehmen.

Es gibt also nicht nur eine erhebliche Zahl psychischer Parteimitglieder, wie die Politikwissenschaft die Bindung von Menschen an Parteien definiert. Es gibt offenkundig auch psychische Gewerkschaftsmitglieder. Wie jede Werberin und jeder Werber weiß: Sie von einer Mitgliedschaft zu überzeugen ist aufwändig. Aber sie zu mobilisieren und sie anschließend zu gewinnen, könnte gelingen.

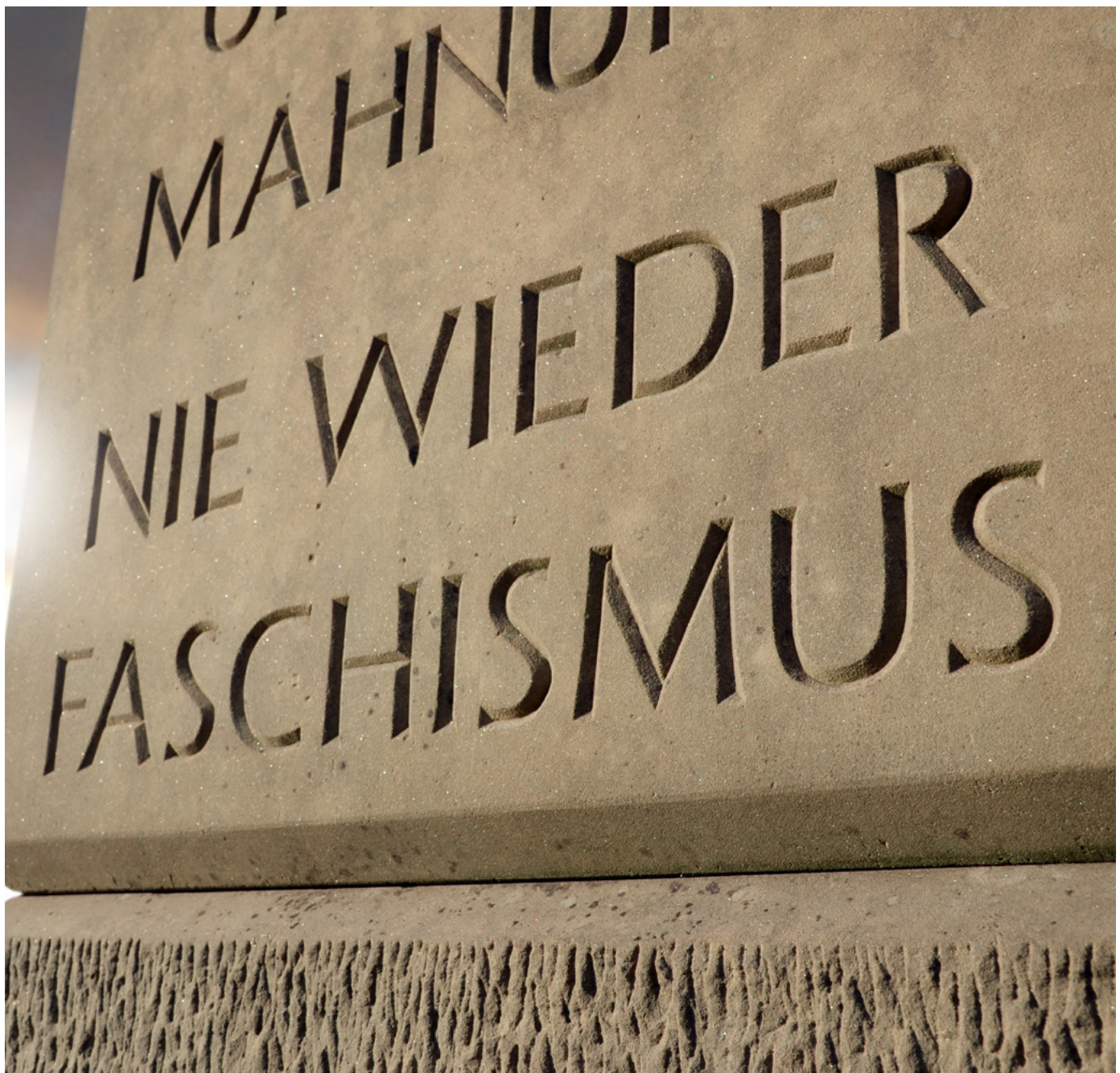
Es gibt Themenfelder und Begriffswelten, die sich geradezu anbieten, um von Gewerkschaften besetzt zu werden. Als die Adenauer-Stiftung untersuchen ließ, mit welchen Begriffen Parteien in Verbindung gebracht werden, fragten sie unter anderen nach den Begriffen „innovativ“, „solidarisch“ und „bodenständig“. Zu den drei Begriffen entwickelten die Befragten große, positiv belegte Wortfelder. Aber die Wörter „innovativ“ und „bodenständig“ verbanden sie mit keiner Partei oder Institution, das Wort „solidarisch“ war nur schwach von SPD und Linken besetzt. Daraus könnte die Geschichte eines demokratischen und sozialen Aufbruchs getrieben von den Gewerkschaften entwickelt werden.

Unter einer Voraussetzung: Man darf den Suchprozess, in den die Wählerinnen und Wähler eingetreten sind, nicht als Abkehr von einer früheren Ordnung verstehen. Das ist die Perspektive des überwiegenden Teils derer, die sich wissenschaftlich mit dem Elektorat und seiner neuen „Fluidität“ befassen. Wer die Zukunft gestalten will, muss den Trend als Entwicklung auf eine neue Ordnung hin begreifen. Dann besteht die Chance, die Veränderung zu gestalten – oder sogar nachhaltig zu prägen.

Was wird aus dem rechten Rand der Gesellschaft?

Die AfD tauchte nicht aus dem Nichts auf. Sie wurde 2013 als euro-kritische, konservative Honoratioren-Partei gegründet, der Wählerinnen und Wähler aus der Union, der FDP und der Linken zuströmten. Sie schien ihren Höhepunkt schon ein Jahr später überschritten zu haben – die von ihr herbeigesehnte Katastrophe des Euro-Systems fand nicht statt. Die Aufnahme von Hunderttausenden Bürgerkriegsflüchtlingen in Deutschland hat die Partei wiederbelebt – als ausländerfeindliche, rechtsextreme Partei. Ausgestattet mit dem Geld vermögender Gönnerinnen und Gönner profilierte sich der übrig gebliebene rechte Rand der Partei und machte die AfD zum Sprachrohr gegen das „grün-versifft“ Deutschland, wie der scheidende Vorsitzende der AfD, Jörg Meuthen, die demokratische Kultur der Bundesrepublik Deutschland abkanzelte.

Die Schau auf verschiedene Modelle zur Erklärung der AfD-Erfolge hinterlässt zunächst Ratlosig-



keit. Es gibt einen Unmut in der Bevölkerung, doch speist der sich weniger aus einer objektiven, sondern einer subjektiven Lage. Die meisten Stimmen zieht die rechtsextreme Partei aus den modernisierungsskeptischen Milieus, aber nicht nur. Sie wird stark von Arbeitern gewählt, aber nicht nur. Die AfD ist eine schillernde Partei mit ihren Hochburgen in den ländlichen Gegenden in Sachsen und Thüringen.

Der historische Vergleich von Davide Cantoni und Kollegen zwischen den Hochburgen der NSDAP 1933 und den Hochburgen der AfD 2017 und 2021 ist ein ganz wichtiges Puzzleteil, das verbunden mit anderen Erklärungsansätzen das Gesamtbild vom Erfolg der AfD sichtbar macht. Die Erfolge der AfD sind auch als Ergebnisse „erfolgreicher“ bewusster wie unbewusster Übertragung

von Werten und Einstellungen von einer Generation auf die nächste zu verstehen, wie sie von der Sozialpsychologin Angela Moré beschrieben werden.

Der DGB-Vorsitzende von Sachsen, Markus Schlimbach, hat die These hinzugefügt, dass sich unter einem Teil Ostdeutschen eine spezifische politische Kultur entwickelt hat. „Für zu viele im Osten“, sagt er, „heißt Meinungsfreiheit, dass alle ihre Existenzberechtigung haben, es gibt keine Form der Abgrenzung“.

Wer die AfD und mögliche Nachfolgeorganisationen aus den Parlamenten fernhalten will, muss mehr tun, als Erklärungen abgeben und – was natürlich wichtig ist – Gegenprotest veranstalten. Die Übertragungsketten müssen gebrochen werden, die offenkundig in Milieus oder Familien gepflegt

werden. Es geht also um Bildung, vor allem um politische Bildung durch Schulen und Organisationen, die sich der Demokratie verpflichtet fühlen. Angela Moré hat das in ihrem Gespräch angeregt.

Auf die politische Bildung kommt es an

Die Konrad-Adenauer-Stiftung veröffentlichte 2014 eine Studie, in der sich der Politikwissenschaftler Andreas Kalina mit der Entwicklung und Reichweite politischer Bildung beschäftigt. Kalina ist bezüglich der Quantität und Qualität des Unterrichts skeptisch. Zum einen lassen sich nur die von den Kultusministerien vorgegebenen Soll-Werte an Unterrichtsstunden erheben, zum anderen gibt es in vielen Bundesländern kein eigenständiges Fach „politische Bildung“ mehr, häufig werde es mit den Themen der Wirtschaft, Geschichte oder Geografie vermischt. Ein einheitliches Bild lässt sich so nur schwer zeichnen. Aber schon diese Soll-Zahlen, die Stunden- oder Lehrplanausfälle nicht gezählt, fördern Erstaunliches zu Tage: Eine Schülerin oder ein Schüler, der in Sachsen nach neun Schuljahren die Hauptschule verließ, kam gerade auf 40 Stunden Unterricht im Fach Politik, Schülerinnen und Schüler mit mittlerem Bildungsabschluss im gleichen Bundesland kamen immerhin auf 80 Soll-Stunden und Gymnasiasten zwischen Klasse fünf und zehn auf 53 Stunden. Allerdings gibt es auch Bundesländer wie Mecklenburg-Vorpommern oder Brandenburg, in denen das Soll an politischer Bildung weit aus höher ist, die Wahlergebnisse der AfD dennoch überdurchschnittlich hoch ausfallen.

Kalina: „Sowohl in Hinsicht auf die Hauptschulen als auch die Gesamtschulen, Realschulen und noch mehr die Gymnasien scheint es, dass politische Bildung nur eine eingeschränkte Relevanz be-

sitzt.“ Das, so Kalina, werde auch daran deutlich, dass in vielen Bundesländern häufig fachfremde Lehrerinnen und Lehrer mit dem Politikunterricht beauftragt werden. Das müsse kein minderwertiger Unterricht sei. „Aber häufig reduziert er sich auf Institutionenkunde und positivistisches Wissen, die mit der Förderung von Urteilsvermögen und Kritikfähigkeit wenig zu tun haben“ (Kalina, 2014).

Die Situation ist seit Veröffentlichung der Studie nicht besser geworden. Die Deutsche Vereinigung für politische Bildung (DVPB) reagierte 2018 auf eine Studie der Universität Bielefeld, die zeige, wie unterschiedlich von Land zu Land das Fach eingestuft wird: „Im Durchschnitt aller Schulformen schneidet das beste Land (Schleswig-Holstein) fast fünfmal besser ab als das schlechteste (Bayern). Hier rangieren Bayern, Thüringen und Berlin auf den letzten Plätzen.“ Der Verband hob hervor, dass „viele Länder die politische Bildung in den Jahrgangsstufen 5/6 und ferner auch 7/8 ganz vom Stundenplan streichen“. In den Gymnasien des Saarlandes, in Sachsen und Thüringen beginne die politische Bildung überhaupt erst in Klasse neun, in Bayern erst in der Klassenstufe zehn (DVPB, 2018).

Das sind schlechte Nachrichten in der Auseinandersetzung mit einem Gegner, der – von den wenigen Wahlerfolgen der NPD und der Republikaner abgesehen – in 70 Jahren Bundesrepublik und 40 Jahren DDR unterhalb des Radars blieb. Ein Fehler, wie man heute weiß. Wer das demokratische und soziale Deutschland will, für den ist der Kampf um mehr und beste politische Bildung Pflicht.

BIBLIOGRAPHIE

- Abendroth, Wolfgang, 2008.** „Zum Begriff des demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland“. In Wolfgang Abendroth, Gesammelte Schriften. Band 2: 1949-1955. Herausgegeben und eingeleitet von Michael Buckmiller, Joachim Perels und Uli Schöler. Offizin Verlag Hannover. https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Abendroth_Sozialer_Rechtsstaat.pdf (abgerufen am 03.07.2021).
- Albert, Mathias/Hurrelmann, Klaus/Quenzel, Gudrun/Kantar, 2019.** „Jugend 2019 – Eine Generation meldet sich zu Wort“. Shell-Jugendstudie, Beltz-Verlag, Weinheim, Basel.
- Beck, Sebastian/Kneip, Sascha, 2020.** Wirtschafts- und Finanzpolitik in Deutschland: Demokratische Legitimität und das Unbehagen an der Macht der Märkte“. In Kneip, Sascha/Merkel, Wolfgang/Weßels, Bernhard: „Legitimationsprobleme – Zur Lage der Demokratie in Deutschland“, Springer VS, Wiesbaden.
- Becker, Michael/Braunstein Dirk/Link, Fabian, 2020.** „Postnazistisches Sprechen. Einführung in Peter von Haselbergs Beitrag zum Gruppenexperiment“. In von Haselberg, Peter (Hrsg.): „Schuldgefühle, postnazistische Mentalitäten in der frühen Bundesrepublik“, 2020, Campus Verlag, Frankfurt am Main.
- Blumenstiel, Jan Eric/Wiegand, Elena, 2014.** „Wechselwähler“. In Weßels, Bernhard/Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Wolf, Christof (Hrsg.): „Zwischen Fragmentieren und Konzentration: Die Bundestagswahl 2013, Nomos Verlag Baden-Baden.
- Brand, Thorsten/Follmer, Robert/Unziker, Kai, 2020.** „Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2020“, Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ST-LW_Studie_Gesellschaftlicher_Zusammenhalt_2020.pdf (abgerufen 02.02.2021).
- Bundeswahlleiter, 2021.** Übersichtsseite Bundestagswahlen. <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2021/ergebnisse/bund-99.html> (abgerufen am 29.09.2021).
- Bundeswahlleiter, 2019.** „Wahlbeteiligung“. Statistik von 1949 bis 2017. Stand 24.06.2019. <https://www.bundeswahlleiter.de/service/glossar/w/wahlbeteiligung.html> (abgerufen am 28.08.2021).
- Cantoni, Davide/Hagemeister, Felix/Westcott, Mark, 2019.** „Persistence and Activation of Right-Wing Political Ideology“. http://www.davidecantoni.net/pdfs/afd_draft_20190225.pdf (abgerufen am 27.07.2021).
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar, 2020.** „Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität“. In Decker, Oliver/Brähler Elmar (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken – Leipziger Autoritarismusstudie, Psychosozial Verlag, Gießen, 2020. Erschienen mit Unterstützung der Heinrich Böll Stiftung und der Otto Brenner Stiftung.
- Decker, Oliver/Schuler, Julia/Yendell, Alexander/Schiefer, Clara/Brähler, Elmar, 2020.** „Das autoritäre Syndrom: Dimensionen und Verbreitung der Demokratie-Feindlichkeit“. In Decker, Oliver/Brähler Elmar (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken – Leipziger Autoritarismusstudie, Psychosozial Verlag, Gießen. Erschienen mit Unterstützung der Heinrich Böll Stiftung und der Otto Brenner Stiftung.
- Destatis, 2021.** Zahlen sind entnommen der Pressemitteilung 378/2021. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/08/PD21_378_126.html;jsessionid=412A2C-045DE0069455F9BB75304AA2C.live722 (abgerufen am 17.09.2021).
- Deutsche Vereinigung für politische Bildung (DVPB), 2018.** Pressemitteilung vom 31.01.2018. <https://www.dvpb.de/wp-content/uploads/2018/01/b4f542affd617703f257031fc376c121.pdf> (abgerufen am 14.10.2021).
- Deutschlandfunk (DLF), 2019.** „Meinungsforscher: ‚Die AfD ist keine bürgerliche Partei‘“. Manfred Güllner im Interview mit dem Deutschlandfunk, gesendet am 30.11.2019. https://www.deutschlandfunk.de/afd-parteitag-meinungsforscher-die-afd-ist-keine.694.de.html?dram:article_id=464736 (abgerufen am 20.09.2021).
- Digitales Wörterbuch der deutschen Sprache (DWDS), o. J.** Verlaufskurve für den Begriff Elektorat. <https://www.dwds.de/r/plot/?-view=2&corpus=public&norm=abs&smooth=line&genes=0&grand=1&slice=1&prune=0&window=0&wbase=0&logavg=0&logscale=0&xrange=1600%3A2018&q1=Elektorat> (abgerufen am 14. September 2021).
- Duden, o. J. „Elektorat, das“.** Bibliographisches Institut, Berlin. <https://www.duden.de/rechtschreibung/Elektorat> (abgerufen am 25.08.2021).
- Ferber, Markus/Jörg, Oliver (Hrsg.), 2021.** „Politik und Parteiensystem in Bayern im Spannungsfeld von Corona und Bundestagswahl“. Untersuchungsbericht auf Basis von Datenerhebungen von GMS, Hamburg. <https://www.hss.de/publikationen/politik-und-parteiensystem-in-bayern-im-spannungsfeld-von-corona-und-bundestagswahl-pub1883/> (abgerufen am 05.08.2021).
- Fest, Joachim, 2019.** „Hitler – Eine Biographie“, 13. Auflage, Ullstein Buchverlage, Berlin.
- Fichte, Johann Gottlieb, 1808.** Reden an die deutsche Nation. Projekt Gutenberg.de. <https://www.projekt-gutenberg.org/fichte/dnati-on/dnation.html> (abgerufen am 20.09.2021).
- Forschungsgruppe Wahlen (FG Wahlen), 2021.** „Wichtige Probleme in Deutschland I und II. https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_II/#Probl1 (abgerufen am 03.09.2021).
- Gärtner, Lea/Wuttke, Alexander, 2018.** „Eingeschlossen in die Filter Bubble? Politische Kommunikationsnetzwerke im Wahlkampf“. In Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Weßels, Bernhard (Hrsg.): „Zwischen Polarisierung und Beharrung: Die Bundestagswahl 2017“, Nomos Verlag, Baden-Baden.
- German Longitudinal Election Study (GLES), o. J.** „GLES German Longitudinal Election Study, 2009-2019“. <https://www.wzb.eu/de/forschung/wandel-politischer-systeme/demokratie-und-demokratisierung/projekte/gles-german-longitudinal-election-study-2009-2017> (abgerufen am 30.09.2021).
- Giebler, Heiko/Wagner, Aiko, 2019.** „Populistische Einstellungen“. In Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Weßels, Bernhard (Hrsg.): „Zwischen Polarisierung und Beharrung: Die Bundestagswahl 2017“, Nomos Verlag, Baden-Baden.
- Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 2021.** <https://www.gesetze-im-internet.de/gg/BjNR000010949.html> (zuletzt abgerufen am 10.11.2021)
- Harari, Yuval, 2013.** „Eine kurze Geschichte der Menschheit“, Deutsche Verlagsanstalt, München.
- Hillje, Johannes, 2018.** „Rückkehr zu den Verlassenen, Gespräche in rechtspopulistischen Hochburgen in Deutschland und Frankreich“, Progressives Zentrum, Berlin. <https://www.progressives-zentrum.org/die-verlassenen/> (zuletzt abgerufen am 09.11.2021)

Hilmer, Richard/Gagné Jérémie, 2019. „Wo genau ist Mitte links?“ Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. <https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=42105&token=14eefeb9c095bad-9cbe8ba3e1ac752c467855da5> (abgerufen am 28.04.2021)

Hilmer, Reinhard/Kohlrausch, Bettina/Müller-Hilmar, Rita/Gagné, Jérémie, 2017. „Einstellung und soziale Lebenslage“, Working Paper Forschungsförderung Nr. 044 der Hans-Böckler-Stiftung. https://www.boeckler.de/pdf/p_fofoe_WP_044_2017.pdf (abgerufen am 24.08.2021).

Hövermann, Andreas, 2021. „Sommer 2021: Inzidenzen sinken, Corona-Zweifel und Verschwörungsmythen bleiben“, WSI-Policy-Brief Nr. 61, 10/2021, Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.), Düsseldorf.

Huber, Sascha/Steinbrecher, Markus, 2021. „Wahlverhalten und politische Einstellungen“. In Zmerli, Sonja/Feldmann, Ofer, „Politische Psychologie“, 2. Auflage, 2021. Nomos Verlag, Baden-Baden.

Hürtgen, Stephanie/Voswinkel, Stephan, 2014. „Nichtnormale Normalität – Anspruchslogiken aus der Arbeitnehmermitte“. Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung. Erschienen bei edition sigma, Berlin.

Hurrelmann, Klaus, 2021. „Jugendforscher Hurrelmann erklärt, warum viele Erstwähler für die FDP gestimmt haben“. Interview im Südwestrundfunk gesendet am 27.09.2021. <https://www.swr.de/swraktuell/radio/jugendforscher-hurrelmann-erklart-warum-viele-erstwaehler-fuer-die-fdp-gestimmt-haben-100.html> (abgerufen am 05.10.2021).

Kalina, Andreas, 2014. „erfolgreich.politisch.bilden – Faktensammlung zum Stand der Politischen Bildung in Deutschland“. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage, Wesseling, Januar 2014. https://www.kas.de/documents/252038/253252/7_dokument_dok.pdf_20184_1.pdf/2c4404a5-4f6a-4a43-1386-8e5b2df0cc02?version=1.0&t=1539660864117 (abgerufen am 12.09.2021).

Kaiser Wilhelm II., 1914. „Aufruf an das deutsche Volk“. Dokumentation und Transkription seiner Rede, Südwestrundfunk, 2020. <https://www.swr.de/swr2/wissen/archivradio/aexavarticle-swr-19880.html> (abgerufen am 20.09.2021).

Kneip, Sascha/ Merkel, Wolfgang/Weßels, Bernhard, 2020. „Zusammenfassung und Ausblick: Die neue Zerbrechlichkeit der Demokratie“. In: Kneip, Sascha/Merkel, Wolfgang/Weßels, Bernhard (Hrsg.). „Legitimationsprobleme – Zur Lage der Demokratie in Deutschland“, Springer VS, Wiesbaden.

Kroh, Martin, 2012. „Die abnehmende Bedeutung des Elternhauses: Intergenerationale Übertragung von Parteibindungen in Deutschland 1984 bis 2010“. In: Schmitt-Beck, Rüdiger (Hrsg.). „Wählen in Deutschland“, Sonderheft der Politischen Vierteljahresschrift, 1. Auflage, Nomos Verlag, Baden-Baden.

Kroh, Martin, 2020. „Parteiidentifikation: Konzeptionelle Debatten und empirische Befunde“. In: Faas, Thorsten/Gabriel, Oscar W./Mayer, Jürgen (Hrsg.): Politikwissenschaftliche Einstellung- und Verhaltensforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium, Nomos Verlag, Baden-Baden.

Manager-Magazin, 2003. Die Chronik einer Kapitalvernichtung. <https://www.manager-magazin.de/finanzen/artikel/a-186368.html> (abgerufen am 17.09.2021).

Merkel, Wolfgang, 2021. „Neue Krisen, Moral, Wissenschaft und die Demokratie“. Abschiedsvorlesung am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) am 1. Oktober 2021. <https://www.wzb.eu/de/veranstaltungen/neue-krisen-moral-wissenschaft-und-die-demokratie> (abgerufen am 13.10.2021).

Neu, Viola, 2021. „Des Wählers Herz. Emotionale Parteienbewertungen aus repräsentativen und qualitativen Umfragen“, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin. <https://www.kas.de/documents/252038/11055681/Des+W%C3%A4hlers+Herz++Emotionale+Parteienbewertung+aus+repr%C3%A4sentativen+und+qualitativen+Umfragen.pdf/f9700741a-1f19-ce56-8405-63e28bd500d0?version=1.1&t=1612193024532> (abgerufen am 29.04.2021).

Nowojski, Walter (Hrsg), 2015. „Victor Klemperer – Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten“. 1. neu durchgesehene Auflage, Aufbau Verlag, Berlin.

Rippl, Susanne/Seipel, Christian/Kindervater, Angela, 2021. „Politische Sozialisation“. In: Zmerli, Sonja/Feldmann, Ofer (Hrsg.). „Politische Psychologie“, 2. Auflage, 2021. Nomos Verlag, Baden-Baden.

Rosa, Hartmut, 2020. „Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung“. 4. Auflage. Suhrkamp, Berlin.

Roßteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Schoen, Harald/Weßels, Bernhard/Wolf, Christof, 2019. „Fazit und Ausblick“. In: Roßteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Schoen, Harald/Weßels, Bernhard/Wolf, Christof (Hrsg.). Zwischen Polarisierung und Beharrung: Die Bundestagswahl 2017. Nomos Verlag, Baden-Baden

Rudi, Tatjana/Steinbrecher Markus, 2011. „Die Wechselwähler“. In: Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Weßels, Bernhard/Wolf, Christof (Hrsg.). „Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009, Nomos Verlag, Baden-Baden.

Schäfer, Anne/Staudt, Alexander, 2019. „Parteibindungen“. In: Roßteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Schoen, Harald/Weßels, Bernhard/Wolf, Christof (Hrsg.). Zwischen Polarisierung und Beharrung: Die Bundestagswahl 2017. Nomos Verlag, Baden-Baden.

Schäfer, Armin, 2015. „Wahlen, Wahlbeteiligung und die Zukunft von Demokratie“. Interview mit Peter KuleBa erschienen in Theorie und Praxis der sozialen Arbeit Nr. 3/2015.

Schmitt-Beck, Rüdiger, 2011. „Parteibindungen“. In: Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Weßels, Bernhard/Wolf, Christof (Hrsg.). „Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.

Schmitt-Beck, Rüdiger/Schäfer, Anne, 2014. „Parteibindungen“. In: Weßels, Bernhard/Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Wolf, Christof (Hrsg.). In „Zwischen Fragmentieren und Konzentration: Die Bundestagswahl 2013, Nomos Verlag Baden-Baden.

Schneekloth, Ulrich/Albert, Mathias, 2019. „Jugend und Politik: Demokratieverständnis und Politisches Interesse im Spannungsfeld von Vielfalt, Toleranz und Populismus“. In: Albert, Mathias/Hurrelmann, Klaus/Quengle, Gudrun/Kantar (Hrsg.). „Jugend 2019 – Eine Generation meldet sich zu Wort“. Shell-Jugendstudie, Beltz-Verlag, Weinheim, Basel.

Schoen, Harald, 2019. „Wechselwähler“. In: Roßteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Schoen, Harald/Weßels, Bernhard/Wolf, Christof (Hrsg.). Zwischen Polarisierung und Beharrung: Die Bundestagswahl 2017. Nomos Verlag, Baden-Baden.

Sinus-Institut, 2021. „Informationen zu den Sinus-Milieus 2021“. Stand 03/2021. <https://www.sinus-institut.de/media/pages/sinus-milieus/6191c4121c-1623420390/informationen-zu-den-sinus-milieus.pdf> (abgerufen am 03.09.2021).

Stadt Nürnberg, 1932. „Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 31.07.1932.“ https://www.nuernberg.de/imperia/md/statistik/dokumente/veroeffentlichungen/berichte/wahlberichte/rtw1932juli_ergebnis_fuer_wahlkreis_franken.pdf (abgerufen am 07.10.2021).

Statista, 2021. „Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen in Deutschland von 1949 bis 2021“. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2274/umfrage/entwicklung-der-wahlbeteiligung-bei-bundestagswahlen-seit-1949/#professional> (abgerufen am 29.09.2021).

Tagesschau, 2021. „Wie die Wähler wanderten“. <https://www.tagesschau.de/inland/btw21/waehlerwanderung-bundestagswahl-103.html> (abgerufen am 28.09.2021).

Tagesschau, 2017. „Bundestagswahl 2017 – Wählerwanderungen“. <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2017-09-24-BT-DE/analyse-wanderung.shtml> (abgerufen 04.10.2021).

TUI-Stiftung, 2021. „Junges Europa 2021. So denken Menschen zwischen 16 und 26 Jahren“. Durchführung der Befragung: YouGov, Köln. https://www.tui-stiftung.de/wp-content/uploads/2021/06/2021_06_16_TUI-Stiftung-Jugendstudie-2021_Gesamt.pdf (abgerufen am 05.10.2021).

Vehrkamp, Robert/Wegschaidt, Claudia, 2017. „Populäre Wahlen“. Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/populaere-wahlen> (abgerufen am 08.09.2021).

Von Haselberg, Peter, 2020. „Schuldgefühle, Postnazistische Mentalitäten in der frühen Bundesrepublik“, Campus Verlag, Frankfurt am Main.

Wagner, Gert G./Mattes, Anselm/Arnold, Michael, 2016. „Normale Arbeitsverhältnisse sind weiterhin die Regel“. In DIW-Wochenbericht Nr. 19, 2016. Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin. https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.533480.de/16-19.pdf (abgerufen 03.12.2019).

Walter, Franz, 2015. „Die Tragödie von Freital“, In Spiegel, 27.06.2015, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/freital-vom-spd-modell-zur-protest-hochburg-a-1040775.html> (abgerufen am 07.10.2021).

Weßels, Bernhard, 2019. „Wahlverhalten sozialer Gruppen“. In: Roßteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Schoen, Harald/Weßels, Bernhard/Wolf, Christof (Hrsg.). Zwischen Polarisierung und Beharrung: Die Bundestagswahl 2017. Nomos Verlag, Baden-Baden.

Weßels, Bernhard, 2014. „Wahlverhalten sozialer Gruppen“. In: Weßels, Bernhard/Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Wolf, Christof (Hrsg.). „Zwischen Fragmentieren und Konzentration: Die Bundestagswahl 2013, Nomos Verlag Baden-Baden.

Weßels, Bernhard, 2011. „Das Wahlverhalten sozialer Gruppen“. In: Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Weßels, Bernhard/Wolf, Christof (Hrsg.). „Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009, Nomos Verlag, Baden-Baden.

Weßels, Bernhard/Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Wolf, Christof (1), 2014. Einleitung des Studienbandes „Zwischen Fragmentieren und Konzentration: Die Bundestagswahl 2013, Nomos Verlag Baden-Baden.

Weßels, Bernhard/Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Wolf, Christof (2), 2014. „Fazit und Ausblick: Langeweile und Extreme, Fragmentieren und Konzentration“. In „Zwischen Fragmentieren und Konzentration: Die Bundestagswahl 2013, Nomos Verlag Baden-Baden.

Wikipedia, 2021. „Freital“. <https://de.wikipedia.org/wiki/Freital> (abgerufen am 07.10.2021).

Zick, Andreas/Rees, Jonas, 2020. „Gesellschaftlicher Zusammenhalt – Eine sozialpsychologische Sicht auf das Konzept und aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen an den Zusammenhalt“. In: Deitelhoff, Nicole/Groh-Samberg, Olaf/Middell, Matthias (Hrsg.). Gesellschaftlicher Zusammenhalt – Ein interdisziplinärer Dialog“, Campus Verlag, Frankfurt/New York. https://www.fgz-risc.de/fileadmin/media/Publikationen/Publikationen_2020/Deitelhoff_et_al_Sammelband_Gesellschaftlicher_Zusammenhalt_2020.pdf (abgerufen am 15.09.2021).

AUTOR

Hilmar Höhn ist ausgebildeter Verlagskaufmann und Zeitungsredakteur. Nach seiner Tätigkeit für die Frankfurter Rundschau wechselte er zu den Gewerkschaften. Zuletzt war er Leiter der Abteilung Politik beim Hauptvorstand der Industriegewerkschaft Bergbau Chemie Energie (IG BCE). Seit 2019 arbeitet Hilmar Höhn als freiberuflicher Autor. Unter anderem für die Hans-Böckler-Stiftung.

IMPRESSUM

Ausgabe

Der demokratische Rechts- und Sozialstaat und sein neues politisches Fundament
Dossier Nr. 11/12,
November 2021

Herausgeber

© Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Straße 18
40474 Düsseldorf
www.boeckler.de
ISSN 2628-8346

Pressekontakt

Rainer Jung
49 (211) 7778-150
rainer-jung@boeckler.de

Autor

Hilmar Höhn
hilmarhoehn@icloud.com

Lektorat:

Dr. Susanne Fuß, Fonoskript

Bildmaterial

Seite 3, 8, 9, 11, 21, 22, 27, 29, 31, 41, 42,
47, 53, 63, 64, 66 - stock.adobe.com
Seite 5 - Andreas Prott-stock.adobe.com
Seite 39 - Bihlmayerfotografie-stock.adobe.com
Seite 12 Bertelsmann/Thomas Kunsch
Seite 32 Cengiz Zarbo, Privat
Seite 33 Jürgen Djalek, Privat
Seite 36 Thomas Höhn, IGM Schweinfurt
Seite 44 Matthias Rietschel;
www.rietschel-foto.de
Seite 48 Thomas Morgenroth
Seite 50 Harry Retz, Privat
Seite 57, 58, 62 Astrid Drechsel

Satz

teamADwork werbe GbR, Düsseldorf



»Der demokratische Rechts- und Sozialstaat und sein neues politisches Fundament« von Hilmar Höhn ist lizenziert unter Creative Commons Attribution 4.0 (BY). Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell. (Lizenztext: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>) Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B. von Schaubildern, Abbildungen, Fotos und Textauszügen erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.